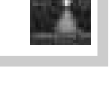


DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung
H20318 29. JG NR. 173
Januar/Februar 2006
1,50 EURO

Inhalt



Direkte Aktion · Kornstr. 28-30 · 30167 Hannover
Deutsche Post AG · PVSt · »Entgelt bezahlt« · VKZ H20318

Der Streik kehrt zurück

Eine vergessen geglaubte Kampfform steht wieder auf der Tagesordnung

Für das erste halbe Jahrzehnt des neuen Jahrtausends registrierte die amtliche Streikstatistik durchschnittlich vier durch Streiks verlorene Arbeitstage pro Jahr und tausend Beschäftigte. Damit bildet Deutschland nicht nur international eines der Schlusslichter des Streikgeschehens, auch historisch ist dies ein absoluter Tiefststand – gemessen an durchschnittlich 57 Tagen in den 70er, 29 in den 80er und noch 13 in den 90er Jahren. Die Bedeutung solcher Zahlen liegt nicht in dem „volkswirtschaftlichen Schaden". Eine Veränderung des Krankenstands im Promillebereich wirkt sich sehr viel drastischer auf das gesamtgesellschaftliche Arbeitsvolumen aus. Aber die Erosion der Streikkultur ist ein zentrales Anzeichen für das gesamte Arbeiterverhalten. Wenn offene und kollektive Arbeitsverweigerung nicht mehr angesagt ist, färbt das auf andere antagonistische Verhaltensweisen ab, wie das mehr oder weniger kollektive Blaumachen. Der Krankenstand sank von fast sechs Prozent Ende der 70er Jahre auf 3,4 Prozent in 2004 und damit auf das niedrigste Niveau seit Einführung der Lohnfortzahlung im Jahr 1970. Was statistisch wie eine kleine Verschiebung um zwei, drei Prozentpunkte aussieht, ist Ausdruck eines dramatischen Machtverfalls der ArbeiterInnen in der Produktion und eine deutliche Verlängerung der realen Arbeitszeit. Diese Zahlen lassen nur ahnen, was aber in der Produktion täglich erfahren wird: die Intensivierung, die „dichtere Ausfüllung der Poren der Arbeitszeit".

Gewerkschaften als Verhinderungsvereine

ArbeiterInnen sehen im Streik nie nur eines bloßes Instrument, um eine bestimmte tarifliche Forderung durchzusetzen. Streik ist für sie zugleich eine Rebellion gegen die tägliche Kommandogewalt des Unternehmers: Einmal nicht tun, was der Chef sagt; den Bossen einmal zeigen, dass ArbeiterInnen, die zusammenhalten, seine Produktionspläne durcheinanderbringen können. So entsteht Selbstbewusstsein und wird deutlich, dass es um weit mehr als einen neuen Tarifvertrag geht, dessen Friedenspflicht uns wieder der täglichen Schikane und Anweisung ausliefert. Für Gewerkschaften ist jeder Streik ein Spiel mit dem Feuer. Sie müssen sich nach zwei Seiten legitimieren: als „kämpferische" Interessensvertretung ihren Mitgliedern gegenüber, als „verantwortliche" Organisatoren des produktiven Friedens den Unternehmern gegenüber. In der Ausbildung zum DGB-Gewerkschaftsfunktionär wird eindringlich gewarnt: Es ist viel leichter, einen Streik zu beginnen, als ihn zu beenden. Beteiligung und Selbsttätigkeit der ArbeiterInnen an Streiks werden nur sehr dosiert und kontrolliert zugelassen. Streik sei die „ultima ratio". Von Emanzipation in und durch Streiks keine Rede.

Tiefpunkt Metall-Streik 2003

Verlorene Streiks wirken nachhaltig. Vor allem, wenn die Niederlage in schreiendem Widerspruch zur möglichen Macht der ArbeiterInnen steht. In diesem Sinne wirkte der Abbruch des Metallerstreiks im Osten lange nach. Genau in dem Moment, als sich die Unterbrechung der Zulieferproduktion auf die großen Autofabriken auszuwirken begann, wurde der Streik Ende Juni 2003 auf Geheiß der Betriebsratsfürsten in dieser Industrie von der IG Metall abgebrochen.

Die „öffentliche Meinung" klatschte Beifall: Streiks passten nicht in die „moderne Gesellschaft". Der „moderne Arbeiter" sei Aktienbesitzer und denke selber unternehmerisch. Die linke Soziologie sekundierte mit verschraubten Theorien über die Ablösung des Proletariers durch den neuen Typus des „Arbeitskraftunternehmers". Der moderne Marxismus in Deutschland predigte schon seit den 90er Jahren, dass Kapitalist und Arbeiterin gleichermaßen „Warensubjekte" seien.

Fortsetzung auf Seite 6

Wer nicht kämpft ... verliert eben!

500 Euro im Semester: Niedersachsen verschärft soziale Auslese an Unis

Nicht einmal ein Jahr nach der Zurückweisung des Verbots von Studiengebühren durch das Bundesverfassungsgericht hat Niedersachsen das Rennen um den Titel „Erstes Bundesland mit Studiengebühren" gewonnen. Am 9. Dezember hat der niedersächsische Landtag ein Gesetz verabschiedet, das u.a. die Einführung von Studiengebühren vorsieht. StudienanfängerInnen sollen ab dem Wintersemester 2006 mit 500 Euro zur Kasse gebeten werden. Für alle Anderen gilt dieselbe Gebühr ab dem Sommersemester 2007.

Wie viele der 4000 Studierenden, die noch am 8. Dezember in Hannover gegen dieses Gesetz demonstrierten, mögen wohl mit diesem Ausgang gerechnet haben? Immerhin hatte es doch im Laufe des Jahres auch in Niedersachsen zahlreiche Proteste gegeben. Neben den üblichen Demonstrationen wurden z.B. in Göttingen, Braunschweig, Hildesheim, Lüneburg und Hannover die Präsidien der jeweiligen Universitäten besetzt. In Osnabrück traf es zunächst das örtliche CDU-Büro (April 2005), später wurde dann auch das Hauptgebäude der Uni für eine Nacht besetzt (Juli 2005). In Oldenburg wurde die Bildung mal wieder zu Grabe getragen, in Hannover wurden die städtischen Brunnen mit einer nächtlichen Aktion zum „Schäumen" gebracht.

Tropfen auf heiße Steine

Von all dem zeigten sich die Abgeordneten im Landtag offensichtlich nicht sonderlich beeindruckt. Stattdessen brachten sie noch eine Reihe weiterer Reformen auf den Weg. Die Idee von Hochschulräten mit Vertretern aus Wirtschaft und Gesellschaft wurde im Hochschulnovellierungsgesetz verankert. Die Pflichtmehrheit der ProfessorInnenschaft in den Gremien wurde festgeklopft, einige Vorgaben zur Frauenförderung wurden hingegen gestrichen. Ganz nebenbei wurde außerdem über Pläne zur Erhöhung der Langzeitstudiengebühren auf 800 Euro pro Semester beraten. Jedenfalls scheint ihnen die Sorge vor weiteren Protesten nicht gerade im Nacken gesessen zu haben.

Ehrlich gesagt ist dies auch kein Wunder. Die diversen Demonstrationen waren zwar recht groß, aber insgesamt beteiligte sich nur ein Bruchteil der Studierenden. Darüber hinaus gab es vielleicht eine Handvoll Versuche, die den Rahmen des akzeptablen Protestes zumindest symbolisch ankratzten. Die Idee „Warum blockieren wir nicht einfach mal die Autobahn?" kursierte höchstens als Witz zwischen den demonstrierenden Studis. Im großen und ganzen also kein Grund zur Beunruhigung, 2005 ist nun einmal nicht 1968. Damals forderte die Studierendenbewegung die Weltrevolution und erreichte unter anderem die Abschaffung von Studiengebühren. Heute achten die Aktiven zumeist peinlich genau darauf, „realistisch" und themenbezogen zu argumentieren und erreichen ... gar nichts.

Vor uns die Sintflut?

Für andere Bundesländer (aktuell: Bremen, Ba-Wü, NRW und das Saarland) kann die niedersächsische Erfahrung nur ein positives Signal zur Verfolgung ähnlicher Pläne sein. In der wirtschaftlichen Krise ist es eine zu verlockende Möglichkeit, die leeren Staatskassen durch Einsparungen im Bildungshaushalt zu entlasten. Denn genau das, was durch die Studiengebühren reinkommt, wird beim Staat eingespart werden können. Dabei ist dieses Vorgehen weder eine Charakterschwäche der Regierenden noch eine spezifische Grausamkeit dieser oder jener Partei. Die staatlichen FunktionsträgerInnen tun schlicht und ergreifend genau das, was im Rahmen bestehender Verhältnisse rational ist. Zukünftige Studierende werden sich durch Kredite zur Finanzierung ihres Studiums derart verschulden, dass sie später bei der Annahme von Jobs nicht unbedingt wählerisch sein können. Ein weiterer Schritt zur Schaffung einer Schicht von flexiblen, prekär arbeitenden AkademikerInnen.

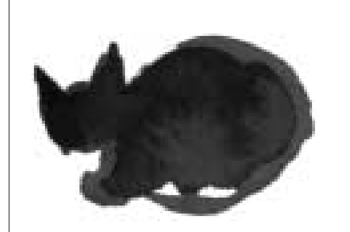
Land in Sicht?

Besonders einfach ist es dann natürlich, wenn weit und breit keine soziale Bewegung in Sicht ist, welche die gesellschaftliche Ordnung an sich kritisiert und aus ihrer Kritik heraus auch entsprechende Aktionsformen entwickelt. Für die Regierenden ist abzusehen, dass die Aktionen nach der Verabschiedung des Gesetzes wahrscheinlich an Heftigkeit nicht gerade zunehmen werden. Spätestens nach der 5. Demo werden die Studis wohl merken, dass das alles nichts bringt und ... zu Hause bleiben.

Auch im Bildungssektor gibt es aber noch Menschen, die über die Studiengebührendebatte andere Verschlechterungen keinesfalls vergessen. Das beginnt bei der fortschreitenden „Verschulung" des Universitätsstudiums, geht über die zunehmende Einschränkung des Lehrangebotes und hört bei künftigen Einsparplänen noch lange nicht auf. Als Reaktion darauf gründen sich zur Zeit einige neue Bildungssyndikate und vernetzen sich im Rahmen der FAU. Dies war auch am 8. Dezember in Hannover bemerkbar. Einige Studierende versuchten im Vorfeld der Demonstration, zusammen mit den Bildungssyndikaten Hannover und Osnabrück das Parteibüro der lokalen CDU zu besetzen, um kämpferische Aktionen wenigstens wieder denkbar zu machen. Leider setzte die Staatsgewalt diesem Treiben schon nach 45 Minuten ein Ende. Nach der Räumung zogen die BesetzerInnen zur Demo, um von ihren Erfahrungen zu berichten. Dabei trugen sie ein schwarzrotes Transparent, auf dem stand: „Wir kriegen nur wofür wir kämpfen!"

Bildungssyndikat Osnabrück (FAU)

Catwalk

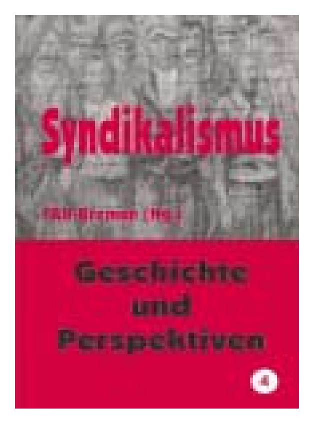


Schwarzbuch Hartz IV
Die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze stellen eine neue Dimension des sozialen Angriffs in der BRD dar, die zukünftig zu verschärften sozialen Konfrontationen führen wird. Die Herausgeberinnen nehmen den Zeitpunkt „Ein Jahr Hartz IV" zum Anlass für eine umfassendere Einordnung und Bewertung des fortschreitenden sozialpolitischen Angriffs.
agenturschluss (Hrsg.), Schwarzbuch Hartz IV. Sozialer Angriff und Widerstand – Eine Zwischenbilanz, Assoziation A, ISBN 3-935936-51-6



Frühjahrsdemo
Das Aktionsbündnis Sozialproteste ruft zu einer Demonstration gegen die Massenentlassungen und die Fortsetzung der Agenda-Politik auf und schlägt dafür den 01.04.2006 vor. Bei einem Vorbereitungstreffen am 20.01.2006 in Köln soll über die inhaltliche Ausgestaltung und Mobilisierung diskutiert werden. Rückmeldung und weitere Infos unter frieden-und-zukunft@t-online.de

Kauf Dich glücklich
Was hatten die Syndikalisten in Deutschland der Sozialpartnerschaft entgegenzusetzen?
Wie entwickelten sich ihre Organisationen und Kämpfe vor und nach dem zweiten Weltkrieg?



Diese Broschüre und ein separater dokumentarischer Ergänzungsband zeigen konkret das Verhältnis des organisierten Anarcho-Syndikalismus in Deutschland zum Tarifvertragssystem und zum Betriebsrätewesen auf. Dazu kommen zwei Beiträge zu den Persönlichkeiten Erich Mühsam und Hans Schmitz und ihren Bezügen zum Anarcho-Syndikalismus. Die Hälfte dieser in der „Direkten Aktion" erschienenen Artikel wurde stark ergänzend überarbeitet. Sie repräsentieren somit den neuesten Stand der Forschung im Jahre 2006.
Erhältlich über FAU-MAT: fau-mat@gmx.de

FAU-Ticker

+++ das Bildungssyndikat Konstanz (http://www.sybiko.de.vu) hat ein Syndikats-Café eingerichtet, das jeden Mittwoch ab 16 Uhr in den Räumlichkeiten des AStA-Cafés der Uni Konstanz zum Austausch und Kennenlernen einlädt +++ die OG Münster trifft sich zukünftig jeden letzten Sonntag im Monat zum offenen Plenum und jeden zweiten Sonntag im Monat zum Café und Filmabend +++ das Allgemeine Syndikat Potsdam organisiert jeden Donnerstag ab 20 Uhr einen offenen Abend +++ der Mexiko-Korrespondent der FAU Bremen in Oaxaca ist nunmehr unter folgender Adresse zu erreichen: oaxaca2006@gmx.de +++ gegründet im Jahr 1981, ist die FAU Frankfurt die älteste durchgängig bestehende Gewerkschaftsgruppe der FAU. Im Januar/Februar wird das 25jährige Jubiläum gefeiert +++ am 10.12. demonstrierten in Leipzig etwa 250 Menschen gegen die „Festung Europa". Anlaß des Protestes waren die tödlichen Schüsse an den EU-Grenzen in Ceuta und Melilla im September 2005. Bei dieser Gelegenheit machte eine Gruppe von MigrantInnen, unterstützt von der FAU Leipzig, auf die Festung im Inneren aufmerksam. Im Oktober war ein Zeitungsverkäufer ohne sicheren Aufenthaltsstatus gestorben – neben den schlechten Arbeitsbedingungen, ist der eingeschränkte Zugang von MigrantInnen zu medizinischer Versorgung als Ursache anzusehen +++ bei FAU-MAT sind jetzt Soli-Shirts für die Magdeburger Gefangenen erhältlich. Zu bestellen über faumat@gmx.de +++ für Ende Januar bzw. Anfang Februar ist (voraussichtlich in Berlin) ein DA-Delegiertentreffen in Planung +++ das nächste Plenum der IAA findet am 4. und 5. März in Prag statt +++

Frohes Neues liebe Leserinnen und Leser! Ein Jahr ist zu Ende gegangen, ein neues nimmt seinen Lauf. Üblicherweise ist das die Zeit für Jahresrückblicke und für Zukunftsprognosen.

Da wir die Feiertage gerade erst hinter uns haben, fällt mir zum vergangenen Jahr vor allem ein, dass es ein Arbeitgeberjahr war. Schon der erste Mai fiel auf einen Sonntag. „Tag der Arbeit" an einem Sonntag! Wo gibt es denn so was? Und dann fallen zu Weihnachten und zum Jahreswechsel von zusammen immerhin fünf Feiertagen vier auf einen Samstag oder Sonntag. Wo sollen denn da Fröhlichkeit und Kauflust herkommen? Ich plädiere für eine Feiertagsreform: Es ist an der Zeit für ein Gesetz, das bestimmt, dass jeder Feiertag, der nicht auf einen Werktag fällt, eben kurzfristig verlegt wird. Vor allem Ostern und Pfingsten könnten dann auch für unreligiöse Menschen an Reiz gewinnen. Naja, war halt nur so ein Gedanke ...

Was das neue Jahr betrifft, werden jetzt wieder wichtige Fragen gestellt, wie zum Beispiel: Werden die Reformen greifen? Wird es mit der Wirtschaft bergauf gehen? Werden die Arbeitgeber wieder mehr Arbeitsplätze schaffen? – Fragen also, die sowieso ziemlich blöde sind und auch alles andere als spannend, da die Antworten absehbar sind: Die Reformen werden vermutlich genau das bewirken, was ihre Erfinder damit bezwecken wollten, aber eben nicht das, was sie der Öffentlichkeit erzählt haben. Mit der Wirtschaft mag es bergauf gehen, aber die Arbeiter und Arbeiterinnen werden eh nichts davon haben, denn dadurch stehen wieder Mittel zur Verfügung, die investiert werden können, um noch mehr menschliche Arbeit überflüssig zu machen. Was ja eigentlich ein Glück sein könnte, in unserer Gesellschaftsordnung aber nur bedeutet, dass es weniger Arbeitsplätze und somit weniger Einkommensquellen für alle Lohnabhängigen gibt.

Man darf aber schon noch auf einiges gespannt sein. Vor allem darauf, ob sich langsam mal ein breiter Widerstand gegen die sozialen Veränderungen entwickelt. Anzeichen dafür gibt es ja. Zumindest bei mir ist die gefühlte Menge an Demonstrationen und Streiks in letzter Zeit ansteigend. Und auch bei Gesprächen mit den Kollegen scheint sich die Stimmung zu ändern. Ich arbeite in der EDV-Branche, die meinem Empfinden nach noch nie durch übermäßiges Klassenbewusstsein glänzte. Aber immerhin kann man inzwischen offen den Standpunkt vertreten, dass die Interessen des Unternehmens mit denen der Angestellten nicht vollständig deckungsgleich, sondern auch schon mal gegensätzlich sind. Wer weiss, vielleicht werde ich doch noch eines Tages Programmierer erleben, die sich organisieren und für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen. („Ich habe einen Traum.")

Es passt ganz gut dazu, dass die FAU in den letzten Wochen verstärkt an Arbeitskämpfen beteiligt war. Einiges davon findet sich auch in dieser Ausgabe wieder. Hoffen wir, dass das ein gutes Zeichen für das neue Jahr ist.

In diesem Sinne ...

Holger (Dortmund, Layout)

Weil es einfach zu schön ist und so gut zum Leitartikel der letzten Ausgabe („Bist Du Deutschland?") passt, zum Schluss noch ein Zitat – gesehen als Graffiti an einer S-Bahn am Düsseldorfer Flughafen:

„Ich bin nicht Deutschland, ich bin Welt."



Ein Gruß der spanischen GenossInnen von der CNT-AIT, die am 22. Dezember zur Unterstützung des Streiks bei Gate Gourmet Flugblätter an die ArbeiterInnen von Air Cater verteilt haben.

Syndikate, Ortsgruppen und Kontakte der freien arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

Region Nord

Bremen ..... FAU-IAA Lokalföderation Bremen, Postfach 10 56 74, 28056 Bremen, www.fau-bremen.de.vu
Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen (SLE-FAU), sle-hb@fau.org, c/o FAU Bremen
Bielefeld .... c/o „Umweltzentrum",August-Bebel-Str. 16,33602 Bielefeld, Treffen jeden 1. und 3. Dienstag im Monat, 19.30 Uhr, faubi@fau.org, www.fau-bielefeld.de.vu
Flensburg .... c/o Infocafé, Hafermarkt 6, 24943 Flensburg
Hamburg .... FAU-IAA Ortsgruppe und GNLL/FAU Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg. Offenes Treffen jeden Freitag, 19 Uhr,fauhh@fau.org
Hannover .... UJZ Korn, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover. Treffen jeden Dienstag 21 Uhr, letzten Dienstag im Monat offener Abend ab 20 Uhr, fauh@fau.org, Tiermedizinisches Syndikat, tiermedizin@fau.org
Osnabrück ... FAU-IAA Osnabrück, Postfach 1925, 49009 Osnabrück Treffen: Café „Mano Negra", Alte Münze 12, jeden Mittwoch 17 Uhr Allgemeines Syndikat, 20 Uhr Bildungssyndikat, fauos@fau.org

Region West

Bochum ..... Kontakt über FAU Dortmund, faudo@fau.org, öffentliches Treffen: Jeden dritten Donnerstag im Monat ab 19 Uhr Thekenabend im Sozialen Zentrum Bochum, Rottstr. 31
Bonn .... Lokalföderation FAU-IAA Bonn, „FAU-Laden", Wolfstr. 10 Hinterhaus, 53111 Bonn, Tel. 0228/9637775, faubn@fau.org, offenes Treffen oder Veranstaltungen bzw. Volxküche, freitags 21 Uhr, „FAU-Laden" Allgemeines Syndikat c/o FAU-IAA Bonn
Dortmund .... c/o „Langer August", Braunschweiger Str.22, 44145 Dortmund, faudo@fau.org. www.fau.org/ortsgruppen/dortmund
Duisburg .... FAU Duisburg Lokalföderation, Querstr.38, 47178 Duisburg, öffentliches Treffen: Jeden ersten Donnerstag im Monat um 21 Uhr in der Kneipe „DJÄZZ", Börsenstr.11, Info-Telefon und SMS: 0179 325 86 48, faudu@fau.org, http://www.fau-duisburg.tk
Düsseldorf ... FAU Düsseldorf, Allgemeines Syndikat, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, faud@fau.org, Fax: 01212-5-110-29-174, Fon/SMS: 0179-32 586 48, www.fau.org/ortsgruppen/duesseldorf oder www.free.de/asti
Köln .... Allgemeines Syndikat und Arbeitslosen-Syndikat c/o Infoladen „LC 36", Ludolf-Camphausen Str.36, 50672 Köln, donnerstags um 20.30 Uhr, ask@fau.org
Krefeld 02151/394270
Moers ...... c/o „Barrikade", Bismarckstr. 41a, 47443 Moers, faumo@fau.org
Münster ..... FAU Münster, c/o Emma-Goldman-Zentrum, Dahlweg 64, 48153 Münster, faums@fau.org, www.fau.org/ortsgruppen/muenster, offenes Plenum jeden letzten Sonntag im Monat um 19 Uhr im Dahlweg 64, Café und Filmabend jeden 2. Sonntag im Monat, 20 Uhr im „Don Quijote", Scharnhorststr. 57, 48151 Münster

Region Ost

Altenburg .... fauabg@fau.org
Berlin ...... Straßburger Str. 38, 10405 Berlin, faub@fau.org,Tel.: 030 - 287 008 04, Fax: 030 - 287 00 13, www.fau.org/ortsgruppen/berlin, offenes Büro Dienstags 14 - 20 Uhr
Allgemeines Syndikat, 2. und 4. Mittwoch im Monat 19 Uhr, Bildungssyndikat, 1. und 3. Mittwoch im Monat 20 Uhr, bsy-b@fau.org
Kultursyndikat, 1. und 3. Donnerstag im Monat 20 Uhr, ksy-b@fau.org
GNLL-Berlin-Brandenburg, Treffen jeden letzten Donnerstag im Monat 20 Uhr, faugrs@fau.org
Dresden ..... FAU Dresden, c/o Stadtteilladen, Rudolfstr. 7, 01097 Dresden, offen: freitags 16 - 20h, fau-dd@gnuviech.info
Göttingen ... FAU-IAA Göttingen, c/o Buchladen „Rote Straße", Nikolaikirchhof 7, 37073 Göttingen
Gransee ..... FAU-IAA Ortsgruppe und GNLL/FAU Landwirtschaft Berlin-Brandenburg, faugrs@fau.org
c/o Th. Beckmann, Dorfstr. 13, 16775 Wolfsruh
Halle/Saale ... c/o Infoladen Glimpflich, Ludwigstr. 37, 06110 Halle/Saale, ebenfalls GNLL-KONTAKT
Leipzig ...... c/o „Libelle", Kolonnadenstr. 199, 04109 Leipzig. Jeden 1. Donnerstag im Monat, faul@fau.org
Magdeburg ... FAU Magdeburg, faumd@fau.org, c/o „Blaue Welt Archiv", Thiemstrasse 13, 39104 Magdeburg
Potsdam .... FAU Potsdam, Dortustraße 65, 14467 Potsdam, Tel.: 0176/29550100, faupdm@fau.org, http://www.fau.org/ortsgruppen/potsdam, offener Abend des ASy Potsdam jeden Donnerstag ab 20 Uhr
Strelitz ..... Kontakt: 0171/9547879
Schwerin .... Kontakt über Leipzig, fausn@fau.org

Region Süd

Dachau ..... Kontakt über München
Frankfurt/M. . c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, Sonntags 19 Uhr, fauffm@fau.org
Freiburg ..... FAU-Ortsgruppe, c/o Infoladen Freiburg KTS, Baslerstr. 103, 79100 Freiburg, faufr@fau.org, Treffen jeden Mittwoch gegen 20 Uhr im autonomen Zentrum KTS
Gießen/Wetzlar FAU Ortsgruppe und Bildungssyndikat, c/o „Infoladen Gießen", Alter Wetzlarer Weg 44, 35392 Gießen, faugi@arcor.de, faugi@fau.org, www.ak44de.vu, jeden Montag 19 Uhr Treffen des Allgemeinen Syndikats und des Bildungssyndikats
München .... Schwanthaler Str. 139 (Rg), 80339 München, 0173 - 4048195, info@fau-muenchen.de
Tübingen .... c/o Infoladen „Grenzenlos", Schellingstr. 6, 72072 Tübingen
Wiesbaden ... GNLL-KONTAKT, über Frankfurt/Main

Schweiz

FAU-CH ...... Postfach 580, CH-8037 Zürich

Bundesweite Branchen-Koordinationen

Bildungssyndikate: bsy-public-info@list.fau.org, www.bildungssyndikat.de
GNLL/FAU Landwirtschaft: Berlin-Brandenburg, über Gransee, gnll@fau.org
GNLL/FAU Naturkostindustrie: über Hamburg

Regionalkoordinationen

Nord: Osnabrück | West: Münster | Ost: Göttingen | Süd: München

Geschäftskommission der FAU-IAA

Wolfstr. 10, 53111 Bonn, Tel.: 0228 - 9637775, geko@fau.org

Internationales Sekretariat der FAU-IAA

c/o FAU Bonn, is@fau.org

Internationale Arbeiter/Innen-Assoziation (IAA)

IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Box 1977, Vika 0121, N - Oslo (Norge), secretariado@iwa-ait.org, http://www.iwa-ait.org

Wir haben überlebt – zum Missfallen der Behörden!

13 Jahre nach dem Brandanschlag von Mölln erleben die Überlebenden den Rassismus der Behörden

In der Nacht zum 23. November 1992 warfen die Neonazis Michael Peters und Lars Christiansen mehrere Molotow-Cocktails in ein Haus in der Altstadt von Mölln. In dieser Nacht starben drei Menschen der Familie Arslan und neun wurden zum Teil schwer verletzt. Mit den psychischen Folgen kämpfen die überlebenden Familienmitglieder noch heute. Doch nicht nur das: Heute muss die Familie den Rassismus der Behörden ertragen.

Vor 13 Jahren dominierte die Asyldebatte das deutsche Tagesgeschehen. Brandanschläge gehörten fast zum Alltag und wurden laut Regierenden zumeist von „verwirrten Einzeltätern" begangen. Eine Debatte über den zunehmenden Rechtsextremismus ging den zuständigen Politikern nicht über die Lippen, stattdessen rief der damalige Bundeskanzler Kohl einen Staatsnotstand aus, „der durch die Asylbewerber ausgelöst werde". Die spontane Hilfsbereitschaft, die den Opfern der damaligen Brandanschläge zu Teil wurde, wie in Rostock, Hoyerswerda, Solingen u.a., bezeichnete Kohl abfällig als „Beileidstourismus".

Nach dem Brandanschlag konnte die Familie Arslan nicht mehr in ihr renoviertes Haus zurückkehren. „Jeden Tag mussten wir über die Stellen laufen, wo unsere Liebsten gestorben sind", sagte Faruk Arslan. Die Familie zog nach



Hamburg, wo sie ein neues Leben anfangen wollte. Doch hier begann der Terror für die Familie durch die Hamburger Sozialbehörden. Als sich die Familie beim zuständigen Sozialamt meldete und ihre Notlage schilderte, sagte die Sachbearbeiterin: „Sie haben noch keinen Terror gesehen. Der Terror fängt jetzt erst an." Seitdem erlebt die Familie Arslan einen täglichen Rassismus aus Willkür, Respektlosigkeit und bürokratischen Drohgebärden durch die Hamburger Behörden. Das Sozialamt zahlt die Leistungen entweder gar nicht oder erst sehr verspätet. Die Opferrente, die einem Teil der Familienmitglieder zustand, da sie durch die Traumatisierung nicht mehr erwerbsfähig waren, wurde gestrichen, nachdem die Presse sich nicht mehr für den Fall Mölln interessierte. Gegen die Entscheidung hat jetzt ein Anwalt Widerspruch eingelegt.

Und in Mölln wollen die offiziellen Stellen nichts mehr von der Familie Arslan wissen. Zwar gibt es eine jährliche „stille" Gedenkveranstaltung vor dem Brandhaus, das jetzt eine Begegnungsstätte ist, aber noch nicht einmal einen Schweigemarsch möchte der Bürgermeister in seiner Stadt haben. „Der Schweigemarsch könnte die Rechtsextremen provozieren", lässt der Bürgermeister auf seiner Website verlauten. Als 2003 Mitglieder der Familie Arslan bei einer solchen „Gedenkveranstaltung" waren, wurden sie von niemandem begrüßt. „Wir haben überlebt – und dass gefällt ihnen nicht!", sagte Faruk Arslan. Jetzt will die Familie ein Buch über ihr Leben veröffentlichen. „Denn es wurde schon viel geredet, aber noch nie von der Gerechtigkeit."

Nachtrag:

Am 23. November 2005 hat die Stadt Mölln eine naturkundliche Führung durch ihren Wildpark veranstaltet.

Einer der beiden Mörder, Lars Christiansen, ist seit dem Sommer 2000 wieder in Freiheit.

In Erinnerung an: Bahide (54) und Yeliz (10) Arslan und Ayse Yilmaz (14)! Ermordet am 23. November 1992. Wir werden nicht vergessen!

Anna Homburg, FAU Ffm

Wenn der Hartz-Mann zehn mal klingelt!

Noch mehr Kontrolle durch die Arbeitsagentur

Die Schützlinge sollten ein einwandfreies Leben führen. Der verteufelte Alkohol sollte gänzlich aus ihren Wohnstuben verschwinden und es ist strengstens darauf zu achten, dass die Wohnung reinlich und sauber ist. Die Weibsbilder sittlich gekleidet und die Kinder von Läusen befreit. Dass das regelmäßige Studium in der Bibel und der sonntägliche Besuch des Gottesdienstes obligatorisch ist, braucht nicht erst erwähnt zu werden. Ein Rückfall oder Abweichen von unseren Regeln soll den sofortigen Entzug der Unterstützung zur Folge haben.

Was wie eine Maßnahme der Arbeitsagentur klingt, ist noch keine, sondern stammt aus einer protestantischen Armenfürsorge von vor 150 Jahren. Aber nicht mehr lange, denn in Sachen „Arbeitslosigkeit" und „Armutsbekämpfung" greifen die Herrschenden wieder zu den alten Methoden. Das ist nicht neu! Der Horrorkatalog der Arbeitsagentur ist wohl bekannt. Wie vor 100 Jahren versuchen die Besitzenden „Armut" und „Arbeitslosigkeit" zu kriminalisieren. War es früher das Arbeitshaus, um die Armut von den Straßen zu bekommen, ist es heute der Ein-Euro-Job. Waren es früher „wohlerzogene" Bürger, die – bevor eine finanzielle Unterstützung gewährt wurde – den „sittlichen Lebenswandel" der Betroffenen überprüften, müssen wir heute einen Fragenkatalog mit Seelenstrip vor einem beamteten Sachbearbeiter hinlegen. Und war es früher eine Kontrolle über den Aufenthaltsort, fordern heutige Politiker die elektronische Fußfessel für Langzeitarbeitslose, wie der hessische Justizminister. Oder aber die Kontrolleure der Hartz-Agentur rufen einen dauernd an.

Mit einer neuen Anordnung aus Nürnberg haben die Kontrolleure eine legale Form gefunden, um Hartz IV-Empfänger zu überwachen. In unregelmäßigen Abständen und zu unregelmäßigen Zeiten, so heißt es aus Nürnberg, sollen die „Leistungsempfänger" angerufen werden, um zu kontrollieren, ob die entsprechende Person zu Hause ist. Es könnte ja ein Ein-Euro-Job warten! Wer beim zehnten Mal nicht telefonisch angetroffen wird, dem droht eine „finanzielle Sanktion".

Wer schon einmal versucht hat, seinen Sachbearbeiter zu erreichen, weiß, dass man mehr als zehn Mal anrufen muss. Wir wissen jetzt, warum die Leitungen bei der Hartz-Agentur dauernd besetzt sind.

Dass man eventuell auf Arbeitssuche sein könnte, glauben die ja nicht, weil die auch wissen, dass es keine Jobs gibt. Damit wir in Zukunft aber nicht weiter kriminalisiert werden, schlage ich vor, dass, sobald man mal seine zusammengekürzte Wohnfläche verlassen muss, die Arbeitsagentur anruft und mitteilt, wohin man gerade geht und wann man wieder erreichbar ist. Da der Sachbearbeiter ja so mit Telefonieren beschäftigt ist, schlage ich vor, gleich beim örtlichen Ober-Hartz-Boss anzurufen.

Auch Anarcho-SyndikalistInnen können nett sein. Helfen wir ihnen!

Hallo!

Guten Tag! Da ich nur ein Telefon mit Schnur habe und dieses nicht bis zum WC reicht, möchte ich mich nur mal für fünf Minuten zum „persönlichen" Geschäft abmelden. Ich rufe sofort wieder an, wenn ich fertig bin. Danke und bis gleich.

Anna Homburg, FAU Ffm

KOLUMNE DURRUTI



Liebes Job-Center, bislang kannte ich zwar niemanden, der über Dich jemals einen Job bekommen hätte. Aber heute morgen hast Du Deinem euphemistischen Titel mal Rechnung getragen.

Schon vor sechs Wochen hatte ich ein Schreiben erhalten, das mir den Beginn einer Deiner gefürchteten Maßnahmen für heute, Montag, den 05. Dezember, ankündigte. Da ich selten so weit im voraus plane, landete Dein Brief aber erst auf dem Fensterbrett, wurde von meiner Freundin vage Richtung Telefon verschoben, hatte dort wohl auch gestört und war auf geheimnisvollen Pfaden schließlich hinter unseren Weinvorrat gelangt. Dort, im staubigen Dunkel alkoholischer Reifeprozesse, geriet er dann in Vergessenheit. Wie aber der heimtückische Zufall das so haben wollte, bekam ich gestern Abend äußerst trinkfreudigen Besuch. Und beim Griff nach der allerletzten Flasche fiel mir der Brief dann in die Hände. „Huch! Wassisn dis?" entfuhr es mir. Ich öffnete, entdeckte Dein Logo, liebes Job-Center, und erschrak heftig. Nicht wegen der Androhung einer Maßnahme. Auch nicht wegen des nur noch 5 Stunden entfernten Termins. Als Schriftsteller bin ich es durchaus gewohnt, mich auch mit 3,0 Promille nach zwei Stündchen Halbschlaf halbwegs tatkräftig zu fühlen. Es war die Art der Maßnahme, die mich überraschte: Neun Monate lang, schriebst Du, solle ich von nun an in Einzel- und Gruppentherapien das Vermittlungsmanagement der Firma EURO TRAIN über mich ergehen lassen. Ich war beeindruckt. Keine staubgrauen Fallmanager mehr, die in vergilbten Leitz-Ordnern nach neuer Hoffnung für mich suchen! Endlich Zugang zum Weltmarkt! EURO TRAIN – die Magnetschwebebahn in eine goldene Zukunft! Gutaussehende Personalcoaches in bestem Zwirn würden mich nun fit machen für die Globalisierung. „Tschacka!" würden wir rufen: „Tschacka! Ich kann alles! Tschacka! Ich glaube an mich!" Grunzen würden wir und tanzen und uns gut und überlegen fühlen. Wow! Dass es vielleicht doch nicht ganz so ablaufen würde, dieser Verdacht kam mir erst, als ich mir ansah, wo das alles stattfinden sollte. Nämlich in Deinen Räumen, liebes Job-Center. Da hatte ich dummerweise schon geduscht, mit Rasierwasser gegurgelt, die Haare gegelt und meinen besten Anzug an. Eine gefährliche Kostümierung, wenn man sich zu Dir in die Gewerbebrachen der Storkower Straße begibt. Scheele Blicke dauerarbeitsloser Alkoholiker, die mich vermutlich für Josef Ackermanns Neffen hielten, folgten mir den ganzen Weg von der S-Bahn. Mehrfach meinte ich Messer schnappen zu hören. Meine letzten Hoffnungen auf ein fröhlich globalisiertes „Tschacka!" aber zerstoben, als ich den Vermittlungsraum betrat. Drinnen saßen circa 20 graugesichtige Mittfünfziger in ALDI-Blousons, vier Skinheads mit kniehohen Springerstiefeln und ein bärtiger Harley-Fahrer, der im Suff leise vor sich hin brabbelte. Neben einem Haufen bunter Prospekte stand unser gemeinsamer Vermittlungsmanager lässig an einen Tisch gelehnt. Er trug den diffusen Schatten eines Pubertätsschnauzers und wirkte in seinen Luftpolsterturnschuhen und dem ausgebleichten Lonsdale-Sweatshirt so seriös wie einer dieser neuen U-Bahn-Kontrolleure auf Ein-Euro-Basis. Er versicherte uns, dass wir alle voll vermittelbar aussehen würden, ey, das hätte er Kraft seiner langen Erfahrung sofort erkannt. Die Skinheads feixten, der Harley-Fahrer rülpste vernehmlich. Die folgende Monate sähen so aus, fuhr der lockere junge Mann – den ich im folgenden MC EURO TRAIN, oder besser Dr. ET nennen werde – fort, dass er uns hin und wieder Tipps zur Aufhübschung von Bewerbungen gäbe. Auch würde er uns zeigen, wie man Jobs im Internet sucht, und die große, exklusiv für uns aufgebaute Job-Datenbank von EURO TRAIN stünde auch zur Verfügung. Auf die Frage, was es denn da so für Jobs gäbe, blickte sich Dr. ET mit all seiner jugendlichen Menschenkenntnis im Raum um und stieß mutig die Jobs hervor, die ihm als erstes zu unserem Anblick einfielen: „Na, wir haben zum Beispiel ... Krankenschwester oder Metzger!" Während ich mir noch vorstellte, wie ich wohl mit Schwesternhäubchen aussähe, wurde Dr. ET gefragt, wie denn seine Berufsausbildung verlaufen sei und was ihn also befähige, uns zurück auf den Arbeitsmarkt zu lotsen. Mit entwaffnender Ehrlichkeit, erklärte er uns, er habe seinerzeit eine Ausbildung beim Arbeitsamt absolviert, sei aus verschiedenen Gründen nicht übernommen worden, hätte dann auf dem zweiten Bildungsweg irgend so ein Kurzabitur gemacht und sich in der Arbeitslosigkeit wiedergefunden, aus der heraus ihn EURO TRAIN vor drei Monaten zum Vermittler machte. Eine deutsche Erfolgsgeschichte. „Tschacka!" hätte ich ausrufen mögen. Zorniges Grummeln machte sich breit. Dr. ET beeilte sich, unsere – für EURO TRAIN Gold werten – Unterschriften abzugreifen und enteilte flugs der Lynchjustiz. Mir aber war eine Idee gekommen. Kaum zuhause, telefonierte ich mit EURO TRAIN und ... ich habe jetzt wieder einen Job. Bei EURO TRAIN. Als Vermittlungsmanager. Sie wollten nicht mal Unterlagen sehen. Mit meinem Lebenslauf, sagte man mir – 20 Semester Germanistik, Produktionshelfer bei der ZDF-Hitparade, Schriftsteller und seit vier Jahren arbeitslos – mit diesem Lebenslauf sei ich bestens qualifiziert. Und das fand ich auch, nachdem ich hörte, was ich von nun an monatlich verdienen werde. Danke, liebes Job-Center! Ein fröhliches „Tschacka!",

dein neuer Mitarbeiter,

Markus Liske

PS.: Realität essen Satire auf ...

TERMINE

▸BERLIN

Fr. 6. Januar, 20.00 Uhr
FAU-Lokal, Straßburger Str. 38, Berlin-Mitte, U2 Senefelder Platz
„Sprache des Neoliberalismus"
Vortrag und Diskussion

Fr. 13. Januar, 20.00 Uhr
FAU-Lokal, Straßburger Str. 38, Berlin-Mitte, U2 Senefelder Platz
Infoveranstaltung: „Lidl-Kampagne meets Basisgewerkschaft"
Diskussion mit Agnes Schreieder von der Lidl-Kampagne (ver.di)

Fr. 20. Januar, 20.00 Uhr
FAU-Lokal, Straßburger Str. 38, Berlin-Mitte, U2 Senefelder Platz
Infoveranstaltung: „Was ist Anarchosyndikalismus?"

Fr. 27. Januar, 20.00 Uhr
FAU-Lokal, Straßburger Str. 38, Berlin-Mitte, U2 Senefelder Platz
Kintopp: „L´emploi du temps"
Film von Laurent Cantet (Filmemacher von Ressources humaines)

▸BOCHUM

Do. 19. Januar, 20.00 Uhr
Soziales Zentrum, Rottstr. 31
Ihr kotzt mich alle an
Francois Villon konzertant
Veranstalter: Theater Metropol (in Zusammenarbeit mit der „Digitalen Werkskapelle") und FAU Dortmund

▸DÜSSELDORF

Sa. 28. Januar, 20.00 Uhr
SP-Saal der Heinrich-Heine-Universität, Universitätsstr. 1
No Jailhouse Rock
Soliparty zugunsten des Rechtshilfefonds für die Magdeburger Genossen
Veranstalter: FAU Düsseldorf und Antifa-Referat der Heine-Universität

▸HANNOVER

Di. 31. Januar, 20.00 Uhr
UJZ Korn, Kornstr. 28-30
Venezuela und Bolivien – Rebellion, Revolution, Reform?
Vortrag und Diskussion mit David Mora zur Bedeutung der sozialen Bewegungen in Lateinamerika
Veranstalter: FAU Hannover

▸MÜNSTER

Sa./So. 4./5. Februar
Baracke, Scharnhorststr. 100, Münster (Vorträge, Filme, Party)
Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57, Münster (Arbeitsgruppen)
Erste Münsteraner Winterschule: Militarismus/ Antimilitarismus
Vorträge zu Geschlechterverhältnissen und Krieg, Ökonomie und Krieg, Militarismus in Münster
Arbeitsgruppen zu Medien, Totaler Kriegsdienstverweigerung, Widerstand im Militär ...
Filme, VoKü, Party
Unkostenbeitrag: 5,- Euro
Anmeldung unter bankrott@free.de
Nähere Infos unter www.free.de/bankrott

Leichenschauerstreik in München

Quer durch München gurken, den Tod feststellen, die Leiche nackt ausziehen, die Haut untersuchen, in allen Körperöffnungen nach verdächtigen Spuren suchen, anschließend Formulare ausfüllen und nach zwei Stunden wieder zurück nach Hause fahren – das ist nicht wirklich lustig, aber ein Job. Pauschal 100 Euro gab's pro Toten dafür, nachts und am Wochenende 120. Zuviel – laut Gebührenordnung sind nur 70 drin, also wird ab sofort auch nicht mehr als das bezahlt. Für die zehn Ärztinnen und Ärzte, die in eigener Regie den Münchner Leichenschaudienst bestritten, lohnt sich das nicht, also haben sie kurzerhand ihren Dienst eingestellt.

Jetzt passieren immer wieder solche Sachen wie, dass ein Polizist stundenlang in einer Einzimmerwohnung neben einer verwesten Leiche ausharren muss und den Ort nicht verlassen darf, weil der Tod noch nicht festgestellt wurde. Er muss warten, bis einer der wenigen Amtsärzte Zeit hat oder sich eine andere Ärztin bereit erklärt, nach Praxisschluss nochmal vorbei zu schauen, um den Tod und dessen Ursache festzustellen.

Wir erklären unsere Solidarität mit dem ehemaligen Leichenschauernotdienst und begrüßen, dass Polizistinnen dadurch von anderem Unfug abgehalten werden. Die Überwachung des Zersetzungsprozesses, bis der Arzt kommt, durch Ein-Euro-Jobberinnen vornehmen zu lassen, wurde bislang nicht angedacht.

Schreiben

Der inhaftierte Arbeitslose Werner Bräuner hat eine neue Adresse und freut sich weiterhin über vielerlei Post:

Werner Bräuner
JVA Oldenburg
Cloppenburger Str. 400
26133 Oldenburg

Erfolgsmodell klerikale Kliniken

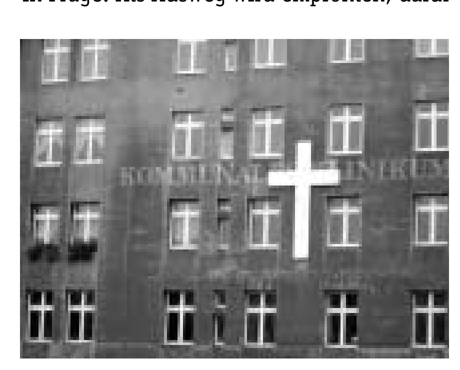
Verbund verhindert Schwangerschaftsabbrüche in Hanau

Durch die Kostenexplosion im Gesundheitswesen werden in den nächsten zehn Jahren ein Viertel der ca. 2.200 Krankenhäuser in Deutschland sterben. Als einziger Ausweg bleibt oft nur die Fusion mit starken Partnern.

Besonders hoch ist der Druck auf kommunale Kliniken; sie werden eher nach politischen als nach betriebswirtschaftlichen Interessen geführt und werden von Kommunen häufig als unkalkulierbarer Kostenfaktor gefürchtet. Darunter leidet die Konkurrenzfähigkeit, der Klinikbetrieb wird immer teurer und schlechter. Viele Kommunen möchten daher die Verantwortung für ihre Krankenhäuser los werden.

Hanaus Patientinnen

Die hessische Stadt Hanau hat gemeinsam mit einer katholischen Klinik eine Holding gegründet, in der die Religiösen den Ton angeben. Im Ergebnis dürfen ab 2006 in Hanau keine Schwangerschaftsabbrüche mehr vorgenommen werden. Die Perinataldiagnostik (Test auf Behinderung von Embryonen) sowie Fruchtbarkeitstests für Frauen stehen in Frage. Als Ausweg wird empfohlen, dafür



in die Nachbarstädte zu gehen. Da diese Holding jedoch als bundesweites Modellprojekt gelten soll, ist das wohl keine Dauerlösung.

Folgen für die Belegschaft

Für kirchliche Betriebe gilt das Betriebsverfassungsgesetz nicht. Das kommunale Krankenhaus bleibt zwar im kommunalen Arbeitgeberverband, aber die Mitarbeiter können in der kirchlichen Klinik eingesetzt werden – zu den dort herrschenden schlechteren Bedingungen (s. Buchbesprechung „Caritas und Diakonie“). Da aber kirchliche Betriebe bevorzugt Konfessionelle einstellen, resultiert das in einer Art ökonomischer Zwangsmission. Wer der Kirche beitritt, hat bessere Chancen, den Job zu behalten. So werden Konfessionsfreie zu Kirchensteuerzahlerinnen.

Wettbewerbsvorteil konfessionelle Dienstgemeinschaft

Kooperation, Fusion und Übernahmen in der Entwicklung kommunaler und konfessioneller Gesundheitseinrichtungen sind keine Erfindung aus Hanau. Zu verlockend sind die Vorteile; eine Kooperation mit christlichen Krankenhäusern lässt sich dem Wahlvolk leichter schmackhaft machen als das Verscherbeln an einen der fünf großen privaten Klinikbetreiber. Dazu kommt die Entrechtung der Angestellten. Kein Betriebsrat, keine Mitbestimmung und kein Streikrecht – das hält eine Menge Ärger vom Hals. Einzig die Mitarbeitervertretungen (MAV) werden von den Dienstgebern angehört. Im Zweifel entscheidet der zuständige Bischof. Die gemeinnützigen gGmbH, als die die konfessionellen Gesundheitsbetriebe häufig firmieren, bieten zudem steuerliche Vorteile, dürfen Spenden sammeln und Ein-Euro-Jobs anbieten.

Beispiele und Ausmaß

Es gibt keine vollständige Übersicht konfessionell/kommunaler Klinikprojekte. Sie existieren bereits in Weimar, Hamburg, Gütersloh und Velbert/Heiligenhaus. Geplant sind weitere in Hamburg, in Osnabrück, Darmstadt/Dieburg und im Kreis Bergstraße sowie in Schwäbisch-Hall/Hohenlohe.

Um Übernahmen von privaten Ketten zuvor zu kommen, gibt es in Köln die kirchlich dominierte Clinotel-Krankenhausverbund gGmbH mit 15 Mitgliedern, Tendenz: wachsend.

Martin Hauptmann, FAU Ffm

Caritas und Diakonie

Buchtipp

Die beiden größten nichtstaatlichen Arbeitgeber Europas, wenn nicht der Welt sind die katholische Caritas und die evangelische Diakonie in Deutschland. Laut Eigenauskünften hat die Caritas ca. 500.000 und die Diakonie ca. 450.000 Angestellte. Laut Berufsgenossenschaft sind es jeweils rund 750.000 in den christlichen Sozialverbänden. Gemeinsam beschäftigen sie also fast doppelt so viele Menschen wie DaimlerChrysler, VW und BMW weltweit zusammen.

Dabei verschanzen sich die beiden Konzerne hinter ca. 50.000 selbständigen Rechtsträgern und haben offenbar selbst keinen Überblick über ihren Aufbau.

Carsten Frerk hat mit „Caritas und Diakonie in Deutschland“ das zweite Buch nach „Finanzen und Vermögen der Kirchen in Deutschland“ veröffentlicht.

Das Titelbild stellt sehr gut dar, wie das Buch aufgebaut ist – ein nicht ganz vollständig zusammengesetztes Puzzle der Logos der beiden Wohlfahrtsverbände. Wer sich nicht von den Zahlenwüsten abschrecken lässt, bekommt ein Bild davon, wie Caritas und Diakonie finanziert werden, was sie mit dem Geld machen und wie sie politisch und gesellschaftlich Einfluss gewinnen.

Frerk schreibt aus der Perspektive konfessionsfreier Humanisten. Das Buch zeigt, dass sich die Kirchen mit fremden Federn schmücken. Die Zeche für die Erfüllung ihres angeblich mitmenschlich-christlichen Auftrags zahlen zu 98% andere, aber sie bekommen den Ruhm. Nur 5% der Kirchensteuer fließt in wohltätige Zwecke. Der Staat fördert die gigantischen Kirchenkonzerne massiv auf den verschiedensten Ebenen.

Für Gewerkschaften interessant sind vor allem die Exkurse zum Thema Arbeitsbedingungen. Es wird deutlich, warum die christliche Weltanschauung das überproportional ausgeprägte Mobbing dort begünstigt. Die Mitarbeitervertretungen (MAV) haben faktisch keine Rechte, weil in einer Glaubensgemeinschaft Chefs und Belegschaft das selbe Interesse haben. Wozu also Mitbestimmung?

Bei aller Schwierigkeit, den verschiedenartigen Stoff zu gliedern, hätte ich mir eine klarere Trennung zwischen den gut lesbaren, allgemein interessanten Teilen und den eher lexikalischen Abschnitten gewünscht. Auch in einem der sonst sehr lesenswerten Exkurse findet sich eine lexikalische Auflistung.

Die Zahlen und Berechnungen sind im wesentlichen nachvollziehbar. An wenigen Stellen sind die Hochrechnungen gewagt, worauf die Verbände inzwischen sogar eigene Zahlen veröffentlicht haben, wo sie zuvor gemauert haben. Frerks Absicht, die Verbände zu mehr Transparenz zu zwingen, hat sich also bereits erfüllt.

Um ein Verständnis für die Materie zu bekommen und weil es um sehr viele Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen geht, gehört das Buch in die Syndikatsbibliothek.

Carsten Frerk, Caritas und Diakonie in Deutschland, Alibri-Verlag Aschaffenburg, 22,50 EUR, 366 Seiten, ISBN 3-86569-000-9

Martin Hauptmann, FAU Ffm

Abwarten und Abstinken

ver.di bremst Initiative der LKH-Beschäftigten aus

Nur schleppend kommt der Widerstand gegen den Verkauf der zehn niedersächsischen Landeskrankenhäuser zustande. Nachdem es bereits im August kleinere Proteste der Beschäftigten in den LKHs gab, verlagerte die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di die Kämpfe schnell auf die Straße – weg von den Betrieben. Bloß keine Initiative der Belegschaften, nur keine dezentralen Aktionen zulassen! Seitdem ist im Klinikalltag nicht mehr viel von der Wut der Beschäftigten zu spüren. Die Haltung vieler KollegInnen ist eher abwartend.

Niemand lässt die Sau raus

Nur ein Bruchteil der 6.400 betroffenen MitarbeiterInnen, zwischen 1.000 und 2.000 Beschäftigte, findet den Weg zu den zentralen Demonstrationen und Kundgebungen, die von der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und der dbb-Tarifunion organisiert werden. Einige sprechen auch aus, warum: Sie glauben nicht daran, dass der Verkauf mit Demonstrationen aufzuhalten ist. Manche misstrauen den GewerkschaftsfunktionärInnen direkt. D.h. aber nicht, dass sie darüber nachdenken, dem etwas entgegen zu setzen, sich selbst zu organisieren. Viele glauben, sie könnten sich irgendwie durchwursteln und würden schon allein wegen ihres Stillhaltens bei einem Eigentümerwechsel besser dastehen als diejenigen, die sich wehren. Ein Trugschluss, wie sich noch zeigen wird.

Verbalradikal ausgebremst

Jüngst kündigte ver.di Streiks im Falle eines Festhaltens der Landesregierung an den Verkaufsplänen fürs neue Jahr an. Mit „Endlich!“ oder „Viel zu spät!“ will man das spontan begrüßen. Aber es bleiben Zweifel. Wann haben ver.di-FunktionärInnen schon mal ernsthaft daran gedacht? Gehört das nur wieder zu den obligatorischen Drohgebärden? Große Klappe, nichts dahinter? Die Beschäftigten wieder am grünen (Verhandlungs-)Tisch verkaufen und hinterher von großen Erfolgen und unvermeidlichem „Krötenschlucken“ fabulieren? Bisher hat ver.di eher ihre Bremserfunktion erfüllt, hat Eigeninitiative abgewürgt, die Kontrolle über die Proteste gewinnen wollen. Einer Selbstorganisierung der Beschäftigten steht der Verband diametral entgegen.

Taktik trotzkistischer Sekten

Das beste Beispiel dafür, wie die Beschäftigten und die Öffentlichkeit für dumm verkauft werden, lieferte der Zentralverband dabei erst in jüngster Vergangenheit: Am 14. November mobilisierte ver.di zentral zum LKH Osnabrück „mit anschließendem Demozug vor das Steigenberger Hotel“ in der Innenstadt. Dort berieten zur Stunde die CDU-Landtagsabgeordneten den Haushalt 2006, wobei es auch um den Verkauf der Landeskrankenhäuser ging.

Als sich die Busse der KollegInnen aus den verschiedenen Landeskrankenhäusern nach und nach in der Nähe des Sammlungsortes eingefunden hatten, zogen sie zunächst mit ihren selbst gestalteten Transparenten und Schildern vors Krankenhaus, wo sie schon von den übrigen KollegInnen erwartet wurden. Erst hier wandelte sich das Bild: ver.di-FunktionärInnen gaben nicht nur Trillerpfeifen und Fackeln aus, sondern suchten mit Luftballons und ganzen Bündeln von Gewerkschaftsfahnen die Versammelten heim und nötigten allen, die noch nichts in den Händen hielten, etwas davon auf. Viele, denen das offensichtlich unangenehm und lästig war, griffen trotzdem zögernd zu. Wenn man sich dagegen verwahrte und darauf verwies, gar kein ver.di-Mitglied zu sein, wurde man auch schon mal angefaucht, dass das doch vollkommen egal sei. Am Ende glich der Demonstrationszug einem Fahnenmeer. Dabei hatten große Teile der Beschäftigten weder einen ver.di- noch einen dbb-Ausweis in der Tasche. Das Vorgehen von ver.di erinnerte doch stark an die Taktik einer einschlägig bekannten trotzkistischen Sekte auf linken Demos. Nur dass die keine Fahnen, sondern Bündel von Schildern verteilten, um das Demo-Bild zu dominieren.

Schreien, wo es keiner hört

Dem ganzen die Krone setzte ver.di allerdings erst am Zielort auf: Nicht etwa, wie angekündigt, das Steigenberger Hotel wurde der Schauplatz der Abschlusskundgebung, sondern ein unbedeutender Platz, ca. 100 Meter Luftlinie weit davon entfernt. Hier gaben sich, abgesehen von einem Liedermacher und dem DGB-Chor, nur ver.di-FunktionärInnen auf einer zur Rednerbühne umfunktionierten Lkw-Ladeklappe das Mikrofon in die Hand. Neben dem Landesvorsitzenden Wolfgang Denia und dem Hauptpersonalratsvorsitzenden der LKH, Michael Krömker, kamen nur PersonalrätInnen zu Wort. Von Klassenkampf keine Rede; stattdessen Paternalismus (Denia: „Was ist das für ein Landesvater ...?“) und Personifizierung (Ministerpräsident Wulff und die ehemalige Sozialministerin von der Leyen). Die Beschäftigten fungierten nur als Kulisse. Erst am Ende übernahmen die Versammelten die Initiative: Auf den Aufruf einer Person hin, der zuvor nicht mit der ver.di-Führung abgesprochen war, zog knapp die Hälfte der DemonstrantInnen direkt vors Hotel, um dort lautstark ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen. Der Funke zündete: Radikalere Töne waren jetzt zu vernehmen (Besetzungs- und Blockadeforderungen). Aber selbst in dieser Situation gelang es Krömker, zu spalten: Er forderte den unentschlossenen, noch verbliebenen Teil auf, einfach den ortskundigen Leuten zurück zu den Bussen zu folgen, was diese zum großen Teil auch taten, anstatt ihren kämpferischen KollegInnen zu folgen.

Anarr

Bindan Leiharbeit

Ungerechtfertigte Lohnkürzung in verleihfreien Zeiten

Vor einigen Wochen hatten wir einen Konflikt mit der Firma Bindan Zeitarbeit in Offenbach, der ältesten Leiharbeitsfirma des Landes, die bundesweit etwa 4.000 Menschen verleiht.

Ein Genosse von uns arbeitet seit fast zwei Jahren bei Bindan. Mangels Aufträgen konnte er immer seltener an Entleihbetriebe vermietet werden, weder in seinem Beruf noch berufsfremd. Er wurde gedrängt, in der verleihfreien Zeit bezahlten oder unbezahlten Urlaub zu nehmen. Als er sich weigerte, wurden ihm trotzdem Urlaubstage abgezogen. Seine Beschwerde dagegen wurde abgeschmettert, dafür folgte die erste Abmahnung. Unser Genosse reichte Widersprüche ein, die nach entsprechender Frist an das Arbeitsgericht weitergeleitet wurden.

Dann folgten die nächsten „Wiederholungsabmahnungen" wegen angeblicher „Unpünktlichkeit" u. a. während der verleihfreien Zeit und wegen „schlechter Arbeitsleistung und Motivation". Für diese und weitere Tage kündigte der Niederlassungsleiter wieder an, sie als unbezahlte Fehlzeiten zu werten. Wieder mussten Widersprüche geschrieben werden. Daraufhin drohte der Niederlassungsleiter mit der Verschickung des Genossen durch das Bundesgebiet. Ein erstes



Schreiben zur Meldung in der Bindan-Niederlassung Rostock wurde übergeben, obwohl dort ebenfalls keine Stellen ausgeschrieben waren. Sehr erfreulich war die Reaktion vieler Gewerkschaftsgruppen der FAU, die sofort die Unterstützung in verschiedenen Städten mit Bindan-Niederlassungen angeboten hatten.

Die Lage wurde trotzdem langsam unangenehm, denn das Risiko, bei der nächsten Abmahnung die angekündigte fristlose Kündigung samt dreimonatiger Sperre beim Arbeitsamt zu bekommen, war sehr hoch und eine Klage dagegen würde lange dauern.

Dann kam es wegen der ersten Abmahnung und dem „gekürzten" Urlaub zur Güteverhandlung beim Arbeitsgericht. Wir hatten Beistand durch die FAU organisiert und konnten gemeinsam dafür sorgen, dass drei der Abmahnungen aus der Personalakte entfernt werden, der Lohn für diese Tage bezahlt und der „geklaute" Urlaub wieder gutgeschrieben wird. Der Niederlassungsleiter war vorher schon vom Richter darauf hingewiesen worden, das die verbleibende Abmahnung so dürftig sei, dass sie rechtlich keinen Bestand habe.

Während des Verfahrens wurden noch einmal Praxis und Denkweise der Leiharbeitsindustrie deutlich. Der Niederlassungsleiter beklagte, dass es nicht sein könne, dass Bindan in der verleihfreien Zeit den Lohn weiterzahlen müsse, sie hätten doch keine Einnahmen, und im übrigen sei das bei ihnen so üblich, den Leuten die Tage abzuziehen. Leider wollte der Richter uns dieses Thema nicht allzu sehr vertiefen lassen, aber immerhin gab er dem Offenbacher Chefverleiher noch einen Blitzkurs über das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG).

Bisher ist es uns zwar noch nicht gelungen, im größeren Rahmen weitere Beschäftigte von Bindan zu finden, die sich gegen die „Lohnkürzung" in den verleihfreien Zeiten wehren wollen, aber wir arbeiten daran.

FAU – Gewerkschaft für alle Berufe Frankfurt

Kampagne „Du bist Deutschland" hat NS-Vorläufer

von Agent Ur-Quelle: http://de.indymedia.org/2005/11/133518.shtml

Weitere Aufregung um die umstrittene Mutmacherkampagne: Seit mehreren Wochen kursiert im Internet ein Foto, dass eine NS-Veranstaltung zeigt, auf dem in großen Lettern der Slogan „Denn du bist Deutschland" unterhalb eines Portraits von Adolf Hitler zu sehen ist. Recherchen haben belegt, dass es sich bei dem Bild nicht um eine Fälschung handelt. Das Stadtarchiv von Ludwigshafen hat 1999 das Buch „Ludwigshafen – ein Jahrhundert in Bildern" veröffentlicht (ISBN 3-924667-29-2), in dem sich das Bild von 1935 findet.

129a durch die Hintertür

Urteilsspruch im Verfahren gegen Daniel und die Folgen

Nachdem am 22. November 2005 das Revisionsverfahren im Justizzentrum in Halle gegen Daniel W. mit der Verurteilung nach Paragraph 129a („Bildung einer terroristischen Vereinigung") und wegen zwei versuchten angeblichen Brandstiftungen vorerst endete, wird es Zeit für einen Rückblick, eine Einschätzung und einen Ausblick.

Der Rückblick

Im Verfahren wurde Daniel vorgeworfen, gemeinsam mit anderen Mitgliedern des „Autonomen Zusammenschlusses Magdeburg" („AZ"), unter drei wechselnden Aktionsnamen Brandanschläge unter anderem auf das Landeskriminalamt (LKA) Sachsen-Anhalt und ein Einsatzfahrzeug der Bundespolizei verübt zu haben. Bereits im Jahr 2003 war die Bundesanwaltschaft mit ihrem Konstrukt der „Bildung einer terroristischen Vereinigung" nach § 129a gegen Daniel und seine damaligen Mitangeklagten Marco und Carsten gescheitert. Grund war ein vermeintliches Auflösungsschreiben, dass bei einer der Hausdurchsuchungen in Magdeburg gefunden worden sein soll. Danach habe sich die Vereinigung aufgelöst, und aus diesem Grund könne man die vermeintlichen Mitglieder nicht mehr nach § 129a verurteilen. Heute, drei Jahre später, erkennt die Bundesstaatsanwaltschaft in dem Schriftstück keine Auflösungserklärung mehr, sondern einen Hinweis auf einen neuen Anschlag, weil die unterzeichnende Gruppe nicht identisch ist mit den drei zuvor verwendeten Aktionsnamen. Die Gruppe, die also nach § 129a tätig gewesen sein soll, habe sich aus dem „AZ" entwickelt und weitere Anschläge unter anderen Aktionsnamen geplant, so die Staatsanwaltschaft. Die militante Gruppe habe sich also nicht wie im ersten Hauptverfahren angenommen aufgelöst, sondern sei durch die Verhaftungen von Marco, Daniel und Carsten gescheitert. Dennoch habe es sie zum Zeitpunkt der Anklageschriftverfassung im ersten Hauptverfahren noch gegeben, und Daniel sei aus diesem Grund zu diesem Zeitpunkt auch noch Mitglied dieser Gruppe gewesen. Genau deshalb wurde er nun nach § 129a verurteilt. Daniels Anwälte legten gegen das Urteil sofort Revision ein.

Ein Nebeneffekt des Urteilsspruches war die Tatsache, dass – nachdem Marco Ende Oktober aufgrund der voll ausgeschöpften maximalen Haftdauer von sechs Monaten für Beugehäftlinge entlassen wurde – auch Carsten überraschenderweise bereits gut zwei Wochen vor Urteilsverkündung ebenfalls aus der „Erzwingungshaft" frei kam.

Die Folgen

Durch dieses Urteil ist es dem BKA zum einen möglich, weiterhin in Magdeburg zu ermitteln. Wie im Zuge des Verfahrens öffentlich wurde, ist die so genannte BKA-Einsatzgruppe Magdeburg auch nach Erhebung der Anklage im ersten Hauptverfahren nicht aufgelöst worden, sondern existiert weiterhin – wenn auch personell reduziert – und stellt nach wie vor Ermittlungen an. Ermittelnde Beamte des BKA konnten im derzeitigen Verfahren auch nur eingeschränkte Aussagen machen, weil sie nach eigenen Aussagen noch immer mit laufenden Ermittlungen befasst sind. Da nicht nur Marco, Daniel und Carsten, sondern eine Vielzahl weiterer Menschen in Magdeburg von Ermittlungsverfahren im Zuge des ersten Hauptverfahrens betroffen waren, droht ihnen nun eine erneute Ermittlung und unter Umständen auch eine Anklage.

Zum zweiten hätte aber eine rechtskräftige Verurteilung von Daniel nach diesem Konstrukt auch mögliche Auswirkungen auf viele in der BRD arbeitende politische Gruppen und Initiativen. Es wird in diesem Verfahren rechtliches Neuland betreten, was den § 129a angeht. Da den Angeklagten weder konkrete Straftaten noch die Mitgliedschaft in einer sogenannten terroristischen Vereinigung an sich nachgewiesen wurde, was bisher für eine Verurteilung notwendig war, wurde Marco dennoch für Straftaten verurteilt und Daniel sogar wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, obwohl ihnen weder Straftaten noch eine Mitgliedschaft nachgewiesen werden musste.



de.indymedia.org

Demo nach Daniels Verurteilung am 22.11.2005

Ein Beispiel

Es existiert eine offen und legal arbeitende Gruppe „XY". Zudem gibt es irgendwo einen Anschlag auf ein Fahrzeug der Bundespolizei. Zukünftig reicht es aus, wenn die Bundesstaatsanwaltschaft behauptet, die Gruppe „XY", in der einige namentlich bekannte Personen arbeiten, habe den Anschlag auf das Fahrzeug der Bundespolizei verübt, indem sich zumindest aus einem Teil dieser Gruppe eine terroristische Vereinigung gebildet haben soll. Folglich können alle Mitglieder der Gruppe „XY" wegen Mitgliedschaft in eben dieser Gruppe verurteilt werden, ohne dass dem/der Einzelnen die Tat konkret nachgewiesen werden muss! Genau damit schafft sich der Staat einen Präzedenzfall, der früher oder später auf jede und jeden angewendet werden kann, der/die sich in irgendeiner Form politisch betätigt.

Das heißt nicht, dass es so kommen muss. Wir denken nur, dass es genau so kommen kann! Wir denken, es ist deswegen wieder notwendiger denn je, sich kritisch und sensibel mit dem Thema Repression auseinander zu setzen!

FAU Magdeburg

Aktueller Spendenstand (7.12.05):

302,55	FAU Hamburg
50,00	Syndikat A
553,00	Solikonzert FAU Dresden
20,00	FAU Bremen
80,00	FAU München
473,00	Solikonzert Inihaus Bad Oldesloh
12,56	H.N.
20,00	S.B.
20,00	P.H.
1.000,00	FAU-Rechtshilfefonds

Insgesamt gingen über den Spendenaufruf der FAU 2.531,11 Euro ein – herzlichen Dank an alle UnterstützerInnen! Spenden können weiterhin auf das Konto der FAU, Kto-Nr. 961 522 01, BLZ 200 100 20, Postbank Hamburg, Kennwort: „Beugehaft" überwiesen werden

Innovative Konzepte der Zeitarbeit

„Guten Tag, Ausbeutungsagentur Nightshift am Apparat ..."

Unsere Kunden schätzen besonders unsere Zuverlässigkeit, Erreichbarkeit und unser freundliches Personal" wirbt das Unternehmen auf seiner Homepage www.nightshift-service.com. Nach fünf Jahren, in denen sie den Berliner Markt erobert haben, expandiert die Zeitarbeitsfirma nun nach Hamburg. Das Erfolgsgeheimnis liegt dabei weniger im Bereich der „innovativen Lösungen", die Nightshift nach außen als Firmenphilosophie vermarktet, sondern im Bereich der Ausbeutung ihrer ca. 150 – vorrangig studentischen – MitarbeiterInnen.

Um überhaupt in den Genuß zu kommen, ein „Shifty" zu werden, wie die beiden Geschäftsführer liebevoll ihre Firmensklaven nennen, liegt erst einmal ein unbezahlter Schulungsmarathon vor den MitarbeiterInnen. Einen Nachmittag lang werden die Grundlagen der Software, das Verhalten gegenüber den Gästen und sehr lapidar die Grundlagen des Arbeitsschutzes erläutert. Es folgt eine unbezahlte Einarbeitungsphase, deren Länge faktisch offen gelassen wird. Bei meinem ersten Vorstellungsgespräch war die Rede von einer Schicht, während der theoretischen Einführung hieß es dann auf einmal zwei – mit der Option diese auf eine dritte und vierte Schicht zu verlängern. Im Anschluss daran wird mensch eventuell vom Betrieb übernommen, d.h. mensch schuftet möglichst auf 400 Euro Basis – bei weitgehend unbezahlten Überstunden – für das Unternehmen, das ein sehr großes Maß an Flexibilität und Bereitschaft abverlangt, auch kurzfristig für eine Schicht die Abendplanung zu Gunsten der Firma zu verändern.

Die Frechheit kennt dabei keine Grenzen, auf meine Absage bzgl. des Jobs bat mich einer der beiden Geschäftsführer vollen Ernstes, doch wenigstens die unbezahlten Schichten zu absolvieren.

Wir wünschen wenig Erfolg bei der Suche nach neuen MitarbeiterInnen und hoffen, dass sich in Zukunft die „Shifties" weigern, zu diesen Konditionen neue Arbeitskräfte auszubilden.

Camillo Rack

„Es fing an, als McKinsey bei uns war."

Streik bei Gate Gourmet am Düsseldorfer Flughafen

Seit dem 7. Oktober 2005 streiken am Flughafen Düsseldorf über 80 ArbeiterInnen des Catering-Konzerns Gate Gourmet (GG). Auch Gruppen der FAU haben sich in Düsseldorf und an anderen GG Standorten in Frankfurt, Berlin und Hannover an Solidaritätsaktionen beteiligt – und GenossInnen der CNT am Flughafen in Madrid. Solidarität ist wichtig für die Streikenden, die sich schon so lange, mutig und geschlossen gegen das Dumping ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen wehren.

Gate Gourmet, zweitgrößter Airline-Caterer, sorgte im August 2005 für weltweite Schlagzeilen. Eine rüde Massenentlassung von 670 ArbeiterInnen am Londoner Flughafen Heathrow provozierte einen effektiven Solidaritätsstreik des dortigen Bodenpersonals von British Airways, in dessen Folge der BA-Flugplan für mehrere Tage zusammenbrach.

Die Düsseldorfer GG „unit" kam durch den Verkauf der LTU-Catering-Tochter LTC in den GG-Konzern. Dieser wiederum wurde wegen des Bankrotts der Swissair 2001 an den Private Equity Investor Texas Pacific Group verkauft, der z.B. auch bei Burger King und Grohe an Bord ist.

Seitdem haben sich die Arbeitsbedingungen und das Betriebsklima immer weiter verschlechtert. Die Kopflanger von McKinsey verordneten Personalabbau und Rationalisierung im Fabrikstil. Dies funktioniert aber am Flughafen nicht, sondern lädt den durch Wechselschichten und Arbeitszeitkonten ohnehin schon hoch „flexibilisierten" ArbeiterInnen zusätzlichen Stress – und Krankenstände – auf, da es keine Pufferzeiten mehr gibt, um auftretende Probleme zu lösen. GG setzt auf Druck durch



25.11.2005 – der 50. Streiktag

Christoph Joemann

Abmahnungen, keine Neueinstellungen und immer mehr Leiharbeit. Und ließ ein Verhandlungsergebnis vom 6. Dezember, das die Streikenden mglw. akzeptiert hätten, am Tag darauf wieder platzen.

Es geht um mehr als Lohnprozente: „Menschenwürde" steht auf Transparenten vor Halle 8a. Die Streikenden, die aus vielen Ländern stammen, haben die Nase voll von den Zumutungen „da drin". „Draußen" sind sie im Laufe des unerwartet langen Streiks zusammengewachsen und haben, unterstützt von der NGG, schon eine Menge Aktivitäten am Flughafen und weit darüber hinaus entfaltet. Auch direkte Aktionen, u.a. in Form von Blockaden hat es gegeben. Die breit gestreute – und für die Streikenden sehr wichtige – materielle und ideelle Solidarität lässt spüren, dass viele Menschen verstanden haben, dass der immer aggressiveren Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen etwas wirksames entgegengesetzt werden muss – Streik.

Gegen dessen Wirksamkeit steht insb. die Streikbrecherei. Diese erledigt – neben der „drin" gebliebenen Verwaltung – Personal von anderen GG „units" und LeiharbeiterInnen türkischer Herkunft der Duisburger Firma Goldberg & Avci GmbH. Deren Chef und Streikbruchprofiteur Sevket Avci ist pikanterweise Vorsitzender des Beirates für Zuwanderung und Integration der Stadt Duisburg. Laut Indymedia-Berichten ist dieser Zusammenhang kürzlich in Duisburg durch zweisprachige Plakate öffentlich gemacht und das Büro von Avci verwüstet worden.

Auch wenn die Situation nicht mit Heathrow vergleichbar ist, müsste dieser Streik nicht isoliert bleiben. Am Flughafen Düsseldorf und bei Gate Gourmet Deutschland ist ver.di in Verhandlungen oder könnte sie führen. Bezugspunkte für gemeinsame Kämpfe gäbe es genug – Outsourcing, Leiharbeit, Flexibilisierung, Arbeitszeitverlängerung, Verzicht stehen auch in der ehemaligen Edelbranche Flughafen überall auf der Tagesordnung. Wir empfehlen: Nicht auf ver.di warten – den Streik jetzt unterstützen! Z.B. mit Informationsverbreitung, Aktionen auch an anderen Flughäfen oder effektiven Blockaden.

Weitere Infos und Links zum Streik auf der GG Sonderseite von www.fau.org.

Frank Nord, Dortmund

Agenturschluss mit juristischem Nachspiel: GenossInnen aus Flensburg wegen Hausfriedensbruchs angeklagt

Am 3. Januar 2005, dem ersten Arbeitstag unter Hartz IV, gab es bundesweit Protest-, Blockade- und Widerstandsaktionen rund um die Arbeitsagenturen. Die Staatsmacht hielt sich in den meisten Städten zurück, wusste man doch, wie viel Sprengstoff dieses Thema beinhaltete. In Flensburg sind nun zwei Personen wegen Hausfriedensbruch verurteilt. Der Gesamtbetrag liegt (inklusive Anwaltskosten) bei 700 EUR und ist keineswegs als Privatsache anzusehen. Etwa 40 Personen sind damals in das örtliche Arbeitsamt eingetreten, einige begaben sich in den ersten Stock der Lobby, von wo sie ein Transparent hissten und per Megafon Durchsagen machten, unter großem Zuspruch der anwesenden Arbeitslosen. Ziel war eine Arbeitslosenvollversammlung. Die Polizei versuchte, die Reden zu unterbinden und holte Verstärkung. Als diese eingetroffen war, brachen die AktivistInnen ihre Aktion ab, um Gewalttätigkeiten der Polizei zu vermeiden (ein Beamter hatte bereits seinen Schlagstock gezogen). Die Gruppe verließ das Gebäude letztlich aus eigenem Entschluss und ohne Begleitung der Polizei. Dass nun trotzdem Strafen ausgesprochen werden, hat politische Gründe. Um Spenden wird gebeten.

FAU
Stichwort: Agenturschluss
Konto-Nr. 961 522 01
BLZ 200 100 20
Postbank Hamburg

Fortsetzung „Der Streik ..." von Seite 1

Die Ideologie, dass sich alle gesellschaftlichen Zusammenhänge in „Angebot und Nachfrage" auflösen, schien überwältigend. Mit Hartz IV wurde die Trennlinie zwischen „ehrbarem Arbeiter" und „arbeitsscheuem Gesindel" entsprechend neu gezogen: Statt der Anbindung der Lohnersatzleistung an den früheren Lohn droht das schnelle Absinken in die Schicht der Almosenempfänger.

Signal an die Unternehmer

Die Kapitalisten verstanden sofort, dass Hartz IV ihre betriebliche Kommandogewalt stärkte. Es konnte ihnen nur recht sein, als nach der Sommerpause 2004 die neuen Bedingungen auf einmal in den grellsten Horrorszenarien ausgemalt wurden. Je größer die Angst vor Arbeitslosigkeit, desto mehr würden sich die Ausgebeuteten gefallen lassen. Auf breiter Front wurde die Verlängerung der Arbeitszeit – ohne Lohnausgleich – gefordert und durchgesetzt, die Produktivität durch Massenentlassungen hochgetrieben.

Aber der Herbst 2004 brachte auch eine andere Wende, die wir möglicherweise bis heute noch nicht so ganz begreifen. Die Montagsdemonstrationen und der wilde Streik bei Opel in Bochum hatten einen Typus des gesellschaftlichen Konflikts hervorgekehrt, der nicht zur Bilderwelt des „Arbeitskraftunternehmers" oder der „Warensubjekte" passte, aber auch für die Kampagnenpolitik der radikaleren Linken zu überraschend kam.

Krise des Staates/unkontrollierte Bewegungen

Auffälligstes Merkmal dieser Bewegungen war die fehlende Organisierung oder Vermittlung durch eine anerkannte politische Kraft. Der IG Metall gelang es nur durch ein äußerst plumpes Manöver, den wilden Streik abzubrechen – auf Kosten ihre Legitimation. Nach dem Abbruch des Streiks im Osten 2003 hatte selbst die junge Welt geschrieben: „Dass die wütenden Metaller den Streik auch gegen den Willen ihrer Führung weiterführen werden, erscheint unwahrscheinlich. Dafür bedarf es oppositioneller und Basisstrukturen, deren Aufbau die gewerkschaftliche Linke nun forcieren sollte." (30.6.2003) Bei Opel waren alternative Strukturen handlungsfähig geworden. Die Entscheidung über Streik liegt nun nicht länger allein bei den staatlicherseits befestigten Gewerkschaften.

Die ArbeiterInnen bei AEG in Nürnberg haben diese Erfahrung aufgegriffen, auch wenn zur Zeit unklar ist, ob sie sich der gewerkschaftlichen Vermittlung entziehen können. „Die Kollegen legen immer wieder spontan die Arbeit nieder oder arbeiten sehr langsam, hier und da werden die Bänder abgeschaltet, viele haben sich krankschreiben lassen. Man ist immer wieder überrascht, was sich die einzelnen Abteilungen einfallen lassen, um die Produktion zu unterbrechen. Nichts ist geplant oder koordiniert." (Interview mit einem Arbeiter, jW 17.12.2005)

Die Krise der staatlichen Vermittlung, die sich in dem Zwang ausdrückt, nur noch als große Koalition regieren zu können, und eine deutliche Entfremdung der ArbeiterInnen von der gewerkschaftlichen Verhandlungslogik bilden die Rahmenbedingungen für die „Rückkehr der Streiks", die in zweierlei Hinsicht eine neue Bedeutung erhalten werden.

Überwindung öder Rituale

Erstens können sie nicht länger als institutionalisierte Rituale funktionieren. Streik wird zum ernsthaften Machtkampf. Die ArbeiterInnen werden nach Punkten suchen, an denen sie empfindliche Verkettungen der Produktion treffen können. Den Streikenden bei Opel war bewusst, dass nur wenige Tage fehlten, um den gesamten europäischen GM-Verbund lahm zu legen. Selbst in gewerkschaftlich organisierten Streiks wie dem Arbeitskampf bei Gate Gourmet am Düsseldorfer Flughafen stellt sich zunehmend diese Frage. In solchen kleinen und isoliert bleibenden Streiks ist es längst üblich geworden, dass der Unternehmer die kämpfenden ArbeiterInnen durch systematischen Streikbruch ausbremst, um ihnen ihre Ohnmacht zu demonstrieren.

Selbsterfindung der Arbeiterklasse

Zweitens werden Streiks damit zur praktizierten Selbsttätigkeit und Kollektivität – in ihnen stellt sich so etwas wie Arbeiterklasse überhaupt erst wieder her: sicher nicht in altvertrauten Kostümen und hinter traditionsreichen Fahnen, sondern als die Selbsterfindung einer neuen Form kollektiver Subjektivität, die die mystifizierten Mächte des Kapitals und der Globalisierung zersetzt.

Es besteht kein Grund, deshalb schon die Fanfare zum letzten Gefecht zu blasen. Aber die Zeichen deuten darauf hin, dass zumindest die Streikstatistik in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts wesentlich positiver ausfallen wird.

cf (Köln)

Briefbomben

DA-Schlussredaktion, Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund, da-schlussredaktion@fau.org

Die Zeichen der Zeit erkennen

In seinem Artikel „Die Jagdsaison ist eröffnet" in der DA 172 zeichnet Heiner Stuhlfauth ein heiteres Bild des schlitzohrigen Proletariers in Deutschland. Gut gelaunt trotze dieser allen Schikanen von Gesetzgeber und Ämtern und „maggele" sich trickreich und sachkundig durch zu seiner Stütze.

Ob in Westdeutschland bzw. Köln die Situation der Erwerbslosen weniger brisant ist, sei dahingestellt. Die Erfahrungen der Anti-Hartz-AG der FAU Berlin mit den Jobcentern und den Reaktionen der Betroffenen in Berlin sind jedoch alles andere als idyllisch, geht es doch nicht nur um den dürftigen Regelsatz, sondern die Verschleppung von Auszahlungen und zahlreiche Fehlbeträge durch falsche Einstufung von Haushaltsangehörigen und falsche Anrechnung von Einkommen. Die Leistungen für die Unterkunft(!) lassen sich demnächst nach Haushaltslage durch Verordnung senken – Hessen-Koch schwärmte schon von leerstehenden Kasernen.

Seit Monaten verteilen wir vor den Jobcentern Info-Flugblätter, begleiten „KundInnen" zu Gesprächen mit Ämterknechten, machen Hartz-Info im Gewerkschaftslokal. Wir können also einen gewissen Einblick in die Lage der Betroffenen beanspruchen. Es geht nicht um Jammern, wie z.B. Unternehmerfunktionäre und ihre Lakaien ein Jahr zuvor in einer Anzeigenkampagne tönten, sondern um – oft hilflose – Wut. Clements Kampagne, verbunden mit Ämterschikanen, bedeutet Desinformation und Verhetzung gegen die Millionen, die in diesem siechenden (gleichzeitig aus allen Nähten platzenden) System nicht gebraucht werden. Er erklärt die zu Tricksern und Schmarotzern, die gerade noch mit viel Nervenkraft und juristischem Beistand zu ihrem Recht zu kommen versuchen, das Sozial- und Verfassungsgerichte längst bestätigen. Darüber sollten wir nicht nur besserwissend grinsen, sondern uns alarmiert fühlen, der Desinformation entgegenzuwirken und die Rechtsbrüche desto energischer anzuprangern. Wie viel Prozent dieser zum Abschuss freigegebenen „maggeln" nun fröhlich-fuchsig vor sich hin? Nach unserer Beobachtung sind es die wenigsten, politisch und/oder charakterlich einigermaßen gewappnet, die selbstbewusst Wut in Kampflust verwandeln, indem sie sich über ihre Rechte informieren, sich kenntnisreich durchwurschteln, den Weg sozialen Widerstands wählen. Die meisten aber haben keine Vorstellung davon, wie sie sich wehren könnten gegen Schikanen und Demütigungen, mit denen die Ämter potenziell Leistungsberechtigte abzuschrecken und die Statistik zu schönen suchen.

Anti-Hartz-AG der FAU Berlin

Arbeitskampf gegen Leiharbeitsfirma

FAU erzielt Erfolg gegen It.A Zeitarbeit

Es war das altbekannte Spiel bei miesen Jobs: Die Löhne wurden nicht oder viel zu spät ausgezahlt, die ArbeiterInnen waren z. T. nicht angemeldet, manche Arbeitsverträge fehlten oder waren ungültig, die gesamte Rechtsgrundlage des Arbeitsverhältnisses war unklar und widersprüchlich, Sicherheitsvorschriften wurden missachtet. Die Eigentümer der Frankfurter Leiharbeitsfirma It.A Zeitarbeit Rohrbach & Grun GbR mit ca. 25 ArbeiterInnen vertrösteten die Arbeitenden mit verschiedenen Geschichten. Ein Gang durch die Instanzen wäre wegen akuter Geldknappheit einiger Beschäftigter zu langwierig gewesen. Die Chefs schürten zudem mit ihrem Verweis auf die Unzuverlässigkeit und die Säumigkeit ihres Hauptauftraggebers bei einigen Beschäftigten die Angst, dass die GbR pleite gehen könnte und sie nichts mehr bekämen.

Schnelles Handeln war geboten, darum organisierten einige GenossInnen aus der Belegschaft in der FAU Gegenmaßnahmen.

Solidarisierung in der Leiharbeitsbranche ist schwierig, weil die meisten Kolleginnen sich nirgends über den Weg laufen und sich daher auch nicht verabreden und zusammenschließen können. Im Fall It.A kam erschwerend hinzu, dass der Hauptauftraggeber keine Aufträge mehr an It.A vergab. Ein Streik hatte den Nachteil, dass er den It.A-Chefs entgegenkommt, weil sie zwar für die entleihfreie Zeit zahlen müssen, nicht aber für Streiktage. Trotzdem entschied sich der in der FAU organisierte Teil der Belegschaft einstimmig für einen Streik als Teil des Arbeitskampfes gegen It.A.



Aktion vor dem It.A-Büro

Als zielführendere Maßnahme erwies sich allerdings die Öffentlichkeitsarbeit. Die It.A-Chefs verkauften sich als „good guys" und setzten mit ihrer Nähe zu ver.di und SPD auf ein arbeiterfreundliches Image. Sogar die Betriebsfeier im November fand im Jugendclub des DGB-Hauses statt.

Pressearbeit und die Flugblatt- und Transpi-Aktionen vor ihrem Büro steigerten die Verhandlungsbereitschaft der Geschäftsführung erheblich. Die fehlenden Anmeldungen bei den Kassen wurden nachgeholt und belegt, die Löhne wurden überwiesen. Und eine strengere Kontrolle der Einhaltung der Sicherheitsvorschriften bei den Entleihbetrieben wurde zugesichert – wir werden sehen.

Der vorübergehende Wermutstropfen ist, dass einige Beschäftigte auf Minijob-Basis verliehen wurden, aber nur die Zeiten bezahlt bekommen haben, die sie tatsächlich dort gearbeitet haben (weniger als 400 EUR). Sie hätten aber die vollen 400 EUR bekommen müssen, weil das Risiko für verleihfreie Zeiten beim Leiharbeitsunternehmen liegt; dieses Risiko ist eines der Argumente, warum die Leiharbeitsfirmen – quasi als Versicherung – einen so hohen Anteil vom Lohn abkassieren. Die Tendenz geht in der Praxis offenbar immer mehr dahin, zu versuchen, dieses unternehmerische Risiko unmittelbar auf die Beschäftigten abzuwälzen.

Im konkreten Fall bei It.A hat die Geschäftsleitung sich mit einer anwaltlichen Bestätigung des Sachverhaltes einverstanden erklärt, um die restlichen Lohnanteile für die entleihfreien Zeiten auszuzahlen. Ersatzweise wird die FAU die anstehenden Arbeitsgerichtsverfahren begleiten.

FAU Frankfurt am Main

Castor 2005 – ein Rückblick

Auf den ersten Blick war alles wie immer – und doch war es in diesem Jahr anders

Schon im Spätsommer versuchten einige, das „Comeback der Anti-Atom-Bewegung" herbei zu schreiben. Phantasiert wurde von Tausenden, die sich querstellen werden, nicht weil ein Wiedererstarken der Bewegung zu spüren war, sondern wohl eher, um vor dem erwarteten Regierungswechsel eigene Pflöke einzuschlagen und die atomkritischen Teile der Gesellschaft wachzurütteln.


WENDLÄNDISCHER BAUERNKALENDER

Ein böses Erwachen gab es dann für die Polizei am 28. September. Mit einem „Begrüßungsfeuer" für die Tausenden zu erwartenden PolizistInnen leiteten Unbekannte die heiße Phase im Wendland ein. Ein Brandanschlag zerstörte in Woltersdorf die Wohncontainer, in denen die BeamtInnen während der Transporte nach Gorleben untergebracht sind. Es entstand ein Sachschaden von drei Millionen Euro, und in der Region war mehr als stille Genugtuung zu spüren.

Auch zwei DGB-Gewerkschaften hatten sich Gedanken um die Zukunft gemacht.

Gemeinsam mit den vier größten Energiekonzernen (EnBW, E.ON, RWE, Vattenfall) forderten die IG Bergbau, Chemie, Energie (IGBCE) und ver.di am 26. Oktober von der neuen Regierung die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke und weitere Maßnahmen, die einer ökologisch orientierten Energieversorgung widersprechen. Die IGBCE tut dies schon immer; bemerkenswert ist eher das Verhalten von ver.di mit ihrem Vorsitzenden und Grünen-Mitglied Frank Bsirske. Obwohl Bsirske in den folgenden Tagen auf Grund von Protesten zurückrudern musste, hat ver.di damit aufgehört, eine tendenziell atomkritische Organisation zu sein. Bsirske selbst hält es in der Frankfurter Rundschau vom 28. Oktober sogar für nötig, „übergangsweise mehr Atomstrom zu produzieren, um den CO2-Ausstoß zu reduzieren", und macht sich so zum willfährigen Helfershelfer der Atomindustrie.

Die CDU/SPD-Regierung ihrerseits wird in den kommenden Jahren alles dafür tun, die sowieso zu langen Laufzeiten für Atomkraftwerke weiter auszudehnen und das Zwischenlager Gorleben zum Endlager zu machen – nicht nur das gilt es zu verhindern!

Beton – es kommt darauf an, was man daraus macht!

Sitzblockaden, Mahnwachen, Barrikaden, Demos, Hakenkrallen in der DB-Oberleitung, Treckerblockaden – der November war geprägt vom vielfältigen Widerstand gegen den Castor.

Obwohl der Zug recht schnell die Umladestation in Dannenberg erreichte, war im Vergleich zu den letzten Jahren eine deutliche Verbesserung der Stimmung unter den DemonstrantInnen zu spüren. Da niemand mehr glaubt, das Ding wirklich aufhalten zu können, entfällt der Erfolgsdruck. Im Vordergrund steht der Spaß am gemeinsamen Widerstand, die Entschlossenheit, nicht aufzugeben und trotzige Kampfeslust.

Die Phantasie der Aktiven vor Ort und ihre schon skurril zu nennende Ankettaktionen verschaffen anderen dann immer wieder die nötige Luft, um sich mit Barrikadenbau und brennenden Strohballen warm zu halten. Erwähnt seien hier die mit Traktoren verbundenen kubikmetergroßen Betonklötze oder die Leichenwagen; in deren Böden waren Löcher gefräst, in diesen Löchern Betonklötze versenkt – an die Straße angeschraubt – und in den Betonklötzen Demonstranten angekettet.

Fazit: Der Widerstand war bunt, kreativ, entschlossen und (teilweise) sehr effektiv. Die brennenden Barrikaden und die von den Aktiven vor Ort aufgebaute – mit viel Arbeit verbundene – Infrastruktur (ein Riesenlob!!), drücken eine Unversöhnlichkeit aus, die hoffen lässt, dass der Widerstand in der Region nicht zu befrieden sein wird. Zu wünschen wäre in den nächsten Jahren eine wieder wachsende bundesweite Beteiligung; dann ist im Wendland vieles möglich!

Ralf Dreis, FAU Frankfurt

Unterstützung der Rechtshilfe Gorleben

Wendländischer Bauernkalender
Kontakt:
Tel.:05841-1829
www.wendlaendischer-bauernkalender.de
ISBN 3-89567-025-1
Der Erlös aus dem Verkauf des Kalenders kommt der Rechtshilfe Gorleben zugute.

FAU Hannover streikt an der Uni

Landesbeschäftigte der FAU stellen eigene Forderungen

Streiks an Universitäten sind sicherlich nichts Neues. Nur waren es keine StudentInnen, die am 23. November in den Ausstand traten. Diesmal hatte die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di die Landesbeschäftigten an den niedersächsischen Hochschulen dazu aufgerufen. Gefolgt waren dem Aufruf in Hannover allerdings nur wenige. 40 KollegInnen versammelten sich seit dem frühen Morgen nach und nach vorm Streikzelt, um gegen den von der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) vorgelegten „Wissenschaftstarifvertrag" und für die Übernahme des bereits bei Bund und Kommunen geltenden „Tarifvertrag öffentlicher Dienst" (TVöD) zu streiken. Zugleich forderten die ver.di-KollegInnen den Erhalt der 38,5-Stunden-Woche – ein Widerspruch zum neuen Tarifwerk, nach dem die 39-Stunden-Woche gilt.

Auf den Punkt brachten es dagegen die Uni-Beschäftigten, die sich in der Ortsgruppe der FAU organisiert haben. Zusammen mit ihren (ebenfalls betroffenen) Kollegen aus anderen Landesbetrieben (Landeskrankenhaus und Jugendverband) unterstützen sie zwar den Kampf gegen die Angriffe durch die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und Hochschulrektorenkonferenz, wandten sich aber zugleich gegen den von ver.di ausgehandelten TVöD. Stattdessen machte sich die kleine, unabhängige Gewerkschaft in ihren Flugblättern für den Erhalt des Bundesangestelltentarifs (BAT) stark, der danach auch rückwirkend für alle Neueingestellten und studentischen Hilfskräfte gelten soll.

Streikende ver.di-KollegInnen und nicht beteiligte Uni-Beschäftigte reagierten gleichermaßen interessiert auf diese Forderungen. Am Ende kam doch so manche Diskussion darüber zustande. Fragen zur FAU wurden beantwortet, die Uniformität der ver.di-Fahnen endlich durchbrochen. Richtig sauer reagierte hingegen ein ver.di-Funktionär, der „Spaltungsversuche" witterte. Aber auch ihm blieb letzten Endes nichts anderes übrig, als sich den FAU-Argumenten zu stellen. Schließlich musste auch er zugeben, dass die Einführung von Niedriglohngruppen durch den TVöD eine Auslagerung von Betriebsbereichen nicht verhindert.

Anarr

§§§-Dschungel

Zum Jahresende und zu Beginn des neuen Jahres sind einige rechtliche Dinge zu beachten. Einige Themen werde ich hier ansprechen. Ich weise jedoch darauf hin, dass dies keinesfalls eine vollständige Liste ist.

Jahresurlaub

Urteil 1
Urlaubsanspruch während Urlaubsjahr geltend machen

Der Anspruch auf bezahlten Urlaub muss vom Arbeitnehmer stets innerhalb des entsprechenden Jahres geltend gemacht werden, in dem der Urlaub genommen werden soll. Das hat das Arbeitsgericht Frankfurt in einem Urteil festgestellt.
Az: 5 Ca 10017/01

Urteil 2
Übertragung von Teilurlaub

Will der Arbeitnehmer Teilurlaub auf das nächste Kalenderjahr übertragen, muss er dies noch im Urlaubsjahr verlangen. Dafür reicht jede Handlung des Arbeitnehmers aus, mit der er für den Arbeitgeber deutlich macht, den Teilurlaub erst im nächsten Jahr nehmen zu wollen. Nicht ausreichend ist es, wenn der Arbeitnehmer im Urlaubsjahr darauf verzichtet, einen Urlaubsantrag zu stellen.
BAG 10. März 1966 - 5 AZR 498/65 - AP KO § 59 Nr. 2).

Auszug aus dem Bundesurlaubsgesetz
BUrlG § 7 Zeitpunkt, Übertragbarkeit und Abgeltung des Urlaubs – Absatz 3

Der Urlaub muss im laufenden Kalenderjahr gewährt und genommen werden. Eine Übertragung des Urlaubs auf das nächste Kalenderjahr ist nur statthaft, wenn dringende betriebliche oder in der Person des Arbeitnehmers liegende Gründe dies rechtfertigen. Im Fall der Übertragung muss der Urlaub in den ersten drei Monaten des folgenden Kalenderjahrs gewährt und genommen werden. Auf Verlangen des Arbeitnehmers ist ein nach § 5 Abs. 1 Buchstabe a entstehender Teilurlaub jedoch auf das nächste Kalenderjahr zu übertragen.

Bildungsurlaub

In einigen Bundesländern gibt es Bildungsurlaub. Zum Beispiel in Hessen fünf Tage im Jahr. Wurde er nicht genommen oder hat der Arbeitgeber den schon beantragten Bildungsurlaub abgelehnt, könnt Ihr ihn – zumindest in Hessen – auf das nächste Jahr übertragen lassen.
Infos über den Bildungsurlaubsanspruch in den verschiedenen Bundesländern findet Ihr im Internet unter folgender Adresse.
http://www.iwwb.de/aktuelles/bildungsurlaub

Weihnachtsgeld und Sonderzahlungen

Jahresprämie auch bei Krankheit

Vertraglich vereinbarte Jahressonderzahlungen können bei längeren Krankheiten von Arbeitnehmern nicht einfach gekürzt oder widerrufen werden. Das hat das Arbeitsgericht Frankfurt entschieden.
Laut Urteil haben Arbeitnehmer aber auch während einer Krankheit Anspruch auf alle vertraglich vereinbarten Leistungen des Unternehmens. Wolle eine Firma Jahresprämien kürzen oder widerrufen, müsse entweder eine Änderungskündigung ausgesprochen oder eine entsprechende Vereinbarung mit dem Arbeitnehmer geschlossen werden, sagte der Gerichtsvorsitzende.
Az.: 4/3 Ca 6802/02

Weihnachtsgeld und Rückzahlung bei Eigenkündigung

Urteil 1
Weihnachtsgeld bei vorzeitigem Ausscheiden

Bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Betrieb kann das Weihnachtsgeld nur dann zurückverlangt werden, wenn dies vertraglich ausdrücklich vereinbart wurde.
Aus dem Grundgedanken des Weihnachtsgeldes ergibt sich zumindest keine Rückzahlungspflicht.
LAG Rheinland-Pfalz, 1996-04-19, 3 Sa 63/96

Urteil 2
Unzulässige Rückzahlungsklausel

Erhält der Arbeitnehmer eine Weihnachtsgratifikation in Höhe von 50 v.H. seines Gehalts, ist eine Rückzahlungsklausel unwirksam, die die Rückzahlung der Gratifikation bei einem Ausscheiden des Arbeitnehmers mit dem 31. März des folgenden Jahres vorsieht.
BAG, Urteil vom 9.6.1993 - 10 AZR 529/92 -

Arbeitslosengeld

Die Dauer des Bezugs hängt vom Lebensalter und der Dauer der versicherungspflichtigen Beschäftigung ab und wird mit den Ende 2003 beschlossenen Neuregelungen ab 2006 drastisch gekürzt. Die Anspruchsdauer ergibt sich aus nachfolgender Tabelle.
Die bisherige Regelung gilt noch für Arbeitslose, die bis zum 31. Januar 2006 arbeitslos werden und sich bis dahin auch gemeldet haben. Die verkürzte Anspruchsdauer gilt dann ab 1. Februar 2006.
Eine Tabelle über Anspruchsdauer findet ihr im Internet unter der Adresse
http://de.wikipedia.org/wiki/Arbeitslosengeld

Thersites

Wer Elend sät, wird Wut ernten!

Eigentlich hätten aktuellen die Vorgänge in Frankreich einen eigenen Artikel in der DA verdient.

Aber weil es in der Dezemberausgabe der „Graswurzelrevolution" eine Menge qualitativer Artikel zum Thema gab und die FAU zeitnah auf ihrer Homepage berichtet hat, gibt es hier nur ein paar Quellenangaben:

Zwei Texte der Fédération Anarchiste auf der Seite der FAU Düsseldorf (www.fau-duesseldorf.tk)

Communique der Fédération Anarchiste – Keine Gerechtigkeit, kein Frieden!

Frankreich: Das Kapital unterdrückt, der Staat übt Repression aus.

Und auf graswurzel.net findet Ihr diese Texte:

- „Anarchie in Frankreich"?
- „Sterbt in Frieden, Brüder, aber ohne Aufsehen, so dass wir nur das weit entfernte Echo eures Leidens hören." Presseerklärung des „Mouvement de l'immigration et des banlieues" (MB), 9.11.2005
- Nach dem Aufruhr folgt der soziale Krieg. Stimmen französischer Libertärer (1)
- Kurzgespräch am Tresen. Stimmen französischer Libertärer (2)
- Es brennt! Stimmen französischer Libertärer (3)
- Eine Frage der Ehre. Zu den Provokationen und Männlichkeitsritualen bei Reaktion und Revolte in Frankreich

Zusammengestellt von: Rudolf Mühland

Guten Morgen, Frankreich!

Der Streik im Öffentlichen Dienst in Frankreich 1995

Nach 14 Jahren Amtszeit folgte dem Sozialisten Francois Miterrand 1995 Jacques Chirac auf den Stuhl des Staatspräsidenten. Er bestimmte Alain Juppé, wie er Mitglied der RPR, zum Premierminister. Das unterstrich die Absicht der Regierung, einen rechtskonservativen Kurs einzuschlagen. Das staatliche Sozialsystem und der Öffentliche Dienst wurden als Hauptverursacher des „Landesdefizits" ausgemacht. Juppé nutzte den Sommer für die Entwicklung eines Sozialplans, der die angeblichen Kosten öffentlicher Dienste wie Verkehr und Bildung senken sollte.

Sozialabbau

Die Regierung kündigte weitreichende und tiefgreifende Privatisierungsmaßnahmen an, u. a. von Fernbahn und Hochschulen. Die Beamtenlöhne wurden für 1996 eingefroren. Das „Finanzloch", das die Sozialversicherung gerissen habe, sollte durch eine neue Steuer – CSG – gestopft werden. Von der CSG-Steuer wären allein Lohnempfänger betroffen gewesen (zur Erinnerung: Zw. 1988 und 1995 erhöhten sich die Sozialabgaben der Lohnempfänger um 25%, die der Unternehmer nur um 8,6%). Die angebliche Unfinanzierbarkeit der Sozialsysteme war schon immer ein beliebtes Wahlkampfthema, das noch jede politische Richtung zu nutzen versucht hat. So erstaunt es nicht, daß die CSG-Reform von der sozialistischen Regierung unter Premier Jean Michel Rocard auf den Weg gebracht worden war. Ein 24-Stunden-Streik der Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes am 10. Oktober bildete den Auftakt einer sozialen Bewegung. Zwei Wochen später begann das neue Hochschulsemester. Viele Studenten sahen sich durch die Pläne der Regierung, ein elitäres Bildungssystem einschließlich sogenannter „Forschungszentren" zu schaffen, bedroht. Die Schließung unattraktiver, weil nicht wettbewerbsfähiger Unis und die schrittweise Einführung der Privatfinanzierung der Hochschulen stand im Widerspruch zum Prinzip der Unabhängigkeit von Forschung und Lehre. Zu den privaten Interessen zählte ja nicht zuletzt, was gelehrt wird und zu welchem Zweck. Stein des Anstoßes war dann die Androhung, die Uni Rouen, eine Hochschule in der Provinz, zu schließen. Im selben Zug wurde die Universität „Pasqua" gegründet, was unter den Studierenden auf Empörung stieß. Sie war nach dem gleichnamigen ehemaligen Verteidigungsminister benannt, der eine private Uni, die zum Inbegriff für Elitehochschulen geworden war, mit öffentlichen Mitteln finanziert hatte. Die Kampfansage hätte nicht deutlicher ausfallen können. Das erträgliche Maß war überschritten.

Studentenstreik

Aus Solidarität mit Rouen, das kein Einzelfall bleiben sollte, traten zuerst die Universitäten von Paris, Jussieu und Nanterre, dann in verstärktem Maße Hochschulen in der Provinz in den Streik.

Anders als bei vorangegangenen Studentenstreiks kam es jetzt zur Zusammenarbeit mit Hochschulbeschäftigten wie z. B. Reinigungs-



Studentenproteste

kräften oder Bibliotheksangestellten, die von den Umstrukturierungsplänen der Regierung ebenfalls betroffen waren. Das ganze entwickelte sich zu einer Basisbewegung im eigentlichen Sinne, von den Betroffenen selbst organisiert und bestimmt. Als Entscheidungsebene wurden allgemeine Vollversammlungen eingerichtet, in denen nur das imperative Mandat galt.

Nach und nach traten immer mehr Unis in den Ausstand. Schließlich wurde eine landesweite Koordinierungsstelle eingerichtet, wodurch sich Blickwinkel und Forderungen über den eigenen Tellerrand erweiterten, so daß es z. B. zur Solidarisierung der Bildungsbranche mit prekär Beschäftigten kam.

Nichts geht mehr

Am 15. November wurde der Generalstreik im öffentlichen Sektor ausgerufen.

Immer mehr häuften sich Demonstrationen, an denen Beschäftigte aller Zweige und Berufe im Öffentlichen Dienst teilnahmen. Von Mal zu Mal wurden die Demos massiver. Am 24. November trat die Eisenbahnergewerkschaft in den



Streikende Eisenbahner

Streik, ferner einige Stromwerke und Postämter. Gemeinsam wehrten sie sich gegen den sogenannten „Juppé-Plan", gegen Privatisierung, Umbau des öffentlichen Dienstes und den Angriff auf die Sozialversicherungen. Juppé plante, die Arbeitszeit zu verlängern, das Renteneintrittsalter um 2,5 Jahre anzuheben und schließlich die Bezuschussung von Medikamenten und ärztlicher Behandlung zu reduzieren – kurzum, das System sollte noch liberaler werden als bisher.

Ganz Frankreich, besonders aber Paris, war vom Streik betroffen. Die Hauptstadt war praktisch lahmgelegt, nichts ging mehr. In den Nachrichten wurden fortwährend Tips gegeben, wie man jetzt noch zur Arbeit gelangen könne: mit dem Fahrrad, per Anhalter, auf Rollschuhen ... Dessen ungeachtet stand die Mehrheit der Bevölkerung (Umfragen zufolge 57%) der Streikbewegung positiv gegenüber. Fremde im Auto mitzunehmen wurde zur Normalität, die Teilnahme von Erwerbslosen oder Arbeitern an Studentenplena, und umgekehrt Studierende auf Streikposten vor Werkshallen überraschten bald niemanden mehr. Das stellte eine gesellschaftliche Erfahrung dar, wie es sie schon lange nicht mehr gegeben hatte. Es lag nahe, daß in der Bewegung Ideen darüber heranreiften, was für eine Gesellschaft anstrebbar sei.

Die Bewegung wird massiv

Auf allen Demos kehrten dieselben Losungen und Forderungen wieder: Nein zum Juppé-Plan, Arbeitszeitverkürzung statt -verlängerung, Verteidigung des Öffentlichen Dienstes gegen Privatisierung, Umwandlung aller befristeten Arbeitsverträge in Festanstellungen. Im Grunde genommen diente der Juppé-Plan als Katalysator für die seit langem angestaute Unzufriedenheit der Arbeiter und die eindeutige Ablehnung einer kapitalistischen Gesellschaft.

Als Initiative der Basis stieß die Bewegung jedoch auf geringes Echo bei den traditionellen Organisationen, ganz zu schweigen von den Gewerkschaften. Mit dem plötzlichen Entstehen der Bewegung und ihrer selbstgewählten Struktur überfordert, dienten sie sich der Regierung als Vermittler an. Ohne ein Mandat der Streikenden zu besitzen, traten sie als deren Vertreter auf und trafen sich mit dem Bildungsminister und dem Premierminister zu Gesprächen. Damit verloren sie in den Augen der Streikenden jede Glaubwürdigkeit und schadeten sich schlußendlich selbst. Die traditionelle Form der Gewerkschaft hatte versagt.

Am 2. Dezember gingen zwei Millionen Menschen auf die Straße und erzwangen direkte Gespräche des Premiers mit den Streikenden. Die Ergebnisse waren enttäuschend, die Kraft des Streiks aber allmählich erschöpft. Nach einem Monat Streik und unter dem Druck des zu Weihnachten drohenden Reiseverkehrs wurde der Streik für beendet erklärt. Juppé zog seinen Plan zurück, die Streiktage wurden bezahlt und von der Privatisierung der Bahn abgesehen. Alle darüber hinaus gehenden Forderungen blieben jedoch unerfüllt, und auch nicht der Generalstreik durchgesetzt. Die Branchen der freien Wirtschaft konnten letztendlich nicht für den Streik gewonnen und der Korporatismus nicht vollständig überwunden werden. Wenn sich einige Forderungen auch ähnelten, kam es doch nie zu einer gemeinsamen Plattform.

Konsequenzen auf beiden Seiten

Dank der sozialen Bewegung begriff die Regierung, daß ein noch kapitalistischeres System nicht ohne Widerstand errichtet werden konnte, ebenso wenig, wie die sozialen Rechte — allesamt Errungenschaften sozialer Kämpfe — hemmungslos zu streichen. Sie lernte aber auch aus den Schwächen der Bewegung, in kleinen Schritten zu denken.

Die großen Streiks der letzten zwei, drei Jahre in Frankreich richteten sich gegen Teilmaßnahmen des Juppé-Plans. Im Stillen ist er immer noch am Wirken, nur wird jetzt nicht mehr versucht, ihn als Ganzes durchzufechten, sondern ihn in Segmente aufgeteilt nach und nach umzusetzen. Die Anhebung des Rentenalters, die Umwandlung des Beamtenstatus, die Umstrukturierung des Sozialversicherungssy-



Vierter Streiktag der Eisenbahner

stems zumindest teilweise in Privatversicherungen, wo das Solidarprinzip von Abgaben verlorenginge, die sich an der Einkommenshöhe orientieren, sind solche Vorhaben. Die CSG-Steuer wurde bereits eingeführt. Insofern stellte 1995 nur den Beginn einer neuen Phase verschärfter sozialer Bedingungen dar. Genauso haben die Arbeiter es verstanden.

Daß die tradionellen Gewerkschaften darauf keine Antwort wissen, war deutlich geworden. Es entstanden neue Initiativen und neue Formen von Organisationen, die sich an der Basis ausgerichtet von unten nach oben organisierten und sich an libertären bzw. anarchosyndikalistischen Prinzipien orientierten. Sei es die Erwerbsloseninitiative AC!, die syndikalistische Gewerkschaft CNT oder die Gewerkschaftsinitiative SUD.

Seit 1995 wurden einige große Streiks geführt. So im vergangenen Jahr bei der Post, den Stromwerken, unter Lehrern, Erwerbslosen und Kulturarbeitern. Daß der Kapitalismus weiter voranschreitet, ist allen klar. Daß diese Entwicklung nicht kampflos hingenommen werden muß, ist jedoch nicht mehr nur den Arbeitern klar.

Sylvie Chauvet

Die französische Gewerkschaftslandschaft

Frankreich ist von Richtungsgewerkschaften geprägt, die miteinander konkurrieren. Dieses sogenannte „System des gewerkschaftlichen Pluralismus" beinhaltet ein Nebeneinader von Gewerkschaften in derselben Branche und sogar im selben Betrieb.

Im Mittelpunkt des französischen Gewerkschaftsrechts steht der Begriff der „représentativité", die Frage also, wie repräsentativ für die Belegschaft die jeweilige Gewerkschaft vor Ort ist. Dieser Status ist mit wesentlichen Rechten verbunden, ohne die es nur schwer möglich ist, gewerkschaftliche Arbeit zu leisten. Eine Gewerkschaft ohne den offiziellen Status der Repräsentativität – im Zweifel entscheiden darüber die Gerichte – ist für Kollegen in der Regel kaum attraktiv. Zu den gesetzlich festgelegten Kriterien gehören u. a. eine nennenswerte Mitgliederzahl und Erfahrungswerte, was es neuen Gewerkschaften enorm erschwert, offiziell anerkannt zu werden.

Gilt eine Gewerkschaft im Betrieb als repräsentativ, so ist sie z. B. dazu berechtigt, Kollektivabkommen („convention collective") mit den Arbeitgebern zu schließen, die in Frankreich die Funktion unserer Tarifverträge erfüllen. Ferner steht ihnen das Recht zu, einen freigestellten Delegierten („délégué syndical") zu bestimmen, ein Büro und ein schwarzes Brett zu bekommen, usw.

Laut einem Dekret von 1966 müssen die fünf „traditionellen" Gewerkschaften keinen Nachweis erbringen, sie gelten per se als „repräsentativ".

Die traditionellen Gewerkschaften

- ***CGT*** (Confédération General du Travail, Allgemeine Konföderation der Arbeit): Gegründet 1885, ist die Geschichte der französischen Arbeiterbewegung unauflösbar mit ihrem Namen verbunden. In ihrer ursprünglich Ausrichtung stellte sie gewissermaßen den Prototyp einer anarchosyndikalistischen Gewerkschaft dar. Im Laufe der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts setzten sich in der CGT allmählich autoritär-marxistische Tendenzen durch, bis sie schließlich de facto zum gewerkschaftlichen Arm der französischen KP wurde. Anders als etwa in Italien („Eurokommunismus") vertrat die KPF keinen eigenständigen Standpunkt, sondern war die wohl moskautreueste, prosowjetischste KP im Westen. Das traf in vollem Umfang auch für die CGT zu. Lange Zeit die unangefochten stärkste gewerkscaftliche Kraft in Frankreich, hat sie in den letzten Jahren spürbar an Einfluß und Mitgliedern verloren. Sie zählt noch etwa 650.000.
- ***FO*** (Force Ouvrière, Arbeitermacht): Trennte sich 1947 von der CGT, um sich deutlich von KP und Moskau zu distanzieren. Im großen und ganzen sozialdemokratisch ausgerichtet. Formell versteht sie sich als politisch unabhängig, wird aber häufig mit der PS (Sozialisten) in Verbindung gebracht, auch trotzkistische Organisationen sind bemüht, auf die FO Einfluß auszuüben. Sie ist gemäßigt links und setzte sich z.B. 1995 gegen die Privatisierung der Sozialversicherung und des öffentlichen Dienstes ein.
- ***CFTC*** (Confédération Francaise des Travailleurs Chrétiens): 1919 gegründete katholisch-christliche Gewerkschaft. Heute von eher geringer Bedeutung. Vorläuferin der CFDT.
- ***CFDT*** (Confédération Démocratique du Travaille): 1964 beschloß die CFTC die strikte Abgrenzung zur Kirche und die Umbenennung in CFDT. Eine Minderheit verließ die Organisation daraufhin und gründete die CFTC wieder. Die CFDT ist die politisch heterogenste unter den französischen Gewerkschaften. In ihrer jungen und dennoch wechselvollen Geschichte nahm sie mal diese, mal jene Position ein, je nachdem, was der Gewerkschaftsspitze opportun erschien. Entsprechend ihrer christlichen Tradition wird in der CFDT viel Wert auf Ethik und Moral gelegt, Klassenanalysen sind eher verpönt. Sie grenzt sich scharf von der CGT ab und zeigt sich dabei betont antimarxistisch. Heute ist die CFDT die rechteste unter den Großen. Sie bejaht ausdrücklich die Sozialpartnerschaft, fordert die „Entpolitisierung" sozialer Beziehungen, unterstützt aktiv unsoziale Reformvorhaben der Regierung und tut sich auch nicht schwer mit Privatisierungen. Soziale Bewegungen außerhalb der Gewerkschaften, wie die von 1995, werden von CFDT-Funktionären gerne als „gefährlicher Populismus" beschimpft.
- Schließlich noch die ***CGC***: Von geringer Mitgliederzahl, ist sie nicht einmal eine Industriegewerkschaft, sondern der Lobby-Verband der höheren Angestellten.

Unabhängige Basisgewerkschaften

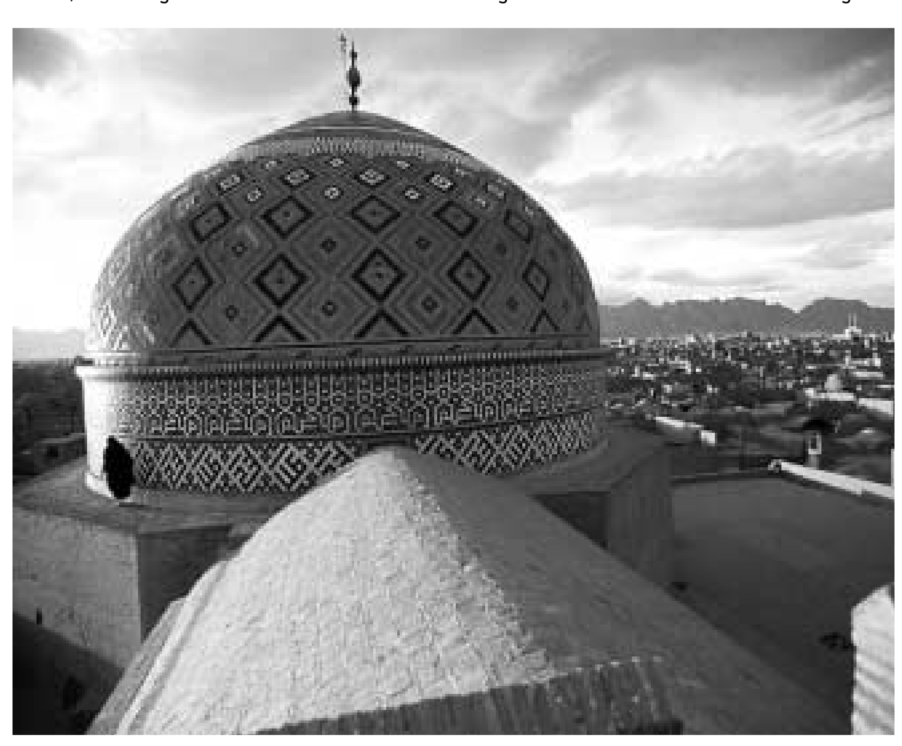
Neben der Erwerbsloseninitiative ***AC!*** („Es reicht!"), die im Winter 1997/98 durch spektakuläre Aktionen auf sich aufmerksam machte, und der verhältnismäßig kleinen linken Bauerngewerkschaft ***„Confédération Paysanne"*** haben sich nach 1995 vor allem ***SUD*** und ***CNT*** als gewerkschaftliche Alternativen etabliert. Beide kämpfen – mal mehr, mal weniger erfolgreich – in jedem Betrieb, in dem sie organisiert sind, um den Status der Repräsentativität. SUD (Solidaire Unitaire Démocratique) ging Ende der 1980er Jahre als lockerer Verbund von verschiedenen Einzelgewerkschaften als Linksabspaltung aus der CFDT hervor. Der Streik von 1995 brachte ihr deutlichen Aufwind. Heute zählt sie ca. 40.000 Mitglieder. Ihre Strukturen sind etwas fester geworden, sie ist aber immer noch basisorientiert. Sie beteiligt sich an Betriebs- und Sozialwahlen, manche größere SUD-Einzelgewerkschaft ist gleichzeitig Mitglied bei ATTAC. Die anarchosyndikalistische CNT schließlich fand durch 1995 den Weg aus dem Sektenstatus heraus. Von 300 Mitgliedern Anfang der 90er wuchs sie auf etwa 4.000 an und zählt mehrere Betriebsgruppen, die echte gewerkschaftliche Arbeit leisten. Die CNT lehnt die Teilnahme an Betriebsrats- und Sozialwahlen ab.

Gegen alle Widerstände ...

Gewerkschaftlicher Aufbruch im Iran

Der Iran, ein Land, über das zur Zeit viel zu lesen und zu hören in ist in Presse und Fernsehen. Meistens dreht es sich bei diesen Nachrichten um das Atomwaffenprogramm des Iran und den dazugehörigen Streit mit den U.S.A, oder der iranische Präsident rückt sich mal wieder mit einer antisemitischen Hetzrede in den Mittelpunkt des weltweiten Interesses. Was dabei leicht in Vergessenheit gerät, sind die sozialen Konflikte innerhalb der iranischen Gesellschaft, die gerade in den letzten Jahren immer mehr an Schärfe zunehmen. Nicht ohne Grund – die islamische Republik Iran ist, auch wenn ihre Führer dies hinter religiöser Rhetorik verstecken, ein kapitalistischer Staat und als solcher vertritt er zuerst und vor allem die Interessen des iranischen Kapitals. Symptome dieser Politik sind: eine strikte Privatisierungpolitik, Massenarbeitslosigkeit, Nichtauszahlung von Löhnen, Niedriglöhne, die zum Teil auf dem Niveau von vor 20 Jahren liegen, Kinderarbeit und die doppelte Ausbeutung der iranischen Frauen, deren Löhne nur bei 30 Prozent des männlichen Durchschnittslohns liegen. Es gibt im Iran offiziell nur eine Gewerkschaft: Die islamischen Arbeiterräte, die im Prinzip die rechte Hand des Arbeitsministeriums sind und immer wieder durch brutale Angriffe ihrer Mitglieder auf ArbeiteraktivistInnen von sich reden machen. Ein selbstorganisierter Widerstand der ArbeiterInnen gegen bspw. Lohnsenkungen oder schlechte Arbeitsbedingungen wird damit sehr erschwert und ist immer mit einem hohen Risiko für die Beteiligten verbunden.

Trotzdem wagen es immer mehr ArbeiterInnen, aufzubegehren und sich in unabhängigen Gewerkschaften zu organisieren.



Die Teheraner Busfahrergewerkschaft

Eine der bekanntesten unabhängigen Gewerkschaften im Iran ist die der Teheraner Busfahrer. In der Firma „Company Vahed" sind 4.000 ArbeiterInnen aus allen Betriebsteilen Mitglied der Gewerkschaft. Die Gründung dieser Gewerkschaft bedeutete einerseits eine offene Ablehnung der islamischen Arbeiterräte mit ihrem Alleinvertretungsanspruch und zeigt außerdem deutlich, dass es unter der iranischen Arbeiterschaft ein wachsendes Klassenbewußtsein gibt, das sie gegen alle Staatspropaganda und alle Bedrohungen dazu treibt, ihr Schicksal endlich selbst in die Hände zu nehmen. Schon die Gründungsversammlung der Gewerkschaft war von Angriffen durch Polizei und Mitglieder der islamischen Arbeiterräte betroffen, später folgten weitere Angriffe auf ihr Büro und Entlassungen von bekannten Gewerkschaftsmitgliedern. Die Gewerkschafter beriefen sich eigentlich nur auf ihr Recht, sich frei zu organisieren, welches ihnen nach dem Abkommen 87 der iranischen Regierung mit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zusteht, und versuchten nun, mit der Regierung und dem Arbeitgeber zu verhandeln, um ihre Forderungen nach Wiedereinstellung der Entlassenen und einer tariflichen Bezahlung durchzusetzen. Nachdem sie so bis zum September mit leeren Versprechungen hingehalten wurden, entschlossen sie sich erstmals zu streiken.

Eine Neue Welle der Repression

Am Donnerstag, den 22.12.2005 zwischen 5.00 und 6.00 Uhr wurden acht Vertreter der Unabhängigen Gewerkschaft, bevor sie das Haus verlassen konnten, um zur Arbeit zu gehen, vom Geheimdienst verhaftet. Als Reaktion auf die Festnahmen entschlossen sich die Gewerkschaftsaktivisten am 25.12., in den unbefristeten Streik zu treten, bis ihre verhafteten Genossen wieder frei wären. Gleichzeitig forderten sie erneut die Wiedereinstellung aller entlassenen Gewerkschaftsmitglieder. Noch am selben Tag versammelten sich darauf hin 2.500 Busfahrer und andere Angestellte des Betriebes, um Streikposten zu beziehen und sich über ihr weiteres Vorgehen zu beraten.

Fortsetzung auf Seite 10

Die GewerkschaftsaktivistInnen im Iran brauchen unsere Unterstützung.

Schreibt Protestbriefe und Faxe an die Iranische Botschaft in Deutschland:
Botschaft der Islamischen Republik Iran
Podbielskiallee 65/67, 14195 Berlin
Tel: 030 – 84 353-0
Fax: 030 – 84 353 – 535
Iran.botschaft@t-online.de

Oder spendet für die Verurteilten und die Familien der Entlassenen auf folgendes Konto:

Workers Fund Iran
Treasurer Trust Fund
Branch number 0912
Account Number 703 59661

Weitere Informationen zum Thema im Internet findet ihr unter:
http://www.komiteyehamahangi.com/
http://www.icftu.org/displaydocument.asp?Index=991219239&Language=EN
http://www.etehadchap.org/english/
http://www.syndicavahed.org/

Freiheit für Mehmet Tarhan!

Interview mit einem Freund des Kriegsdienstverweigerers

Mehmet Tarhan ist ein gewaltfreier türkischer Anarchist, der schon 2001 öffentlich seinen Kriegsdienst verweigert hat und am 10. August 2005, nachdem er bereits seit April 2005 im Gefängnis gesessen hat, in der türkischen Stadt Sivas wegen seiner Verweigerung zu vier Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Wir haben mit Dogan, einem der türkischen Unterstützer, der auch den Prozess in Sivas beobachtet hat, ein Telefoninterview geführt.

- DA: Dogan, kannst Du Dich bitte vorstellen?!

Dogan: Im Juli 2003 habe ich im Rahmen des NATO-Gipfels meine Kriegsdienstverweigerung erklärt. Seit diesem Datum wurde nach mir auf Grund des Wehrdienstes nicht gefahndet. Ich habe nicht versucht, in dieser Zeit das Land zu verlassen. Falls ich das versuchen würde, würde es aber höchst wahrscheinlich Probleme geben. Vom Alter her bin ich wehrpflichtig.

- DA: Dein Freund Mehmet Tarhan hat in der Türkei öffentlich seine Kriegsdienstverweigerung erklärt. Was waren seine Motive?

Dogan: Er ist gegen jede Art von Gewalt. Mehmet ist jemand, der Befehle verweigert. Aus diesen Gründen hat er seine Verweigerung aus Gewissensgründen erklärt.

- DA: Du engagierst dich politisch in einer antimilitaristischen Gruppe. Worin besteht Eure Arbeit, was macht Ihr, um Mehmet zu unterstützen, und wie viele Leute seid Ihr in der Gruppe?

Dogan: Wir machen oft Aktionen bezogen auf Mehmet, z.B. am 3. September auf dem Platz von Taxim vor einem Militärgebäude. Bevor Mehmet in Haft genommen wurde, hat er sich auch an unseren Aktionen beteiligt. Wir fordern in erster Linie die Freilassung von Mehmet. Langfristig haben wir die Abschaffung von allen militärischen Anlagen als Ziel.

- DA: Wie reagiert der Staat auf Eure Arbeit?

Dogan: Vor allem seit Juni, als die Öffentlichkeit über diesen Vorfall informiert war und sich verstärkt Menschen für Mehmet eingesetzt haben, wurde die Reaktion des Staates brutaler. Der Grund dafür ist, dass sich in der Türkei im allgemeinen die Intensität der Streitigkeiten erhöht hat.

- DA: Habt ihr bei Eurer Arbeit auch Repression erfahren?

Dogan: Repression war immer an der Tagesordnung. Aber bei Mehmets Verhandlung im Juni wurden zehn Freunde von uns in Gewahrsam genommen. Fünf von ihnen sollten den Wehrdienst antreten. Die Repressionen sehen jetzt so aus, dass der Staat uns zum Wehrdienst zwingen will.



Mehmet Tarhan (Mitte) bei der Überführung nach Tokat am 9. April 2005

- DA: Wie reagieren die Menschen in der Türkei? Z. B. wenn Ihr auf der Straße Aktionen für Mehmet macht, was gibt es da für Erfahrungen?

Dogan: In der Öffentlichkeit sind alle informiert über Mehmets Fall. Fast jeder unterstützt ihn. So sieht das aus. Aber es gibt auch eine faschistische Strömung in der Türkei. Vor allem aufgrund der Homosexualität von Mehmet gibt es eine Repression oder Reaktion seitens des Militärs und auch aus zivilen Kreisen. Aber im allgemeinen gibt es sowohl in der kurdischen als auch in der zivilen türkischen Gesellschaft eine breite Unterstützung.

- DA: Die Türkei wird stark vom Militär dominiert. Wie ergeht es im allgemeinen Menschen, die dort den Kriegsdienst verweigern. Ist diese hohe Haftstrafe normal?

Dogan: Der Staat versucht diese Leute zu übersehen. Menschen werden wie Mehmet in Haft genommen und sind einer Unterdrückung ausgesetzt, genauso wie Mehmet.

- DA: Wie reagiert denn die Familie auf seine Kriegsdienstverweigerung?

Dogan: Es gibt eine Unterstützung von seiner Familie. In der Zeit, wo er jetzt in Haft ist, versucht die Familie ihn durch Besuche aber auch von außen zu unterstützen und ihm zur Seite zu stehen.

- DA: Mehmet wurde zu einer Haftstrafe von vier Jahren verurteilt. Das Gericht ist damit der Anklage des Militärstaatsanwalts gefolgt. Das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung erkennt der türkische Staat nicht an. Du hast den Prozess beobachtet, kannst Du Deine Eindrücke schildern?

Dogan: Mehmet sieht gesund und stabil aus, das ist seine Haltung. Aber seine Familie hat es sehr schwer. Wir, die UnterstützerInneninitiative, haben dieses Strafmaß nicht erwartet und wir waren erstaunt über die Höhe des Strafmaßes. Vor allem die Homosexualität von Mehmet wurde als Grund für die Schwere der Strafzumessung angesehen. Das hat uns sehr verwundert.

- DA: Homophobie wird ja in der Türkei sozusagen in Gesetze gegossen. Wer schwul ist, gilt offiziell als „krank".

Dogan: Ja, aber Mehmet akzeptiert nicht, dass Homosexualität eine Krankheit ist.

- DA: Mehmet ist stark in der Öffentlichkeit gewesen. Er hat auch gesagt, dass er gewaltfreier Anarchist ist und Schwuler. Wie ist es ihm dann im Gefängnis ergangen?

Dogan: Es ist sehr schwer im Gefängnis in so einer Situation. Er war mehrmals Angriffen ausgesetzt. Er steht unter einem großen Druck und einer Repression. Vor allem die Gefängnisleitung hat dafür Sorge getragen, dass die faschistischen Insassen auf ihn losgegangen sind.

- DA: Ich wollte noch einmal auf die Homosexualität zurückkommen. Kannst Du erklären, was für eine Rolle die Homosexualität in der türkischen Gesellschaft spielt.

Dogan: Die Situation ist sehr schlecht. Es gibt eine große Unterdrückung.

- DA: Gibt es eine organisierte Schwulen- und Lesbenszene in der Türkei?

Dogan: Ja, diese unterstützen Mehmet auch.

- DA: Was können wir hier in Deutschland konkret tun, um Mehmet zu unterstützen?

Dogan: Es gab schon Anfragen von EuropaparlamentarierInnen. Das war ein Weg. In Großbritannien und auch in Deutschland gab es vor den Vertretungen (der Türkei) Demonstrationen. Am 9.12. demonstrierten gleichzeitig Menschen in zwölf Ländern für Mehmets Freilassung. Solche Aktionen nützen auch. Es gibt Leute, die Mehmet vom Ausland aus anschreiben. Das ist eine große Unterstützung, vor allem eine seelische Unterstützung für Mehmet. Wir bedanken uns von hier aus für diese breite Unterstützung.

- DA: Und wir bedanken uns herzlich für das Interview und senden solidarische Grüße natürlich auch an Mehmet.

Dogan: Vielen Dank.

Das Radiointerview führten Daniel Korth und Bernd Drücke am 8.9.2005 im Studio des medienforums Münster.

Weitere Infos:
www.graswurzel.net
www.Connection-eV.de

Mehmet freut sich über Post:
Mehmet Tarhan, 5. Piyade Egitim Tugayi, Askeri Cezaevi, Temeltepe – Sivas, Türkei

Adressen türkischer Behörden:
Türkisches Generalkonsulat in Berlin, Johann-Georg-Str. 12, 10179 Berlin
Militärgefängnis Sivas, 5. Piyada Egitim Tugayi, Askare Cezaevi, Terneltepe – Sivas, Türkei
Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan, Basbakanlik, 06573 Ankara, Türkei
Zentrales Rekrutierungsbüro beim Generalstab, MSB Akeralma Dairesi Baskanligi, Bakanliklar , 06100 Ankara, Türkei

Polen: Unterdrückung nimmt zu

In Polen wurde die Versammlungs- und Redefreiheit eingeschränkt!

Während der letzten drei bis vier Jahre sind viele AktivistInnen aus der anarchistischen und Antikriegsbewegung, der radikalen Linken, der ökologischen Bewegung und andere vor Gericht gekommen. Nicht nur die wachsende Zahl der „politischen" Fälle ist dabei leicht zu erkennen, sondern auch die immer höher ausfallenden Strafen, die von den Gerichten verhängt werden. Der Grund für die Repression seitens der Regierung ist zweifellos die erhöhte Zahl sozialer Konflikte (z.B. stieg nach der Polizeistatistik die Zahl der Demonstrationen von 315 im Jahr 2001 auf 2.054 in Jahr 2003 und 1.476 im Jahr 2004), denen die Regierung offensichtlich nicht begegnen kann. Dies geschah auf zwei Ebenen:

Zunächst haben Beamte durch formelle und juristische Vorgehensweise die Demonstrationsfreiheit reduziert. Während der letzten Jahre konnten wir ein solches Vorgehen häufig beobachten; im Folgenden nur ein Beispiel dafür:

Stadträte, die mit „Prawo w Sprawiedliwosc" (PiS – Recht und Gerechtigkeit – die politische Partei, welche die Parlamentswahlen gewonnen hat und den polnischen Präsidenten stellt) und „Liga Polskich Podzin" (LPR – Polnische Familienliga – eine radikal rechte Partei) verbunden sind, haben wiederholt versucht, das Demonstrationsrecht für „Equality Parades" in Poznan, Warszawa und Krakow einzuschränken. Das herausragendste Beispiel dafür fand am 11.6.2005 in Warszawa statt, als trotz des durch Lech Kaczynski (der jetzige polnische Präsident) erlassenen Verbotes ca 3.000 Personen als Akt des zivilen Ungehorsams an der Demonstration durch Warszawa teilnahmen.

Zum zweiten gibt es viele Einzelfälle der Verletzung des Rechts auf Versammlungs- und Redefreiheit, in denen Polizei und Justizapparat die eklatantesten Provokationen und Methoden anwendeten. Darunter sind: die Anwendung von Restriktionen, um von der Teilnahme an Demonstrationen abzuhalten; brutale Polizeiintervention (der Einsatz von Gewalt) während Demonstrationen, um TeilnehmerInnen zu provozieren und dadurch Situationen zu schaffen, die vor Gericht gegen DemonstrantInnen ausgenutzt werden könnten. Es geschieht häufig, das die Polizei DemonstrantInnen beschuldigt, gewalttätig gewesen zu sein oder Angriffe verübt zu haben. Die Gerichte glauben in der Regel den Polizeibeamten, mit dem Argument, die Aussagen der Beamten seien glaubwürdiger als die der Angeklagten, da die Beamten keinen Grund hätten, zu lügen. Natürlich entbehrt diese Sichtweise zur Glaubwürdigkeit von Beamtenaussagen völlig der rationalen und soziologischen Grundlage. Im Gegenteil gibt es viele Fälle, in denen Beamten vor Gericht falsch aussagten, und dies ist eine Folge der absichtlichen Strategie des Gewaltmißbrauchs durch staatliche Ordnungskräfte.



Polizeigewalt auf einer Demonstration

pl.indymedia.org

Dies hat folgende Konsequenzen:

1. Personen, die gegen die Politik der Regierung protestieren, werden kriminalisiert
2. Polizeiaktionen werden immer gewalttätiger und die durch Gerichte ausgesprochenen Urteile immer höher
3. Anklagen stehen in keinem Verhältnis mehr zu den tatsächlichen Geschehnissen, und häufig sind völlig unschuldige Personen betroffen.

In all diesen Fällen hat die Tatsache, daß eingreifende Ordnungskräfte die Versammlungs- und Redefreiheit nicht respektieren, eine grundlegende Bedeutung. Die Öffentlichkeit wird selten über repressive Methoden des Polizeivorgehens informiert. Die Medien verneigen sich manchmal vor der Illusion des „Rechtsstaats" und glauben den Ausreden von Polizei und Staatsanwälten. Doch wir nähern uns von Jahr zu Jahr einem autoritären System, in dem demokratische Standards von Polizei- und Verwaltungsbeamten festgelegt werden. Unter dem Vorwand von Verbrechens- und Terrorbekämpfung versuchen sie, legale Lösungen zu erzwingen, die gegen die politische, gegen das System gerichtete Opposition rücksichtslos eingesetzt werden.

Anarchistische Föderation Sektion Poznan
(Federacja Anarchistyczna Sekcja Poznan)

Polnisches Anarchist Black Cross
(Anarchistyczny Czarny Krzyz)

Anarchist Black Cross/Anarchist Federation
P.O.Box 5
60-966 Poznan 31, Poland

Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle!
FA & ABC Poznan

Schickt uns Spenden, damit AnwältInnen, Gerichtskosten etc. bezahlt werden können. Wir sammeln Geld auf dem Konto des Anarchist Black Cross:
PEKAO BP // XX o/Poznan // ul.Stary Rynek 44 // 61-722 Poznan // Poland //
swift code: bpkoplpwapoa // for USD: 10204085-5999100-270-44787 // owner: Marek Piekarski

1) 31.10.2005 – Verhaftung des politischen Dissidenten Marek Kurzyniec in Krakow: http://pl.indymedia.org/pl/2005/11/16656.shtml
2) In den letzten Monaten wurden zwei besetzte Häuser geräumt: (z.B. 26.10.2005 – Bialystok: http://pl.indymedia.org/pl/2005/10/16512.shtml#english)
3) Mehrere Personen sind wegen der Demonstration gegen den Krieg in Tschetschenien am Flughafen Lawica in Poznan im Jahr 2004 angeklagt. Sie stehen gerade in Poznan vor Gericht.
4) Mehrere Personen wurden im Zusammenhang mit der Demonstration gegen Vladimir Putins Besuch in Krakow im Januar 05 angeklagt. Die Prozesse laufen gerade in Krakow.
5) Eine Person wurde angeklagt im Zusammenhang mit einer „Critical Mass"-Aktion in Poznan.
6) Eine Person wurde wegen einer Demo der Hebammen- und Krankenschwesterngewerkschaft im Jahr 2000 in Warszawa verurteilt (zu einer Geldstrafe, bei der die Möglichkeit besteht, daß sie in Haft umgewandelt wird) http://pl.indymedia.org/pl/2005/09/15885.shtml#english
7) Elf Personen sind wegen einer Demonstration angeklagt, die am 16. Mai 2005 in Warszawa stattfand
8) Wir wissen nicht genau, wie viele Verfahren gegen protestierende ArbeiterInnen laufen. Es wurden z.B. 20 Personen am 22.10.2002 nach einer Demonstration von WerftarbeiterInnen verhaftet. Elf von ihnen stehen unter Anklage. Nicht weniger als 20 Personen wurden nach Protesten in Ozarow vom 27.-30.11.2002 angeklagt.
9) Die Schwulenparaden wurden im letzten Jahr verboten.

Weitere Informationen findet ihr unter: http://rozbrat.org/ulotki/report2.htm

---

Fortsetzung „Gegen alle ..." von Seite 9

An diesem Tag blieben 1.000 Busse im Depot, und die Teheraner Innenstadt versank im Verkehrschaos. Ein kleiner Sieg für die Gewerkschaft, die aus der Bevölkerung viel Unterstützung und Sympatie erfuhr.

Von staatlicher Seite begann nun ein wahrer Propagandafeldzug gegen die Gewerkschaft und ihre verhafteten Aktivisten. Sie wurden als politische Aufrührer und vom Westen beeinflusste Provokateure dargestellt und ihren Forderungen wurde jede Legitimität abgesprochen. So versuchte der iranische Staat, die Solidarität der Bevölkerung zu brechen, indem er Angst vor Repression schürte. Gleichzeitig nahmen Vertreter der Regierung Verhandlungen mit den Streikenden auf und versprachen schließlich in der Nacht vom 25.12. auf den 26.12., dass alle Verhafteten bald freigelassen und auch ihre weiteren Forderungen erfüllt werden, was vorerst zur Beendigung des Streiks führte. Seltsam nur, dass die Zahl der Verhafteten am folgenden Tag dann noch auf 17 stieg, bevor dann doch nach 48 Stunden alle bis auf den Gewerkschaftsvorsitzenden Mansoor Osanloo freigelassen wurden. Mansoor Osanloo, der bereits in der Vergangenheit schwer verletzt wurde, als Mitglieder der islamischen Arbeiterräte bei einem Angriff auf eine Gwerkschaftsversammlung versuchten, ihm die Zunge abzuschneiden, bleibt weiter in Haft und sieht sich nun mit dem schweren Vorwurf konfrontiert, er hätte Kontakte zu ausländischen Kräften und bei seiner Verhaftung eine Pistole bei sich gehabt. Aus Regierungskreisen heißt es nun auch, seine Verhaftung habe gar nichts mit seinen gewerkschaftlichen Aktivitäten zu tun. Der Verdacht kommt auf, dass hier ein Exempel statuiert werden soll. Ob der iranische Staat damit Erfolg haben wird, wird sich wohl auch daran entscheiden, ob die junge soziale Bewegung des Iran weiter Druck aufbauen kann oder ob die Politik der Angst siegt. Vorerst geben die Gewerkschafter jedenfalls nicht auf, sie kündigten bereits am 29.12. an, ihre Aktionen noch auszuweiten, sollte Mansoor Osanloo nicht freikommen.



1. Mai im Iran

Der Angriff der Regierung auf die Busfahrergewerkschaft in Teheran ist nur einer von wenigen. Bereits am 1. Mai 2004 kam es zu Verhaftungen von Aktivisten, als Mitglieder einer unabhängigen Gewerkschaft in der kurdischen Stadt Saggez versuchten, eine Demonstration durchzuführen. Kurz vor Beginn der Demonstration wurden 40 der Teilnehmer verhaftet und viele von ihnen erst nach Zahlung hoher Kautionen wieder freigelassen. Nach 18 Monaten Nervenkrieg durch das Gericht wurden fünf von ihnen schließlich zu hohen Haftstrafen verurteilt: Mahmoud Salehi zu fünf Jahren Gefängnis und drei Jahren Verbannung, Gelal Hoseini zu drei Jahren Gefängnis, Mosen Hakimi zu zwei Jahren Gefängnis, Mohammad Abdipour zu zwei Jahren Gefängnis und Borhan Diwangar zu zwei Jahren Gefängnis. Sie alle sind Mitglieder des Koordinierungskomitees zur Gründung einer Arbeiterorganisation. Einer Gruppe von Gewerkschaftsaktivisten, die, anders als beispielsweise die Teheraner Busfahrergewerkschaft, jeden Kompromiss mit den staatlichen Organen des Iran ablehnt und für die Selbsbestimmung der iranischen ArbeiterInnen gegen Ausbeutung und Unterdrückung kämpft. Sie betonen stets in ihren Veröffentlichungen, dass ihr Kampf nur als Teil eines internationalen Kampfes aller ausgebeuteten Menschen zu sehen ist, und so ist es nun auch wichtig, international Solidarität mit den iranischen ArbeiterInnen zu zeigen und öffentlichen Druck auf das Regime auszuüben.



Ronald Müller

All Pakistan Federation of United Trade Unions (APFUTU)

Liebe Freunde,
Im Namen des Generalrates der All Pakistan Federation Of United Trade Unions (APFUTU) und der ArbeiterInnen der APFUTU möchten wir euch unsere Grüße für ein glückliches Weihnachtsfest und ein blühendes neues Jahr 2006 an alle Mitglieder eurer Gewerkschaft und alle Arbeiterinnen senden.
Ich hoffe das wir in der Lage sein werden, unsere Verbindungen aufrecht zu erhalten, was unsere gegenseitige Bindung zur internationalen Solidarität stärken würde. Im Namen der (APFUTU) bitten wir alle Organisationen der ArbeiterInnenklasse an den „(APFUTU) Earth Quake Relief Fund" zu spenden, damit wir die Erdbebenopfer mit Zelten, Medikamenten, Nahrungsmitteln, Trinkwasser, Kleidern, Decken usw. usf. versorgen können.
Euer in Einigkeit
Syed Zia-Ullah Azam/Sekretär für Internationales
Web: www.labourunity.org

Spenden an
FAU-Geko
Konto-Nr.: 961 522 01
BLZ: 200 100 20
Postbank Hamburg
Verwendungszweck: APFUTU

Timur Katscharawa wurde ermordet

Am 13.11.2005 haben acht bis zwölf Nazis die beiden Anarchisten Timur Katscharawa und Maxim Zgibai angegriffen. Die beiden kamen gerade von der wöchentlichen „Food Not Bombs"-Aktion in der St. Petersburger Innenstadt. Timur starb an den Verletzungen noch am Ort des Überfalles in der Nähe des Newa-Prospektes. Sein Freund Maxim wurde schwer verletzt und überlebte den Angriff.

Einige von uns werden Timur persönlich kennen, denn er war als Gitarrist der Bands „Sandinista" und „Distress" auf diversen Bühnen und in vielen Ländern unterwegs. Diesen Sommer war er das letzte Mal in Berlin.

Homepage:
http://anarhija.mahost.org

Neuerdings: Politische Gefangene in Uruguay

Repression in Mittelamerika

In Uruguay erleben wir gerade eine politisch sehr heftige Zeit. Eine Demonstration in der Altstadt, dem Finanzzentrum Montevideos, endete mit Ausschreitungen und schwerer Repression von Seiten der Polizei. Die Demonstration am 4. November richtete sich als Teil einer lateinamerikaweiten Mobilisierung gegen den vierten Amerikagipfel und die Teilnahme George Bushs am selbigen, gegen das Freihandelsabkommen ALCA und gegen die Idee eines Freihandelsabkommens zwischen den USA und Uruguay.

Die brutale Polizeirepression gipfelte in vielen Verletzten und der wahllosen Festnahme von 16 AktivistInnen, von denen vier noch immer im Gefängnis sitzen und des Straftatbestandes „Aufruhr" angeklagt sind. „Aufruhr" ist ein eindeutig politischer Anklagepunkt, auf den zwei bis sechs Jahre Haft stehen und der nicht zur Bewährung ausgesetzt wird. Direkt verantwortlich für diese Anklage ist der Richter Juan Carlos Fernández Lecchini, der schon für die Archivierung des Falls des Verschwindenlassens und Mordes an der Lehrerin Elena Quinteros zuständig war, die während der Zeit der uruguayischen Diktatur aus der venezuelanischen Botschaft heraus entführt wurde. Außerdem war er zuständig im Fall der María Claudia García, der Schwiegertochter des Dichters Juan Gélman. Es ist derselbe Richter, der für die Straflosigkeit von Mördern und Folterern in diesen und diversen anderen Fällen verantwortlich ist.

Wenn es auch der Richter Fernández Lecchini ist, der für diese juristische Linie verantwortlich ist, sind es natürlich genauso die amtierende uruguayische Regierung und der Innenminister José Díaz, die die brutale Repression sowie die gerichtlichen Beschlüsse und die Klassifizierung der Handlungen als „Aufruhr" rechtfertigen.

Die Anwendung des Straftatbestandes „Aufruhr" ist sehr ungewöhnlich und wurde nicht einmal gegen die bewaffnet kämpfenden Gruppen in den 60ern und 70ern angewandt. Die sozialen AktivistInnen, die gerade angeklagt sind, haben sich nur „schuldig gemacht", an einer antiimperialistischen Demonstration teilgenommen zu haben. Es gibt keinen einzigen Beweis, der sie belastet – nur die Aussage der Polizei. *Heute gibt es in Uruguay vier politische Gefangene.* Es besteht kein Zweifel daran, dass sie aufgrund ihrer politischen Aktivitäten verurteilt werden sollen. Bei den Gefangenen handelt es sich um den 24jährigen Claudio Piñeyro, Schüler und Aktivist am Instituto de Profesores Artigas sowie Arbeiter und Aktivist der Taxigewerkschaft, der gerade mit seiner Companera ein Kind erwartet; Ignacio Corrales, 20 Jahre alt, Student an der IAVA; Lilián Bogado, 50 Jahre alt, Arbeiterin der CASMU und Gewerkschaftsaktivistin sowie die 21jährige Fiorella Josendez, soziale Aktivistin aus dem Sozialen Zentrum „El Galpón de Corrales".



Demonstration am 4. November in Montevideo

de.indymedia.org

Die beiden Frauen wurden von der Polizei stark verletzt, Fiorella hat eine schwere Kopfwunde erlitten, Lilián einen gebrochenen Arm. Die meisten Gefangenen sind also sehr jung und alle sind ArbeiterInnen und/oder StudentInnen, von ihrem sozialen Umfeld geliebt und respektiert. Am 11. bzw. 14. November verbrachten Lilián und Fiorella ihre Geburtstage hinter Gittern.

Unsere Companeros und Companeras werden ohne Beweise angeklagt, nur aufgrund von Aussagen der Polizei. Die Gefangenen befinden sich zu dem Zeitpunkt, zu dem dieses Papier geschrieben wird, in einer Art Geiselhaft. Angesichts der starken Mobilisierung für ihre Freilassung erhöhen die zuständigen Behörden den Druck auf die Gefangenen. Im Frauengefängnis wurden als Reaktion auf die Mobilisierung die Besuche für alle weiteren Gefangenen gestrichen, um Unmut gegen die politischen Gefangenen zu schüren. Den männlichen Gefangenen, die sich im zentralen Gefängnis von Montevideo befinden, wurde angedroht, dass sie in andere Gefängnisse verlegt werden würden, die wesentlich weiter entfernt und isoliert wären und in denen sich ihre physische Verfassung verschlechtern würde.

Wir führen eine groß angelegte Kampagne für die Freiheit der Companeros und Companeras durch sowie gegen die Verleumdung von Seiten der Mainstreampresse und der Regierung, die die Gefangenen als Vandalen darstellt.

Wir bitten Euch, ob Ihr, ob als Einzelperson oder als Zusammenhang, für die sofortige Freilassung der Gefangenen eintretet.

Mit dieser Repression sollen sämtliche globalisierungskritische Proteste kriminalisiert werden!

Freiheit für Fiorella, Lilián, Ignacio und Claudio. Weihnachten ohne politische Gefangene! Nie wieder politische Gefangene!

Gruppa BASTA/Münster

Freiheit für die vier politischen Gefangenen!

Wir bitten Dich, Dich der Forderung nach Freiheit für die vier Gefangenen anzuschließen, indem Du diesen Text kopierst, unterschreibst und an folgende Adressen schickst:
bargimon@parlamento.gub.uy
gchifflet@parlamento.gub.uy
gnovales@parlamento.gub.uy
Und eine Kopie an: peticionpresos@gmail.com

Hier kannst Du den Brief automatisch von einem Webformular aus verschicken. Musterbrief: http://www1.autistici.org/presosuruguay/mensaje.php3?lang=de

Dr. Tabaré Ramón Vázquez Rosas, Präsident der Republik Uruguay
Sr. Daniel Gutiérrez Proto,
Präsident des Obersten Gerichtshofes
Mitglieder der Menschenrechtskommission des Nationalparlaments:
Sr. Beatriz Argimón, Sra. Daniela Payssé, Sr. Guillermo Chifflet, Sr.
Gustavo Espinosa, Sr. Gonalo Noavales, Sr. Edgardo Rodríguez

„Ich wende mich an Sie mit der Forderung nach unverzüglicher Freilassung der AktivistInnen Claudio Piñeyro, Ignacio Corrales, Lilián Bogado und Fiorella Josendez, die durch ihre Inhaftierung unter dem Vorwurf des Aufruhrs als politische Gefangene zu betrachten sind. Ich finde es nicht akzeptabel, dass eine Person aufgrund ihrer antiimperialistischen und antikapitalistischen Ideen verhaftet werden kann. Dieser Tatbestand stellt die Gültigkeit der Meinungsfreiheit in Uruguay in Frage.

Mit freundlichen Grüßen,
(Dein Vor- und Nachname)"

Soziokulturelles Zentrum in Temeswar (Rumänien) von Schließung bedroht

KünstlerInnen und AnarchistInnen sollen attraktives Altstadthaus räumen

Seit dreieinhalb Jahren existiert in Temeswar (Timisoara), Rumänien, ein soziokulturelles Zentrum mit dem Namen Internationales Netzwerk zeitgenössischer KünstlerInnen (INCA). Wer nun hinter diesem Namen Töpferkurse und ähnliches vermutet, liegt damit nicht ganz falsch. Doch dieses Zentrum wird von vielen unterschiedlichen Gruppen genutzt. So finden hier Versammlungen antifaschistischer, feministischer und auch anarchistischer Gruppen statt. Veranstaltungen zu sozialen Themen werden durchgeführt und gegenseitige Hilfe praktiziert, Konzerte organisiert.

Nun hat dieses in der historischen Altstadt beheimatete Projekt seine Kündigung erhalten. Vorgeschobene Begründung derselben: Die NutzerInnen hätten sich nicht an ausgehandelte Auflagen gehalten. Doch wie so oft in diesen Fällen stehen hinter der Kündigung handfeste materielle Interessen. Aufgrund der besonderen Lage und Räumlichkeit (als Teil des historischen Verteidigungswalls der Stadtfestung) haben Geschäftsleute, die von den AktivistInnen des INCA mit mafiaähnlichen Strukturen in Verbindung gebracht werden, das Objekt schon lange ins Auge gefasst. Es soll einem kommerziellen Zweck zugeführt werden und damit die Einnahmen einer ohnehin schon reichen gesellschaftlichen Kaste vermehren. Die AktivistInnen schreiben: „Unsere feste Überzeugung ist, dass es sich dabei um einen gut überlegten Plan handelt. Die Inspektoren der Stadt, die kamen, hatten kein Interesse, Lösungen für die angesprochenen Probleme zu finden, [...] sie waren nicht daran interessiert, ob es auch eine andere Seite der Geschichte gab, die zu beachten wäre. Sie wurden geschickt mit dem Ziel, einen Grund für unseren Rauswurf zu finden."

Die AktivistInnen schreiben über ihr Zentrum: „Es ist ein Non-Profit-Zentrum. Alle Arbeit findet auf freiwilliger und unentgeltlicher Grundlage statt. Es ist der alternativen Kultur gewidmet. In den letzten dreieinhalb Jahren fanden über 150 Veranstaltungen statt: Konzerte, Kunstausstellungen, Vorführungen und Filmnächte, Festivals usw. Für das nächste Jahr haben wir bereits zahlreiche Workshops, Konferenzen, Konzerte und anderes geplant. Wenn die Stadt uns hinaus schmeißt, und die Wahrscheinlichkeit ist sehr groß, dass sie das tut, wird einer der wenigen alternativen Plätze in der Region verloren gehen und uns kein Raum mehr zur Verfügung stehen, in dem wir alle diese Ereignisse stattfinden lassen können. Das wissen wir aufgrund eines strengen Versprechens, niemals wieder einen zweiten Platz von Seiten der Stadt zu bekommen."



Stadtzentrum von Temeswar

Internationaler Protest

Die AktivistInnen sind der Ansicht, dass drei Dinge die Stadt ihre Meinung ändern lässt , mit denen wir sie unterstützen können:

- internationaler Protest vor rumänischen Botschaften und Konsulaten
- starke internationale und nationale Reaktionen durch Email, Fax und Telefon
- wenn der Skandal durch die Medien geht.

Parolen könnten sein: *Cine vrea sa arunce cultura in strada?!* (Wer will die Kultur auf die Strasse schmeissen?) sowie *Salvati centrul cultural INCA Timisoara* (Rettet das Kulturzentrum INCA in Temeswar).

Der rechtskonservative Bürgermeister der Stadt, Gheorghe Ciuhandu (gleichzeitig auch Parteivorsitzender der Partidul Popular Crestin Democrat), freut sich sicherlich über zahlreiche Solidaritätsschreiben, genauso wie die übrigen offiziellen Stadtbürokraten.

Die Feindseligkeit gegen soziale Bewegungen ist in Temeswar nichts neues. Bereits am 15. März 2003 wurde eine Aktion der lokalen anarchistischen Gruppe, in der unter dem Motto „Food not Bombs" kostenlos Essen an die BewohnerInnen verteilt wurde, durch einen brutalen Polizeieinsatz beendet. Zahlreiche Strafverfahren mit hohen Geldbußen wurden eingeleitet. In Temeswar existiert eine der wenigen kontinuierlich arbeitenden anarchistischen Gruppen Rumäniens. Ihre AktivistInnen sind in verschiedener Weise am Zentrum beteiligt, u.a. mit einem kleinen Buch- und Infoladen. Darüber hinaus sind sie aktiver Teil des antifaschistischen Kampfes gegen lokale Neonazis.

Rumänienkorrespondent der FAU Bremen

Unterstützungsmails und Faxe können gesendet werden an:

Die wichtigste Adresse ist dabei die des Bürgermeisters Ciuhandu:
gheorghe.ciuhandu@primariatm.ro (mayor of Timisoara)
fax numbers:
0040256 490 635
0040256 493 019

Andere Email-Adressen, an die der Protest gesendet warden kann, sind:
borza@primariatm.ro (Dorel Borza, stellvertretender Bürgermeister von Timisoara)
orza@primariatm.ro (Adrian Orza, stellvertretender Bürgermeister von Timisoara)
secretar@primariatm.ro (Ioan Cojocari, Generalsekretär von Timisoara)
primariatm@primariatm.ro (Haupt-Email-Adresse des Bürgermeisteramtes)

Folgenden Text könnt Ihr für Eure Unterstützungserklärung benutzen:

„In the attention of Mr. Gheorghe Ciuhandu, mayor of city of Timisoara
I/we join the International protest that has started few days ago in solidarity with INCA Cultural Centre from Timisoara. I/we, like many others, participated and plan to participate again in actions and events that took and will take place in INCA Cultural Centre. Please let INCA Cultural Centre to function until the end of its contract with the city in May 2007, and make a fair evaluation of its activity after that. This must be done by the city of Timisoara because the INCA Cultural Centre is an important location for the alternative culture in Timisoara, Romania and the surrounding European region.

And here put your name, put short description of your group maybe or your experiences in Timisoara/INCA Cultural Center"

Bitte informiert die AktivistInnen über Eure Aktionen, sendet ihnen Berichte oder Bilder von Eurer Aktion. Sendet ihnen eine Kopie Eurer Emails oder Faxe an die Politiker.

Kontakt zu INCA: inca_tm@yahoo.com

Der Bürgermeister verfügt übrigens über eine eigene Homepage, die auch ein Gästebuch enthält. Zu erreichen unter: http://www.ciuhandu.ro

Die CNT Mallorca braucht Eure Solidarität!

Nachdem am 1. Mai 2001 die dortigen GenossInnen ihr historisches Zentrum (vom Bürgerkrieg bis 2001 war es ein Bullenrevier) besetzt hatten, bzw. versucht hatten, es zu besetzen, kam es zu einem Einsatz der Policia Nacional, welcher mit einer auf Mallorca seit dem Beginn der „Demokratie" unbekannten Brutalität durchgeführt wurde. Etliche GenossInnen wurden schwer verletzt. 15 GenossInnen wurden angeklagt und sitzen bzw. saßen wegen Widerstandes, Gefangenenbefreiung, Landfriedensbruchs usw. zwischen einem und vier Jahren im Knast. Neben diesen auch für spanische Verhältnisse sehr hohen (teils schon rechtskräftigen) Knaststrafen gab es zusätzlich noch (ebenfalls rechtskräftige) Geldstrafen von mehr als 50.000 Euro. Spanienweit wurde zu Spenden aufgerufen, es wurden viele Solikonzerte oder -parties veranstaltet, und es wurde ziemlich viel gespendet. Eine weitere Sache sind die sogenannten „Bo de suport". Das sind „Soli-Anteilsscheine" in Form eines Aufklebers. Sie kosten 5,- Euro das Stück und sind ab sofort über die OG Hamburg bzw. über FAU-MAT bestellbar. Es würde auch uns sehr freuen, wenn Ihr Euch solidarisch zeigt und diese Teile bei uns bestellt.

Ein Jahr ALG II

Die Armen im Würgegriff der Mächtigen

Während Herr Hartz, der dem Gesetz, das vor einem Jahr in Kraft trat, den Namen gab, in einem Strudel von Gier, Korruption und Dekadenz bei der Konzernführung von VW verschwand und damit ohne Zutun von außen zeigte, was für eine Sorte Mensch diese Republik leitet, sind durch das Gesetz Millionen Arbeitslose ausgeraubt worden. PolitikerInnen, Wirtschaftsbosse, Aktionäre samt ihren „da lassen wir mal die Puppen tanzen"-Managern wollten die von ihnen selbst geplünderten öffentlichen Kassen ausgerechnet mit dem Geld der Ärmsten auffüllen. Das war dann auch selbst den traditionell duldenden Massen in Deutschland zu viel: Die Anti-Hartz-Demonstrationen von 2004 gaben dem immer dreister werdenden Klassenkampf von oben endlich eine entsprechende Antwort und trugen zum Ende des neoliberalen rotgrünen Regierungsprojektes bei. Trotz Abbröckeln der Proteste sah es noch im Januar 2005 bei Einführung von Hartz IV so aus, als ob es möglich wäre, den Widerstand weiterzuführen. Vielen war bewusst, dass dieses Gesetz nicht weniger bedeutete, als die Aufkündigung des unausgesprochenen grundlegenden (west)deutschen Gesellschaftsvertrags: „Fleiß und harte Arbeit müssen sich lohnen." Natürlich haben AnarchosyndikalistInnen einen derartigen Arbeitsbegriff immer wieder kritisiert und abgelehnt. Nicht Leistung und Geld, sondern Lebensfreude und Lebensqualität, verbunden mit der Erzeugung des Notwendigen, sind die ausschlaggebenden Kriterien, nach denen sich eine alternative, von unten nach oben organisierte Wirtschaft richtet. Trotzdem war die Ideologie „Wer viel schafft, der bekommt auch was dafür!" der Kitt, der die westeuropäische und besonders die westdeutsche Gesellschaft über 50 Jahre zusammengehalten hatte. Das schwäbische Motto „Schaffe, Schaffe, Häusle baue", war nicht nur Ideologie, sondern entsprach der Wirklichkeit vieler besser verdienender (Fach)ArbeiterInnen. Und das Arbeitslosengeld war auf diesen Arbeitsbegriff bezogen, war in seiner alten Form eine Versicherung, die garantierte: „Wenn ihr eure Arbeit verliert, fallt ihr nicht ins Bodenlose." Eine Kasse, in die eingezahlt wurde und auf deren Leistung dementsprechend ein Recht bestand. Durch Hartz IV wurden Arbeitslose erstmals zu reinen Bittstellern gemacht. Wir sollen uns schuldig fühlen, wenn wir nicht jeden Dreck machen wollen, um zu überleben. An der gesellschaftlichen Situation der Arbeitslosigkeit ändert das gar nichts, weil die Bosse auch mit fehlenden Arbeitsplätzen Gewinn machen. Die unseligen „Ein-Euro Jobs" führten dazu, dass diejenigen, die in gemeinnützigen Bereichen noch für halbwegs anständige Löhne arbeiteten, sich nun dieser neuen Konkurrenz ausgesetzt sahen. Will die Regierung nicht, dass weitere zehntausende reguläre Arbeitsplätze verloren gehen, muss sie diese Ein-Euro Zumutung wieder stoppen, was angeblich geplant ist. Doch das Ziel von Arbeitslosengeld II bleibt weiterhin, die Ware „Arbeitskraft" zu Dumpingpreisen zu verhökern, die ArbeiterInnen gefügig wie Schoßhunde zu machen. Und doch waren erstaunlich viele Menschen widerspenstig und wehrten sich. Wer möchte schon fast alles Ersparte verlieren, wie das bei Antrag auf ALG II geschieht, oder wer will, dass in den eigenen vier Wänden herumgeschnüffelt wird, wer mit wem eine eheähnliche Gemeinschaft führt und wer wem etwas Geld leiht. Wer möchte schon sein Auto aufgeben oder sich Monat für Monat überlegen, ob lieber Strom bezahlt oder doch einmal für die längst abgelaufenen Schuhe neue gekauft werden. Hunderttausende wollten das nicht. Deshalb wurde die Aktion Agenturschluss für den 3. Januar 2005 geplant.

Aktion Agenturschluss

Im Rückblick betrachtet bedeutete die Störung und zeitweise Besetzung der Arbeitsagenturen einen Einschnitt, der zeigt, dass der Widerstand der Arbeitslosen und derjenigen Arbeitenden, die trotzdem kaum Geld haben, gegen immer weitere Verelendung einer neuen Orientierung bedarf.

Denn leider wurde vor Ort nicht, was auch kaum zu erwarten war, die Inwertsetzung bzw. die Entwertung von Menschen zu Arbeitskraft beendet. Stattdessen war spätestens nach der Aktion in weiten Teilen der Republik Schluss mit den Massenprotesten. Die Regierung schien sich noch einmal durchgesetzt zu haben.

Und doch gelang in den beinahe hundert Agenturschluss-Aktionen eine möglicherweise wichtige Neuentdeckung von alten Widerstandsformen: nämlich Versammlungen einzufordern und die Selbstorganistion. Historisch gab es solche Versammlungen massenhaft – zum Beispiel im sozialrevolutionären Mai 1968 in Paris. Von hier aus organisierten Studierende und ArbeiterInnen ihre Aktionen, die oft auf Besetzungen der Unis und Betriebe hinausliefen, die Angestellten einer Bank verteilten das Geld ihrer Filiale auf offener Straße. Die Aktion in der Flensburger Agentur ist ein gutes Beispiel, dass solche (basis)demokratischen Ideen spontan immer wieder durchbrechen: Etwa vierzig Menschen schlossen sich hier einer Kundgebung im Arbeitsamtgebäude an, die den Betrieb für etwa eine halbe Stunde lahm legte. Entscheidend bei der Aktion war sicherlich weniger die sozialrevolutionäre Rede, auch wenn sie bei den meisten Arbeitslosen auf Zustimmung stieß, sondern eben die Auforderung zur Vollversammlung. Die Forderung „Vollversammlung" wurde dann auch von der Mehrheit der Anwesenden lautstark gerufen. Das war der vorwärts weisende Moment der Aktion, nämlich die Inanspruchnahme des eigentlich selbstverständlichen Rechtes der Betroffenen, sich am Ort des Geschehens darüber auszutauschen, was hier eigentlich wie und warum geschieht. Das wäre nichts anderes als Demokratie, Volksherrschaft. Doch für die Ausbeutungsmechanismen im Kapitalismus bedeutet die Forderung nach gleichberechtigter Diskussion eine unkalkulierbare Bedrohung. Anders ist es nicht zu erklären, dass gegen die beiden AktivistInnen, die während der Aktion am auffälligsten in Erscheinung traten, ein Verfahren wegen Hausfriedensbruchs durchgeführt wurde, das mit Geldstrafe und Verfahrenskosten von 700 Euro für die beiden FAU-GenossInnen endete. Das Recht auf öffentliche Versammlung, das Recht zu diskutieren, gilt anscheinend nicht für Arbeitslose.

photoillusion.de

Montagsdemo



Die herrschende Lüge ist die Lüge der Herrschenden — Die Lüge vom Sparzwang

Hintergrund aller sozialen Grausamkeiten ist die angebliche Ebbe in den öffentlichen Kassen, und mit dem Amtsantritt der großen Koalition ist die Verunsicherung bei NiedrigverdienerInnen und Arbeitslosen größer denn je. Die Hartz Gesetze sollen verschärft werden, waren sie doch für die Regierung ein gigantischer Flop, da Arbeitslose die Frechheit haben, auch nach Hartz IV weiterhin leben zu wollen und deshalb Gelder beantragen. Es ist nun geplant, unter 25 Jahre alten Arbeitslosen keine eigene Wohnung mehr zu bezahlen – so etwa nach dem Motto: Wen wir abschreiben, dem brauchen wir keine normale Entwicklung zu finanzieren. Auch die Umkehrung der Beweispflicht, dass Mensch keinen gemeinsamen Haushalt führt, ist im Gespräch.

Bekommen wir als Arbeitslose mal einen Job, sind wir ihn nach ein paar Wochen oft schon wieder los, wenn wir einmal zu spät kommen oder nicht schnell genug arbeiten. Die DGB-Gewerkschaften bleiben für die meisten etwas Fremdes; irgendwie sollen sie auf unserer Seite sein, bringen aber eigentlich nichts. Wenn wir in moderne Arbeitskolonnen gesteckt werden, haben wir auch nichts mehr zu lachen, ganz gleich, ob als Lohndrücker im sozialen Bereich der Wohlfahrtsverbände oder als „Grünkraft" zwischen Friedhofshecken und den Stiefmütterchen im Stadtpark. Nicht wegen der Arbeit an sich, sondern wegen ihres Zwangscharakters, der oft demütigenden Umstände und der schlechten Entlohnung. Ein beträchtlicher Teil unserer Klasse versucht dieser Wirklichkeit zu entfliehen, indem er Zuhause bestenfalls friedlich und mit begrenztem Alkoholkonsum in TV, Videospielen und Fußball aufgeht.

„Was kommt noch alles?", fragen wir uns. Bereits die in einem Jahr auf 19% ansteigende Mehrwertsteuer, eine moderne Kopfsteuer, wird uns auch noch den letzten Cent aus der Tasche ziehen. Die so genannten „Reichensteuer" dagegen ist ein schlechter Witz, da diese Steuer – wenn überhaupt – lediglich bewirkt, dass die Geschwindigkeit, mit der sich die Einkommensschere zwischen arm und reich auseinander bewegt, ein klein wenig gedrosselt wird. Denn das reale Nettovermögen in der BRD ist in den vergangenen fünf Jahren nicht etwa gefallen, wie mensch angesichts leerer öffentlicher Kassen vermuten würde, sondern um 800 Milliarden Euro auf fünf Billionen (5 mit zwölf Nullen!) gestiegen. Also Rekordverschuldung und Plünderung der öffentlichen Haushalte zugunsten von Privatvermögen. Die ärmeren zwei Fünftel der Bevölkerung besitzen nun aber gerade mal 1,7 % dieses Vermögens, während allein das reichste Fünftel 67 %, nämlich drei Billionen Euro, besitzt. Die Besteuerung dieser drei Billionen ist von 1980 von 15,3 % auf 5, 7 % gefallen.[1] Was bedeutet es also, wenn der Staat sich von den Reichen etwa drei Milliarden zurückholt, während er ihnen gleichzeitig weiterhin ein Vielfaches schenkt und bereits die neuen Kürzungen bei Hartz IV höhere Einsparungen bringen sollen?

Jobben für den Job. Eine Orlen Tankstelle in Norddeutschland (West)

Der Versuch, die miesen Spielregeln rund um die Arbeit zu ändern, erscheint nun oft von vornherein aussichtslos. Ein konkretes Beispiel dafür aus dem Niedriglohnsektor: Die Situation von „Aushilfen" an Tankstellen, die nebenbei gesagt, nicht „aushelfen", sondern die ganze Tankstelle samt dauernd defekter Waschanlage alleine schmeißen.

Das Szenario: Ein Pächter, der zwei Tankstellen des Konzerns verwaltet, aber lediglich an einer sporadisch mitarbeitet. Die Besetzung der Tankstelle, die täglich von sechs bis zehn Uhr geöffnet hat, sind sechs Aushilfen und eine Festangestellte. Die Festangestellte erhält einen Stundenlohn von netto 7,10 Euro, die Aushilfen entweder einen „Lohn" von 5,80 oder von 5,50. Am Sonntag gibt es einen Euro mehr, allerdings nicht für die, die 5,50 verdienen. Sie arbeiten auch am Sonntag für diesen Lohn. Der Pächter wiegelt regelmäßig die Proteste der Belegschaft ab, die gleiche oder auch nur rechtzeitige Lohnauszahlung verlangt. Die Lohnüberweisung erfolgt in der Regel erst ab dem 3. des betreffenden Monats, manchmal erst nach einer Woche. Wer zu aufmüpfig ist, der fliegt. Eine siebzehnjährige Praktikantin arbeitete vier Monate in der Tankstelle, drei davon als Vollkraft, das heißt alleine, was illegal ist, da PraktikantInnen keine Arbeitskraft ersetzen dürfen. Ihr wird ein Lehrstellenvertrag versprochen, den sie nicht erhält. Nach vier Monaten wird sie entlassen, ohne vom Pächter auch nur einen Cent bekommen zu haben. Werden KollegInnen krank, müssen sie untereinander Ersatz organisieren, der Pächter selber springt nie ein. Wer keinen Ersatz findet, stellt sich entweder mit Fieber hin oder riskiert, entlassen zu werden. Das führt zum Druck untereinander, immer „flexibler" sein zu müssen. Die „Aushilfen" leben, um möglichst immer für die Tankstelle da zu sein, egal wie mies der Lohn ist. Die Ausbeuterstrukturen selber scheinen kaum angreifbar. Es fehlt an der Tankstelle die Möglichkeit, das zentrale Machtmittel der ArbeiterInnen, Solidarität, auch nur zu entwickeln. Und das, während den ArbeiterInnen pro Tag zehntausende von Euros durch die Hände gleiten, die die Ölkonzerne an den aufgebrachten Autofahrern aus der Tasche ziehen. Ein Streik ist nicht möglich, jeder arbeitet in der Schicht alleine, wer alleine streikt, wird mit Sicherheit entlassen. Tatsächlich ist die Situation so verfahren, dass nur ein radikaler Schritt, nämlich die Übernahme der Tankstelle durch die Belegschaft, also auch die Enteignung des Konzerns, eine wirklich grundlegende Änderung ermöglichen würde. Die Lösung „soziale Revolution" ist aber keine, solange sie nicht von einer Massenbewegung getragen wird, die sie im größe-

Syndikat Wien bittet um Unterstützung

Das allgemeine Syndikat Wien möchte ein offenes soziales Zentrum/ Syndikatsbüro/Treffpunkt für anarchosyndikalistische Aktivitäten eröffnen. „[...] Aus diesem Grund haben wir uns mit der einzigen existenten Anarchistischen Gruppe in Wien den ‚Schwarzwurzeln' und dem riesigen Archiv/Infoladen anarchismus.at zusammengetan und ein Geschäftslokal gesucht. [...] Für den Beitrag des Syndikats fehlen uns jedoch 250,- Euro pro Monat. Unsere Situation mit den etlichen hundert Euro für Zeitung, Gemaßregeltenkasse und anderen Aktivitäten hat uns bisher schon an die Grenze des Machbaren gebracht. Da mehrere GenossInnen Eltern sind, und einige auch ihre Jobs (z.B. bei der Post) nicht mehr haben, schaffen wir es aus eigener Kraft nicht den ganzen Betrag aufzubringen. Wir bitten euch hiermit um einen Beitrag für die nächsten 1 1/2 Jahre damit das Syndikat den Anteil für das Zentrum aufbringen kann. Danach sollte sich die syndikalistische Situation in Wien drastisch verbessert haben. [...] In der Hoffnung daß ihr eure Solidarität nicht durch Geldanliegen missbraucht fühlt

allgemeines Syndikat Wien

P.S. Wenn ihr genauere Informationen zu unseren Syndikaten, dem konkreten Raum (Fotos, Pläne usw.) oder Ahnliches wollt schreibt bitte einfach an: haengematte@linuxmail.org"

Spenden an:
FAU-Geko
KontoNr: 96152201
BLZ: 20010020
Postbank Hamburg
Verwendungszweck: FAU Wien

ren Maßstab umzusetzen sucht. Vereinzelt werden solche Maßnahmen zunächst immer im Knast enden.

Repression

Widerstand gegen den staatlichen Sozialraub wird natürlich auch mit Repression begegnet. Schnell haben AktivistInnen, wie in Flensburg, Verfahren am Hals mit dem Ziel, sie von weiterem Widerstand abzuhalten. Dabei dürfen wir aber nicht vergessen, dass sich der aufmüpfigste Teil unserer Klasse bereits im Knast befindet. Schätzungsweise Dreiviertel aller Gefangenen sind arm und sitzen wegen Eigentumsdelikten ein. Ohne Kleinkriminelle idealisieren zu wollen, die sich ja meist auch innerhalb der bestehenden Wertemuster bewegen, wenn sie durch illegale Mittel Vergnügen, Macht, Geld usw. zu erreichen suchen: Abzieher, Schwarzfahrer und Einbrecher haben eines vielleicht begriffen, dass nämlich das Eigentum der Reichen auf Diebstahl beruht. Im Gegensatz zu vielen KollegInnen, die entlassen werden, um anschließend verbittert in Apathie zu verfallen, finden sie sich mit ihrem Schikksal als Almosenempfänger nicht ab. Natürlich sind sie keine verkannten Robin Hoods, politisch bewusster Raub und Diebstahl von Armen an Reichen ist die seltene Ausnahme. Und doch fällt der Vergleich zwischen KaufhausdiebInnen und Haschdealern mit der legalen und nur scheinbar sauberen Spiegelwelt der Aktienfonds und Konzerne eindeutig aus: Die eigentlichen Gangster, die mit Schlips und Krawatte, treffen sich in den Vorstandsetagen von Daimler Chrysler und McDonald´s.

Knast kann als Instrument der Klassenunterdrückung und des sozialen Kampfes demaskiert werden. Bei den Verfahren gegen unsere Genossen in Magdeburg, die sich weigerten, auszusagen und dafür ein halbes Jahr eingesperrt wurden, haben es die UnterstützerInnen geschafft, aufzuzeigen, dass Unterwerfung gegen den Staat erzwungen werden sollte (was dem Gericht nicht gelungen ist). In England lassen sich zurzeit auch achtbare RentnerInnen, wie die ehemalige Sozialarbeiterin Sylvia Hardy, lieber einsperren, als die von ihnen verlangte, völlig überzogene Grundstückssteuer der Gemeinde zu bezahlen. (In England leben die meisten ArbeiterInnen in eigenen Häusern.) Die widerspenstigen RentnerInnen haben es geschafft, eine breite Solidaritätsbewegung ins Leben zu rufen.

Der Knast ist also ein soziales Kampfterrain, aber auch in der scheinbaren Freiheit zwischen Arbeitsagentur, Zwangsarbeit und Niedriglohn sind wir dazu aufgerufen, Orte und Formen zu schaffen, in denen so etwas wie Klassenbewusstsein auf breiter Basis überhaupt wieder entstehen kann.

Machtmittel für den Widerstand — Arbeitslose haben schon jetzt kaum noch etwas zu verlieren

Früher waren es Absinth und Kirche, die die Massen ruhig und zuhause hielten, heute kommt die Vernichtung des selbständigen Denkens hinzu, das uns die Medienindustrie beschert.

Wir als politische AktivistInnen sind gefordert, bei der Suche nach dem eigenen Interesse unserer Klasse, dem Herstellen von Verbindungen und Gruppenzusammenhängen mitzuwirken. Dabei sind nicht unsere Antworten wichtig, sondern unsere Teilnahme. Wenn wir es schaffen, gemeinsam mit anderen Betroffenen in die entfremdeten Arbeitsverhältnisse und zerstörten sozialen Strukturen einzugreifen, anstatt nur über sie zu reden, wie das ein Teil der mittelstandssozialisierten „radikalen" Linken in unerträglicher Arroganz tut, werden wir einen großen Schritt weiterkommen.

Denn so gut wie alle Arbeitslosen sind unzufrieden. Aber wenn sie sich vor die Alternative gestellt sehen, entweder verbunden mit Demütigungen durch die Arbeitsagenturen wenig Geld zu haben oder aber gar nichts mehr zu bekommen und auf der Straße betteln zu gehen, werden sich trotz der Schikanen fast alle für das erstere entscheiden. Sorgen wir also dafür, dass eben nicht jeder und jede alleine vor einer solchen Alternative steht.

Die Armen, die entweder Alg II, Sozialhilfe oder manchmal auch schon gar nichts mehr vom Staat bekommen, kennen kaum Formen der Selbstorganisation. Ansätze wie Sozialforen werden schnell ins reformistische Fahrwasser geholt, denn schnell tummeln sich hier die ebenfalls unter Kürzungen leidenden SozialarbeiterInnen und übernehmen aufgrund ihres Bildungsvorsprungs die Federführung.

Aber der Reformismus, der auch positiv sein kann, zum Beispiel im Kampf für eine gerechtere Verteilung des Vermögens, für höhere Löhne, für Mindestlöhne, Existenzgeld, Bleiberecht für alle MigrantInnen, dieser Reformismus erscheint mittlerweile angesichts der Machtverhältnisse beinahe aussichtsloser, als die Herrschaft der Wenigen in der Ökonomie gleich ganz zu beenden.

Aber egal wie weit unsere Ziele gesteckt sind: um etwas zu erreichen, brauchen wir zusätzlich zu den bereits angewandten direktere Aktionsformen.

Es ist oft gesagt worden, dass Arbeitslose kein ökonomisches Druckmittel – sprich: den Streik – haben, um Unternehmen und Politik zu Verbesserungen zu zwingen. Tatsächlich sind daraus aber selten die richtigen Schlussfolgerungen gezogen worden.

Arbeitslose haben in der bürgerlichen Presse kein Sprachrohr, was 2004 mal wieder besonders deutlich wurde, als die Anti-Hartz-Demonstrationen von ihr zunächst ignoriert und, als ihre Ausmaße im Osten zu groß wurden, bekämpft wurden. Demonstrationen alleine reichen nicht.

Es ist an der Zeit, auch einmal ein bisschen fieser zu werden!

So können wir den Verantwortlichen von Entlassungen und anderen unsozialen Entscheidungen auf die Nerven gehen, etwa indem wir ihre Büros besetzen oder vor ihrer Garage zelten. Wenn wir viele sind, können wir bei ihren Treffen den Verkehr durch Blockaden lahm legen und stören.



www.junge-union.de

Auch die Junge Union hat etwas gegen Hartz IV?

Wir können auch als Arbeitslose etwas gegen Lohndumping tun, wenn wir uns mit möglichst vielen weigern, als Streikbrecher zu arbeiten. Das würde nicht selten auch den Boykott von Leiharbeitsfirmen bedeuten.

Sind wir als Arbeitslose für immer aus dem Produktionsprozess ausgegliedert worden und hängen in der Luft? Dann müssen wir uns die Mittel zum Leben, also Produktionsmittel oder Land, notfalls wieder aneignen, wenn es nicht anders geht.

Schon die „True Levellers", die wahren Gleichmacher, im England des siebzehnten Jahrhunderts waren mittellose Veteranen der antiköniglichen Bürgerkriegsarmee, sie haben Land besetzt und bearbeitet. Während der großen Revolutionen 1917-21 in Russland und 1936 in Spanien wurden zehntausende von Fabriken, deren Eigentümer und Unternehmensleitungen geflohen waren, übernommen und selbstverwaltet weitergeführt. Ähnlich wiederholte sich dies 1974 bei der unblutigen Nelkenrevolution in Portugal, um nur einige Beispiele zu nennen. Aber auch ohne revolutionäre Situation gibt es Umstände, wo Gruppen von Arbeitslosen leer stehende Produktionsstätten, Fabriken, Läden weiterführen und nutzen könnten. Nach der Hausbesetzerbewegung der achtziger und frühen neunziger Jahre würden heute Fabrikbesetzungen die Tür zu einer sozialen Umwälzung auch dann aufstoßen, wenn es zunächst nur eine Handvoll Fabriken oder andere Produktionsstätten wären.

Eins dürfen wir aber als Arbeitslose nicht vergessen: Wir sind auf unsere arbeitenden KollegInnen angewiesen.



www.kolabor.d/sozialforum

Montagsdemo

Streik des Bodenpersonals in Heathrow

Ohne die Solidarität derjenigen, die (noch) arbeiten, wird sich nichts ändern: Ein gutes Beispiel ist der Streik im Londoner Flughafen Heathrow vom 10. und 11. August 2005. Dort solidarisierte sich das gesamte Bodenpersonal mit 670 MitarbeiterInnen einer Cateringfirma, die unter skandalösen Umständen entlassen worden waren, und legte in einem wilden Streik die Arbeit nieder. Ohne Gepäckabfertigung konnten natürlich keine Flüge mehr abgewickelt werden, also mussten die Flughafenmanager auf einen Kompromiss eingehen, der die Rücknahme der meisten Kündigungen und höhere Abfindungen als gesetzlich vorgesehen für die anderen MitarbeiterInnen bedeutete.

Auch dürfen sich Belegschaften in verschiedenen Ländern nicht gegeneinander ausspielen lassen, sondern sollten gemeinsame Forderungen an das Unternehmen, den Konzern richten, und zwar keine Entlassungen, egal wo, gleicher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen für alle.

Umwälzungen sind nur sozial, wenn sie vor Grenzen nicht halt machen

Der Kapitalismus schafft nicht nur Klassengrenzen, sondern ist für seine Aufrechterhaltung auch darauf angewiesen, dass unter den Ausgebeuteten immer wieder und immer noch mehr gespalten und diskriminiert wird. Also muss die Gegenstrategie sein, wieder zusammenzuführen, die gemeinsamen Interessen wahrzunehmen.

Vergessen wir nicht, dass soziale Umwälzungen, soziale Gerechtigkeit in den reichen Industrienationen nicht gegen, sondern nur mit den Armutsregionen der Welt erreicht werden können. Wir müssen alle Grenzen niederreißen, besonders die um die Festung Europa.

Gleiche soziale und politische Rechte bedeuten das Ende für eine auf Ausbeutung beruhende Wirtschaftsform. Gegenüber der Wohlstandskluft zwischen arm und reich war die Berliner Mauer ein Vorgartenzaun. Diese Kluft kostet täglich tausende von Menschenleben. Die meisten verhungern einfach irgendwo oder sterben an vermeidbaren Krankheiten, nur wenige erhalten wenigstens kurz die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, bevor sie von der übergroßen schweigenden Mehrheit wieder vergessen werden. Etwa die Toten von Ceuta und Melilla in Marokko oder die elf Menschen, die im Abschiebeknast des Amsterdamer Flughafens verbrannten, weil sie das Verbrechen begangen hatten, aus einer Armutsregion nach Europa geflohen zu sein.

Die Revolte der Jugend in den französischen Vorstädten zeigt, wie groß ihre Wut ist. Wenn sich auch die Gewalt vor allem gegen die verhasste Polizei richtet, so wird doch deutlich, dass die Klassengesellschaft auch innerhalb Europas auseinanderdriftet. Raul Zelik schrieb in der Wochenzeitschrift Freitag[2] darüber: „Die Jugendlichen der Banlieue sind kein neues sozialrevolutionäres Subjekt, keine Helden, aber sie handeln auch nicht dümmer oder unpolitischer als die über die verschärfte kapitalistische Gangart klagenden Gewerkschafter und Feuilleton-Redakteure. Es wäre keine Überraschung, wenn ihre Revolten am Ende die Inwertsetzung, die Ökonomisierung des Lebens, stärker bremsten als der gehegte Protest von Gewerkschaften und kritischen Autoren."

Zudem haben sie etwas, was auch den sich für lau aufreibenden Jobbern von Fastfood oder Tankstellen fehlt, nämlich ein starkes Zusammenhörigkeitsgefühl, das sich nicht scheut, gegen die unmittelbaren Vertreter ihrer Unterdrückung vorzugehen – dort Polizei, hier Filialenleiter oder Pächter.

Kein Wunder allerdings: Während die einen zusammen aufwachsen, sehen sich JobberInnen im Niedriglohnbereich nur bei Schichtübergabe.

Dabei würden wir schon mit nur einigen von der Belegschaft übernommenen Tankstellen die Wirtschaftsbosse ganz schön ins Schwitzen bringen.

FAU Flensburg

(1) Quelle WiPo Aktuell 2/ 2005 (Herausgeber ver.di)

(2) Freitag Nr. 46 vom 18. November 2005, zitiert aus „Helden der Diffusion" von Raul Zelik

Für die beiden wegen Hausfriedensbruchs verurteilten GenossInnen wird um Spenden auf das folgende Konto gebeten (Stichwort „Soli- Flensburg"):

Freie ArbeiterInnen-Union, Postbank Hamburg, Ktonr. 96152201 PLZ 20010020

Buchtip: „Arbeitsdienst – wieder salonfähig!

Autoritärer Staat, Arbeitszwang und Widerstand"

Das Frankfurter Arbeitslosenzentrum (FALZ) gibt jetzt das Ergebnis einer Tagung mit Aktiven aus verschiedenen Sozialhilfe- bzw. Erwerbslosenbewegungen als Buch heraus. Preis 9,00 EUR plus Versandkosten. Zu bestellen bei: Fachhochschulverlag Kleiststr. 31, 60318 Frankfurt Tel.: (069) 15 33 28 20 Fax: (069) 15 33 28 40 E-Mail: bestellung@fhverlag.de

KULTURGUERILLA



M. Gilliland: Die Freien

In einem Land, das nicht genau benannt wird, bei dem es sich aber eindeutig um Irland handelt, entwickelt sich in einer Zeit der zusammenbrechenden Wirtschaft eine Parallelgesellschaft. Verantwortlich dafür sind „the free", wie es im Originaltext heißt, oder eben Die Freien, eine Gruppierung von Menschen, die ernsthaft an der anarchistischen Idee arbeiten und daran glauben, diese auch umsetzen zu können. Anfangs ist es nur eine Handvoll Menschen: Die jugendliche Linda, die auf einmal aus den einengenden Zusammenhängen ihrer Jugend ausbricht, sich die Haare abschneidet und sich dann Max nennt, ebenso wie der intellektuelle Barney Maguiere oder der freche, stets zu Späßen aufgelegte Macker McDonagh. Sie sind Punks und Arbeiter, Intellektuelle und Hausbesetzer, Unternehmensberater und ehemalige Soldaten, und sie alle schließen sich der kleinen Bewegung an; ihre Motive sind unterschiedlich, doch irgendwie schaffen sie es, die Bewegung größer werden zu lassen. Es dauert seine Zeit, aber irgendwann steht die Revolution vor der Tür. Arbeiterkollektive, freie Gewerkschaften und die einzelnen Gruppen der Freien reißen gemeinsam die Mauern nieder und übernehmen die Produktionsmittel, verwalten sie seriös und korrekt. Eine Welle der Begeisterung geht durchs Land, überall werden die alten Machtstrukturen hinweggefegt, und auch Teile der Armee wechseln begeistert ins Lager der Revolutionäre. Doch es ist klar, dass das Ausland nicht tatenlos zusieht und der weltweite Kapitalismus mit aller Macht zurückschlagen wird ...
208 Seiten, 10,15 Euro

Vorläufiges über Bruno Vogel

Leben und Werk eines widerständigen Schriftstellers, Teil 1

Wer kennt heute noch den Schriftsteller Bruno Vogel? Wahrscheinlich eine müßige Frage. Vogel einen Vergessenen zu nennen, ist fast schon eine Untertreibung. Viele der sogenannten Vergessenen, vor allem aus den literarisch so produktiven 1920er Jahren, sind irgendwann wiederentdeckt worden oder zumindest Experten ein Begriff. Weder das eine noch das andere trifft auf Bruno Vogel zu. Dieses völlige Verschwinden aus dem literarischen (und politischen) Bewusstsein ist erstaunlich und doch wiederum nicht. Erstaunlich, weil der Name Vogel immerhin mit einem der bekanntesten Zensurskandale der Weimarer Republik verbunden ist, begreiflich, weil seine literarische „Karriere" letztlich nur wenige Jahre dauerte und schon bald überschattet wurde von der Einsicht in die geringe Wirkung von Literatur. Faschismus und Exil besorgten dann sozusagen den Rest.

Da es über Vogel kaum Informationen gibt, ist die folgende, dreiteilige Darstellung eine sehr vorläufige. Genaueres herauszufinden, ist sicherlich möglich, würde aber aufwendige Archivrecherchen erfordern. Deshalb muss ich mich einstweilen damit genügen, das wenige Bekannte zusammenzutragen. Teil 1 stellt einen Abriss über das Leben Vogels dar, Teil 2 wird dem Buch „Es lebe der Krieg!" und dem anschließenden „Kriminalfall" gewidmet sein, Teil 3 sich mit dem Roman „Alf" beschäftigen.

Der kurze Weg zum „Skandalautor"

Bruno Vogel wurde 1898 in Leipzig geboren. „Leider war es mir nicht vergönnt, diesen Vorgang zu verhindern", sollte er 1977, knapp 80jährig, in einem kurzen autobiographischen Abriss resignativ schreiben. Nach den für eine Jugend im Kaiserreich wohl üblichen, „überwiegend unliebsamen Erziehungsversuchen" bringt der erste Weltkrieg, für ihn wie für die meisten seiner männlichen Altersgenossen, den ersten entscheidenden Einschnitt in seinem Leben. In dem bereits erwähnten Rückblick, 60 Jahre später, kommentierte er sein Soldatendasein sarkastisch: „Ende 1917 half ich, die Engländer bei Cambrai zu besiegen; dafür verlieh mir Seine Majestät der Herr Kaiser das Eiserne Kreuz zweiter Klasse (dritter hatten sie nicht), eine nette Aufmerksamkeit, die ich erst sehr viel später gebührend zu würdigen Gelegenheit hatte, als mir jemand für das Ding eine erinnernswert libidinöse Nacht gab".

Nach dem Krieg ist er zunächst für anderthalb Jahre als Bankbeamter beschäftigt. Dann beginnt ein unstetes Leben mit kurzfristigen Jobs in den verschiedenen Bereichen. „Es gab auch Monate, da ich als Tramp durch die Lande zog". Es ist also keine nachträgliche Koketterie, wenn er in seiner „Vita" schreibt, es sei „Hunger und Notdurft" und nicht literarischer Ehrgeiz gewesen, was ihn 1923/24 bewogen habe, „widerstrebend" mit dem Schreiben zu beginnen. Er veröffentlicht zunächst Rezensionen und Feuilletons in der Lokalpresse seiner Heimatstadt Leipzig, der „Leipziger Volkszeitung", der „Neuen Leipziger Zeitung", dem Satireblatt „Der Drache" usw. Doch bereits Ende 1924 erscheint sein Novellenband „Es lebe der Krieg! im Leipziger Verlag „Die Wölfe". Äußerlich nur ein unscheinbares, 70seitiges Heft, ist es das erste Antikriegsbuch der Weimarer Republik – heute berühmtere Werke, wie Remarques „Im Westen nichts Neues" (1928), erscheinen erst später – und, allen prominenten Nachfolgern zum Trotz, bis heute vielleicht eines der besten, zumindest eines der konsequentesten und ehrlichsten geblieben.

Doch bekannt werden Buch und Autor durch einen anderen Umstand: durch das Verbot des Buches und die Anklage wegen „Unzucht" und „Gotteslästerung", was zu einer breiten Solidarisierungswelle in den literarischen Öffentlichkeit führt. Namhafte Schriftsteller und Intellektuelle engagieren sich für Vogel, Thomas Mann z.B. setzt sich mit einem Gutachten für das Buch ein. Die Pazifistin Helene Stoecker und der Schriftsteller Kurt Hiller verteidigen Vogel persönlich als Sachverständige vor Gericht. Der sich über vier Jahre erstreckende und durch alle Instanzen führende Prozess endet mit einem paradoxen Ergebnis: Der Autor wird freigesprochen, das Buch verurteilt und darf nur noch in zensierter Form erscheinen.

Karriere eines libertären schwulen Pazifisten

Vogels schriftstellerisches Engagement ist eng verknüpft mit seinem sexualpolitischen Engagement in der Schwulenbewegung der Weimarer Republik. Anfang der 1920er Jahre gehört er zu den Begründern der „Gemeinschaft Wir", der Leipziger Sektion des „Wissenschaftlich-humanitären Komitees", der von Magnus Hirschfeld, einem der Pioniere der Schwulenemanzipation in Deutschland, in den 1890er Jahren gegründeten Vereinigung zur Bekämpfung des Schwule diskriminierenden (bzw. Homosexualität bestrafenden) Paragraphen 175. Auf Anregung Hirschfelds übersiedelt Vogel 1925 nach Berlin, wo er in dessen „Institut für Sexualwissenschaft" eine, nach seiner späteren Aussage, „bemerkenswert untergeordnete und uninteressante Anstellung"erhält. Ende 1929 wird Vogel in den Vorstand des „Wissenschaftlich-humanitären Komitees" gewählt.



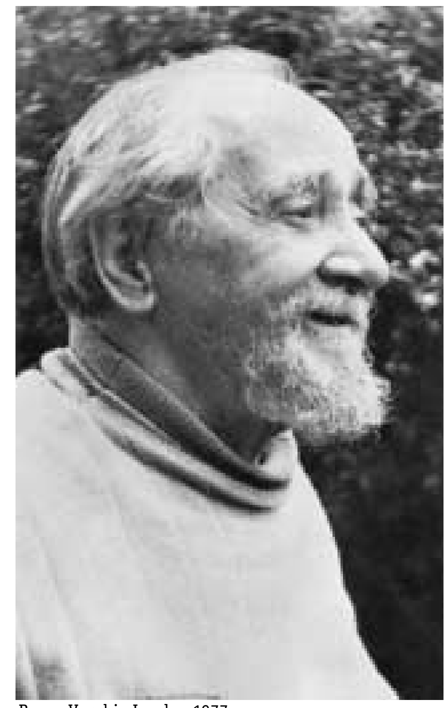
Bruno Vogel 1917

In politischer Hinsicht ist Vogel zunächst Mitglied der SPD, bis diese dem Bau von Panzerkreuzern zustimmt, was für den entschiedenen Antimilitaristen natürlich inakzeptabel ist. Er engagiert sich zusammen mit Kurt Hiller und Kurt Tucholsky in der „Gruppe revolutionärer Pazifisten". Von 1925 bis 1929 schreibt er regelmäßig im „Syndikalist", aber auch für die kommunistische Presse. Sein zweites Buch, wiederum ein dünner Erzählungsband mit dem Titel „Ein Gulasch und andere Skizzen", erscheint 1928 im kommunistischen Greifenverlag. Im selben Jahr tritt er auch bei Veranstaltungen des neu gegründeten kommunistischen „Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller" (BPRS) auf. Im Unterschied zu anderen libertären Schriftstellern wie Theodor Plivier, Adam Scharrer oder Kurt Kläber hält er sich jedoch in der Folgezeit vom BPRS fern, und auch die Tatsache, dass sein bereits im Greifenverlag vorangekündigter erster Roman „Alf" dann 1929 als erstes Buch der „Gilde freiheitlicher Bücherfreunde", d.h. des Buchclubs der FAUD, erscheint, darf man sicherlich als politische Option verstehen. Denn das Buch ist mehr als eine Kampfschrift gegen den §175 in Form einer Coming-out-Geschichte zweier Jugendlicher, es ist eine Generalabrechnung mit den Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft aus libertärer Sicht.

Obwohl das Buch in jeder Hinsicht ein Erfolg ist — nach Aussage der Gildenleitung verkauft es sich schneller, als es nachgedruckt werden kann, es wird in der Presse wohlwollend besprochen und kommt auf den von der Gilde organisierten Lesungen gut an — markiert es bereits das Ende von Vogels schriftstellerischer Karriere. Warum dieses plötzliche Ende? Ein Grund, den Vogel selbst nennt, liegt in der zunehmenden Skepsis, mit Literatur gesellschaftlich etwas verändern zu können. Im Rückblick auf seine Schriftstellerjahre schreibt er: „Zeiten der Hoffnung waren das: Vielleicht war es doch möglich – es musste möglich sein, durch Wort und Werk den wirren Wahnsinn irrationaler Aggression zu wandeln in lebensfreundliche, lustfrohe Vernunft ... Es war ein Traum, ein Irrtum".

Ein Exil, das nicht endet

1931 geht der Autor, in Vorahnung der kommenden Entwicklungen in Deutschland, nach Österreich und versucht, Freunde zu überreden, seinem Beispiel zu folgen: „Besonders schmerzt mich noch, dass der liebe, gütige Mühsam meinen Rat ablehnte". Zwei Jahre verbringt er in Wien mit dem, was er später abfällig „Übersetzungen und anderen Schmacharbeiten für einen hervorragend schäbigen Verleger" nennt. Immerhin erscheint in dieser Zeit und vermutlich mit seiner Beteiligung Magnus Hirschfelds zweibändige „Sittengeschichte der Nachkriegszeit" (1931/32), ein Klassiker der Kulturgeschichte. 1933 beginnt die eigentliche Exilzeit. Auch in Österreich fühlt sich Vogel nicht mehr sicher. Über die Schweiz und Paris verschlägt es ihn Ende 1933 nach Norwegen. Ohne Arbeitserlaubnis und mit nur kärglichen Verdienstmöglichkeiten in der deutschsprachigen Exilpresse sind dies Jahre des Elends. 1937 wird von der Gestapo sein Pass eingezogen. Mithilfe des norwegischen Außenministers gelingt ihm die Ausreise nach Südafrika. Auch dort ist er wieder in den verschiedensten Jobs tätig. 1942 meldet sich



Bruno Vogel in London 1977

der vehemente Kriegsgegner sogar freiwillig zur Armee, um seinen Beitrag im Kampf gegen den Nazismus zu leisten. Erst nach dem Krieg bringt ihn eine Stelle als Arbeiter in einer Tischlerei in Kontakt mit der schwarzen Bevölkerung – und in Konflikt mit den Apartheidsgesetzen. In einem Brief aus dieser Zeit schreibt Vogel: „Über die Verhältnisse in Südafrika. d.h. über die Art, wie die Herrenrasse die ‚Nichtweißen' behandelt, werden Sie sicher einiges aus den Zeitungen wissen. Es ist viel abscheulicher, als man sich vorstellen kann. Dass ich mich eindeutig mit dem Kampf der Farbigen identifiziere, brauche ich wohl kaum zu erwähnen." 1953 ist er deshalb gezwungen, das „sonnige Sadistan" zu verlassen. Er geht nach London, arbeitet erst als Bibliothekar, dann bis zur Rente als Privatsekretär eines deutschen Journalisten, wird britischer Staatsbürger, engagiert sich in der Anti-Apartheidsbewegung. Seine Erfahrungen mit dem Rassismus in Südafrika verarbeitet er auch wieder literarisch, aber ein Roman und eine Sammlung von Erzählungen finden keinen Verleger (die Manuskripte sind vermutlich in seinem Nachlass zu finden). Nur seine Bücher aus der Weimarer Republik werden Ende der 1970er Jahre in der Bundesrepublik nachgedruckt („Alf" 1977, „Es lebe der Krieg!" 1978), bzw. in der DDR erscheint 1986, kurz vor seinem Tod, unter dem Titel „Ein junger Rebell", eine Auswahl seiner Erzählungen aus der Weimarer Zeit, darunter viele der seinerzeit nur in Zeitungen und Zeitschriften publizierten Texte, vor allem aus dem „Syndikalist" und „Besinnung und Aufbruch", dem Organ der „Gilde freiheitlicher Bücherfreunde". Vogel stirbt 1987 in London.

MH

Nachträge zum „roman noir" (vgl. letzte DA)

Neues in deutscher Übersetzung:

Der Distel-Verlag hat sich um die (Neu)Herausgabe der Krimis des „Néo-Polar"-Begründers Jean-Patrick Manchette verdient gemacht. Gewissermaßen als Zugabe sind jetzt unter dem Titel „Chroniques" dessen gesammelte Krimikolumnen, vorwiegend aus den 1970er und 1980er Jahren, erschienen. Trotz einiger interessanter Überlegungen zum politischen Charakter des Kriminalromans seit den 1920er Jahren (Hammett und folgende) handelt es sich doch in erster Linie um Rezensionen seinerzeit auf französisch erschienener US-Krimis. Für deutsche Leser weniger interessant. Eher was für ausgesprochene Fans oder Manchette-Komplettsammler. Schon wegen des hohen Preises (32 Euro für ein 300seitiges Taschenbuch!) kaum empfehlenswert.

Jean-Patrick Manchette, Chroniques. Essays zum Roman noir, DistelLiteraturVerlag, 2005, 339 S. 32 EUR

Ein Bankdirektor lädt seine Freunde aus der französischen Provinzbourgeoisie zum traditionellen Weihnachtsessen. Als ungebetener Gast gesellt sich ein Weihnachtsmann mit Knarre dazu. Er hat auch Geschenke mitgebracht, die allerdings nicht nach dem Geschmack der Anwesenden sind, weil sie deren schmutzige Geheimnisse enthüllen: die Pädophilie des einen, die Betrugsgeschäfte des anderen, die notorische Schürzenjägerei des dritten. Serge Quadruppanis „Das Weihnachtsessen" wirkt wie eine wenig inspirierte Mischung aus Versatzstücken, die man alle schon mal gelesen oder (als Film) gesehen zu haben glaubt. Und der Versuch des Autors, seinen Roman mit politischer Aktualität aufzuladen, lässt die Story vollkommen aus dem Ruder laufen. Am Ende wissen weder Leser noch Weihnachtsmann, worauf der Autor eigentlich hinauswollte.

Serge Quadruppani, Das Weihnachtsessen, DistelLiteraturVerlag, 2005, 183 S., 14,80 EUR

„Statisten" von Didier Daeninckx, der dritte Band der „Noir"-Reihe des Verlags Assoziation A, spielt im Filmmilieu. Ein Cineast fahndet nach der Herkunft eines mysteriösen Filmfragments und macht dabei eine makabere Entdeckung. Weniger ein Roman als eine Erzählung, die durch luftiges Layout und die Hinzufügung einer Kurzgeschichte und eine Glossars auf Buchlänge aufgeblasen wird. Nicht unbedingt ein Meisterwerk, aber sehr atmosphärisch, düster – eben „noir". Auch das beigefügte Glossar zu den vielen Filmbezügen im Text ist informativ und lesenswert.

Didier Daeninckx, Die Statisten, Assoziation A, 128 S., 9,90 EUR

Neben Léo Malet gehört vor allem Jean Mekkert alias Jean Amila (1910-1995) zu den Vorläufern und Bezugsgrößen des aktuellen „roman noir". Während Malet hierzulande schon in den 1980er Jahren umfassend vorgestellt wurde (mehr als 30 Übersetzungen), ist „Mond über Omaha" meines Wissens die erste Veröffentlichung eines Buches von Amila in deutscher Sprache. Omaha lautete die Bezeichnung des blutigsten und verlustreichsten Frontabschnitts bei der Landung alliierter Truppen in der Normandie 1944. Zwanzig Jahre später erinnern eine Gedenkstätte und ein Soldatenfriedhof an dieses Ereignis. Hier treffen sich zwei ehemalige GIs, Veteranen dieser Schlacht, wieder. Eine unverhoffte Begegnung, denn eigentlich sollte einer der beiden seit damals an diesem Ort begraben liegen.

Weniger ein Krimi als eine manchmal ausgesprochen witzige Satire auf die Rückwirkungen des Krieges auf den Kleinbürgeralltag. Der tragische Schluss ist vielleicht ein wenig zu pathetisch.

Jean Amila, Mond über Omaha, Conte Verlag, 2005, 211 S., 10 EUR

Das Vermächtnis der Ruinen

Letzter Teil der Comic-Reihe über die Pariser Kommune

Wie ging die Geschichte aus? Bereits der Titel des letzten Teils der Comic-Reihe „Die Macht des Volkes" verrät es: Die Reaktion konnte zwar die Kommune von 1871 zusammenschießen, aber nicht den Kampf für eine befreite, herrschaftslose Gesellschaft auslöschen.

Überhaupt strotzt die Titelzeichnung vor Symbolik: Auf der einen Seite das triumphierende Bürgertum, die Kleinfamilie, der Pfaffe und das Militär vor der blutbefleckten Trikolore, auf der anderen ermordete und sterbende KommunardInnen, die zerschossene rote Fahne, aber auch zwei entschlossene, den Kugeln trotzende junge ProletarierInnen mit empor gestreckten Fäusten. Doch von Revolutionsromantik keine Spur: „In was für einer Welt bin ich hier? In was für einer menschlichen Jauchegrube?", fragt Tarpagnan, bevor er sein Leben aushaucht. HeldInnen, die am Ende triumphieren, gibt es nicht.

Die Pariser „Blutwoche"

Jacques Tardi beendet den Zyklus, der auf einem Roman des bekannten Krimiautors Jean Vautrin basiert, mit Bildern, die die letzten Tage der Kommune beschreiben. Paris steht in Flammen, die Versailler nehmen Barrikade für Barrikade. ArbeiterInnen wehren sich erbittert. Einige KommunardInnen machen Jagd auf (vermeintliche und tatsächliche) Verräter. Die Soldateska mordet, vergewaltigt und brandschatzt. Gefangene werden nicht gemacht, Männer, Frauen und Kinder fallen den Standgerichten zum Opfer. Dagegen auf Seiten der Revolution: Selbst in der aufgeheizten Atmosphäre bleibt die Erschießung einer Reihe von Geiseln, alles hohe Geistliche, nicht unwidersprochen, sondern löst heftige Diskussionen aus.

Alte Bekannte

Und wieder mittendrin: Der Ex-Notar, Ex-Sträfling und Bulle Horace Grondin alias Charles Bassicousse, der den Mörder seiner Adoptivtochter Jeanne in dem Hauptmann, Deserteur und Kommunarden Tarpagnan ausgemacht haben will. An seiner Seite: Hippolyte, der schleimige Polizeispitzel, der die bewegte Zeit nutzt, um sich seinen Weg auf der Karriereleiter zu ebnen, und der dabei über Leichen geht. Wenige Stunden, bevor die Kommune aufhört zu existieren, trennen sich ihre Wege – der eine sucht die Nähe zu den neuen (alten) Machthabern, der andere, von Rache besessen, hat eigentlich mit seinem Leben bereits abgeschlossen und ist geradezu erpicht darauf, es zu beenden. Der Zufall will es, dass sich die Wege des rachsüchtigen Bullen und des Deserteurs treffen und beide für einen Moment die Revolution Seite an Seite verteidigen – bis Grondin seinen ehemaligen Schwiegersohn erkennt und die Waffe gegen ihn wendet. Doch erst die nächste Begegnung endet tödlich; der Richter wird zugleich zum Gerichteten. Am Ende lüftet sich dann doch noch das Geheimnis um den Mörder von Jeanne – ein Priester war´s, der zu jenen Geiseln gehörte, die von den KommunardInnen erschossen wurden. Marbuche, Freund von CAF' CONC' und zuletzt Tarpagnans Beschützer, stirbt beim Versuch, eine Barrikade gegen heranstürmende Versailler zu verteidigen. Er hatte die Hoffnung nie aufgegeben, Gabriella Pucci alias CAF' CONC', vom Unterwelt-Boss Trocard in eines seiner Bordelle entführt und mittlerweile Sanitäterin der Kommune, am Ende wieder zu finden.


Verlag Edition Moderne, Zürich

Titelbild von „Das Vermächtnis der Ruinen"

„Weder Gott noch Herr!"

Noch während die Straßenkämpfe andauern, ist die Restauration in vollem Gange: „Nun sind wir wieder da, und das Haus steht noch, das ist die Hauptsache." Am Ende „[...] herrschen wieder Ordnung, Arbeit und Sicherheit." Die Kommune hörte aber nicht einfach auf zu existieren: Lili und Ziquet stehen exemplarisch für den Kampf, der nie beendet wird.

In Frankreich wurden bereits über eine halbe Million Exemplare der vier Bände verkauft. Der Grund des Erfolgs lässt sich nur vermuten: Die Bilder und Texte sind schonungslos, wütend, realistisch, ein Abbild der Grausamkeit jener Tage und manchmal nur schwer auszuhalten. Nichts wird verniedlicht, nichts verklärt, die ProtagonistInnen sind keine HeldInnen, wie sie linke und bürgerliche RomantikerInnen gerne hätten. Tardi und Vautrin zeigen die Menschen in all ihrer Vielschichtigkeit, mit all ihren Widersprüchen, entschlossen, zerrissen, getrieben. Und nicht zuletzt: Immer wird deutlich, auf welcher Seite der Barrikade die Comic-Schöpfer selbst stehen.

Anarr

Tardi/ Vautrin: Die Macht des Volkes, Band 4: Das Vermächtnis der Ruinen. Edition moderne Zürich, Schweiz 2005. ISBN 3-907055-96-9, 82 Seiten, s/w, Hardcover, Querformat 30 x 24 cm, Euro 17,50/ sFr. 29,80

Teil 1 wurde in der DA Nr.157, Teil 2 in der Nr.161, Teil 3 in der Nr.167 vorgestellt.

Unbequeme Tote

Gemeinsamer Krimi von Paco Taibo II und Subcomandante Marcos

Ab Dezember 2004 erschien in der mexikanischen Tageszeitung „La Jornada" der vierhändige interaktive Kriminalroman „Muertos incómodes", der von Paco Ignacio Taibo II und Subcomandante Marcos als Fortsetzungsroman in zwölf Kapiteln geschrieben wurde. Jede Woche erschien ein Kapitel, abwechselnd geschrieben, ein Plot mit Open End. Nun liegt im Verlag Assoziation A, der schon mehrere Romane von Taibo veröffentlich hat, eine deutsche Übersetzung vor.

Der Detektiv Hector Belascoarán Shayne und die „Ermittlungskommission" Elías Contreras (Contreras – immer gegen alles; diesen Namen bekam er vom Sub; die beiden lernten sich 1992 kennen) machen sich auf die Suche dem Bösen, der für das Böse verantwortlich ist, und der Böse hat einen Namen: Morales.

Da es in den zapatistischen Gebieten keine Detektive gibt, werden dort die Mord- und andere Problemfälle von einer „Comisión de investigación" (Ermittlungskommission) aufgeklärt, die auf Anweisung der Generalkommandantur der EZLN handelt. Die „Ermittlungskommission" Elías Contreras ist der vom Subcomandante Marcos geschaffene indigene Ermittler, der seine ganz spezielle Sicht auf die Dinge der Welt hat. Im Auftrag vom Subcomandante Marcos macht er sich auf den Weg ins „Monstrum" (Mexico-Stadt), um dort gemeinsam mit Hector Belascoarán Shayne zu ermitteln. Hector Belascoarán Shayne hat schon in einigen Kriminalromanen von Taibo ermittelt. Im Jahre 1977 hatte er in „Cosa Facil" (dt. „Eine leichte Sache" bei Nautilus) den Auftrag von Campesinos aus Chiapas bekommen, den angeblich noch lebenden Revolutionär Emiliano Zapata zu suchen, da dieser dringend in Chiapas gebraucht würde. Hector Belascoarán Shayne konnte damals den Campesinos nicht helfen, denn Zapata war tatsächlich 1919 ermordet worden. Aber auch ohne die Hilfe von Zapata konnte 1984 in Chiapas die EZLN gegründet und aufgebaut werden. Am 1. Januar 1994 hieß es dann endlich „Ya Basta!", und der Aufstand in Chiapas begann.

Nach dem Tod des katalanischen Krimiautors Manuel Vázquez Montalbán findet dessen Sohn Unterlagen über einen gewissen Morales, der in dubiose Geschäfte zwischen Mexiko und Spanien verwickelt ist. Es war Pepe Carvalho, der im Auftrag Manuel Vázquez Montalbán recherchierte, der die Information sammelte. Der Sohn stellte sie dann der EZLN zu Verfügung, die dann Elías Contreras beauftragte. Unabhängig davon erhält auch Hector Belascoarán Shayne einen Auftrag, in dem ein Morales eine Rolle spielt. Dieser Morales ist anscheinend verantwortlich für alle Schlechtigkeiten der schlechten Regierung in Mexiko-Stadt und der mexikanischen Politik und Wirtschaft der letzten 40 Jahren: für die Korruption, für den schmutzigen Krieg Ende 60er und Anfang der 70er Jahre, für die Ausplünderung der Naturressourcen, für den Verrat der EZLN. Doch die Ermittlungen ergeben, das es nicht einen Morales gibt, sondern viele. Es gibt eben nicht den Bösen schlechthin. Der Roman ist, typisch für Taibo, fiktiv und wahr.

Der Roman ist ein richtiger Lesespaß nicht nur für Taibo-Fans, denn auch der Sub hat ja bekanntlich literarisch einiges zu bieten. Elías Contreras, der die spanische Grammatik permanent auf den Kopf stellt und dabei ein „tzotzilisiertes Spanisch" (Taibo) hervorbringt, ist ein echter Gewinn für die ErmittlerInnen-Szene. Hoffentlich bekommen wir irgendwann neue Abenteuer von Elías Contreras zu lesen, und auch Taibo sollte Hector Belascoarán Shayne nicht wieder einmotten.



Verlag Assoziation A

Subcomandante Marcos / Taibo II, Paco Ignacio, Unbequeme Tote, Assoziation A, 239 Seiten

Jürgen Mümken

Time Over

»Alle werden glücklich« (Aufdruck auf Plastiktüte des Textilkaufhauses AWG)

Das folgende Gedicht stammt aus einem Zyklus politischer Gedichte, die sich kritisch mit Kapitalismus und Kaufwelten auseinandersetzen.

Wie ein Kino sind die Nächte, darin die Stadt Stummfilme zeigt von unterbrochenen Ideen & Kaufhäusern, die der Tag verlassen hat. Im Lichtkegel der Außenlampen spielen sich Kaufhausfassaden und Parkflächen als Wiederholung ab, die Optik vertagter Plätze, verpatzter Finalrunden, die Geräusche haben Platzverweis & immer wieder spult die Innenstadt menschenleere Straßen vor und zurück im Kopf wie einen sinnlosen Satz. An Kreuzungen findet die letzte Streuung der Worte statt, die irgendeine Leuchtreklame ausbuchstabiert. Von der Sprache sind auf dem Boden noch einige Ereignisse übrig, Verkaufsreste, Zigarettenschachteln & Plastiktüten mit zerknüllten Markennamen, die als Untertitel an der Stille haften, Wunschfetzen im aufgebrauchten Hoffnungszelluloid.

Niemand geht durch dieses vom Tag entsorgte Bild. Auf den Reklametafeln der Kaufzentren scheint die Wirklichkeit abgespeist. Am Rand der Zuversicht zusammengeschoben & ausgebremst & womöglich sonstwo ans Nachtende gekettet warten aufgereihte Einkaufswagen auf allmorgendliche Dekomprimierung. Als nähmen sie das Anstellen an Kassen vorweg oder den öffentlichen Gebrauch des Lebens. Ob Müllcontainer, Fahrradständer, Parkmarkierungen – allerhand Bezugspunkte für die tagtägliche Zuordnung der Dinge, Erwartungssicherheit für einen geordneten Auftritt der Sehnsüchte oder ihren wirklichkeitsschonenden Abgang. Gut ausgelegt ist das Netz für Kundenströme & halbherzigen Freiheitssinn. Doch für jetzt hat der Tag mit der Welt schlussgemacht, ihr die Leviten gelesen und den Ladenschluss erklärt. Die Gedanken nehmen Sitzhaltung an.

Nachtlöslich also scheinen Bedeutungen Ziele Sichtweisen, welche die Stadt daher tagsüber ausprobiert in Supermärkten Warenhäusern Kaufgalerien samt ihren Abteilungen Dosiertes Glück & Wohlgefühl, glänzenden Etagen und Eingängen. Straßenweise Geschmacksverstärker Stimmungsmacher Schmerzstiller, die die Dunkelheit hinuntergeschluckt hat wie einen billigen Snack. Mitternacht, will sagen, überschrittenes Verfallsdatum, Wahrheits- und Haftungsausfall allenthalben. Wer zu spät kommt, muss ohne Kundenservice ins Bett, Time Over & das Älterwerden ohne Mengenrabatt. Bis frühmorgens die Helligkeit jene Sinnaufstellung annimmt, mit der die Lichtwerdung der Haushalte beginnt, das reinste Lichtaspirin. Kaufappell, Entwarnung, Vorhang.

Ralf Burnicki

(aus dem noch unveröffentlichten Gedichtband „Zahnweiß. Kaufgedichte")

KULTURGUERILLA



Neues Sonderangebot: Georg Büchner — Friede den Hütten, Krieg den Palästen

„Die Gesellschaft mittelst der Idee, von der gebildeten Klasse aus reformieren? Unmöglich! Unsere Zeit ist rein materiell..." Georg Büchner

Büchners Briefe als Lektüre gegen seine Verharmlosung in der Literaturwissenschaft! Durch die erstaunliche Lebendigkeit und Modernität seines Stils lassen sich die Schriften des jungen Sozialrevolutionärs heute wie zeitgenössische Texte lesen. Hajo Kesting hat alle bekannten erhaltenen Briefe und Briefauszüge Georg Büchners neu herausgegeben und gibt allen, die Büchner neu entdecken wollen, eine aktuelle Sichtweise auf Leben und Werk. Als Georg Büchner vor 165 Jahren dreiundzwanzigjährig starb, war er als Dichter beinahe unbekannt. Erst zu Anfang des 20. Jahrhunderts wurde der lange Verkannte ein großer Name der Literatur: Dichter von Gottfried Benn bis Elfriede Jelinek beschwören Büchners Aktualität und Gegenwart. Zur Zeit wird Büchner auf vielen Theaterbühnen gespielt. Büchner war Materialist und Republikaner, vertraut mit den Theorien des utopischen Sozialismus. Er hatte verstanden, dass die Revolution von 1830 den Massen des Volkes keine Freiheit und materielle Wohlfahrt, dem herrschenden Bürgertum aber schnell neuen Reichtum gebracht hatte. Als Student in Straßburg konnte er die blutigen Straßenkämpfe verfolgen, mit denen das bürgerliche Frankreich 1831/32 die Aufstände der Arbeiter von Paris und der Seidenweber von Lyon niederwarf. Von daher rührte Büchners Misstrauen gegen die besitzende Klasse und ihre liberale Rhetorik, gegen alle Versuche, zwischen den Besitzenden und den Besitzlosen, zwischen reich und arm zu vermitteln. Büchners Werk markiert die Bruchstelle mit den überkommenen Vorstellungen und Normen der idealistischen Epoche. Eben das begründet seine Modernität. Broschiert, 124 Seiten, 3,00 Euro

Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft als Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Thinktank im Plattenbau

Des letzten Rätsels Lösung: die Universitätsstadt Nanterre

Wann immer von Studentenprotesten in Frankreich die Rede ist, dauert es nicht lange, bis der Name Nanterre fällt. Ein Uni-Streik ohne Beteiligung Nanterres ist praktisch nicht denkbar; eine Tradition, die bis zu den Maiunruhen von 1968 zurückreicht. Viele Protagonisten und Vordenker der Linken wurden in Studentengruppen in Nanterre mit dem roten (schwarzen) Virus infiziert, mancher Philosophieprofessor von den Studenten mit umstürzlerischen Ideen angesteckt. Fast hat man das Gefühl, Nanterre sei eine Art europäisches Berkeley (so ziemlich jede alternative Strömung oder Organisation nahm ihren Ausgang bei Studentenzirkeln an der US-amerikanischen Universität nahe San Francisco).

Doch woran liegt das? Das Städtchen Nanterre ist ein wenig ansprechender Ort. Vielmehr handelt es sich beim westlich von Paris gelegenen Vorort um eine klassische französische Trabantenstadt mit den typischen Merkmalen wie hoher Arbeitslosigkeit, Armut und einem hohen Anteil von Migranten. Das Hochhausghetto „La Défense" lädt nicht gerade zum Verweilen ein, und die schmutzigen Malocherjobs in den umliegenden Fabriken reichen bei weitem nicht für alle. Mehr als arbeiten und schlafen kann man hier kaum tun.

Die Uni selbst ist ein häßliches Etwas aus grauen Betonklötzen. Daß die Einwohnerzahl rückläufig ist, spricht nicht eben für die besondere Beliebtheit der Stadt; wer es schafft, zieht weg (von 1982 bis heute sank die Einwohnerzahl von 90.000 auf 84.000).

Womöglich aber ist es genau das: In der Tristesse aus Armut, Beton und Langeweile gibt es kaum Ablenkungsmöglichkeiten für Studenten; da konzentriert man sich schon mangels Alternativen auf's Studium – oder eben auf politisches Engagement.

Dennoch: wer hätte am Vorabend von ´68 geglaubt, daß die Mischung aus Arbeitern, Zuwanderern und Studenten ein explosives Gemisch darstellen könnte? Der Schulterschluß von Uni und Betrieb mag vielleicht geographisch nahe gelegen haben, doch die soziokulturellen Gegensätze waren enorm. Daß das damals dennoch gelang, gehört zu den besonderen Charakteristika der 68er-Ereignisse in Frankreich.

1968 bedeutete in Frankreich eben nicht nur Rollkragen, buschige Koteletten und Studentenzirkel, die nächtelang diskutierten, bis der Katheder qualmte. Die Parolen auf Wänden und Flugblättern lauteten nicht nur LSD-vernebelt: „Blau wird grau bleiben, bis es neu erfunden ist", sondern eben auch: „Solidarität von Arbeitern und Studenten".

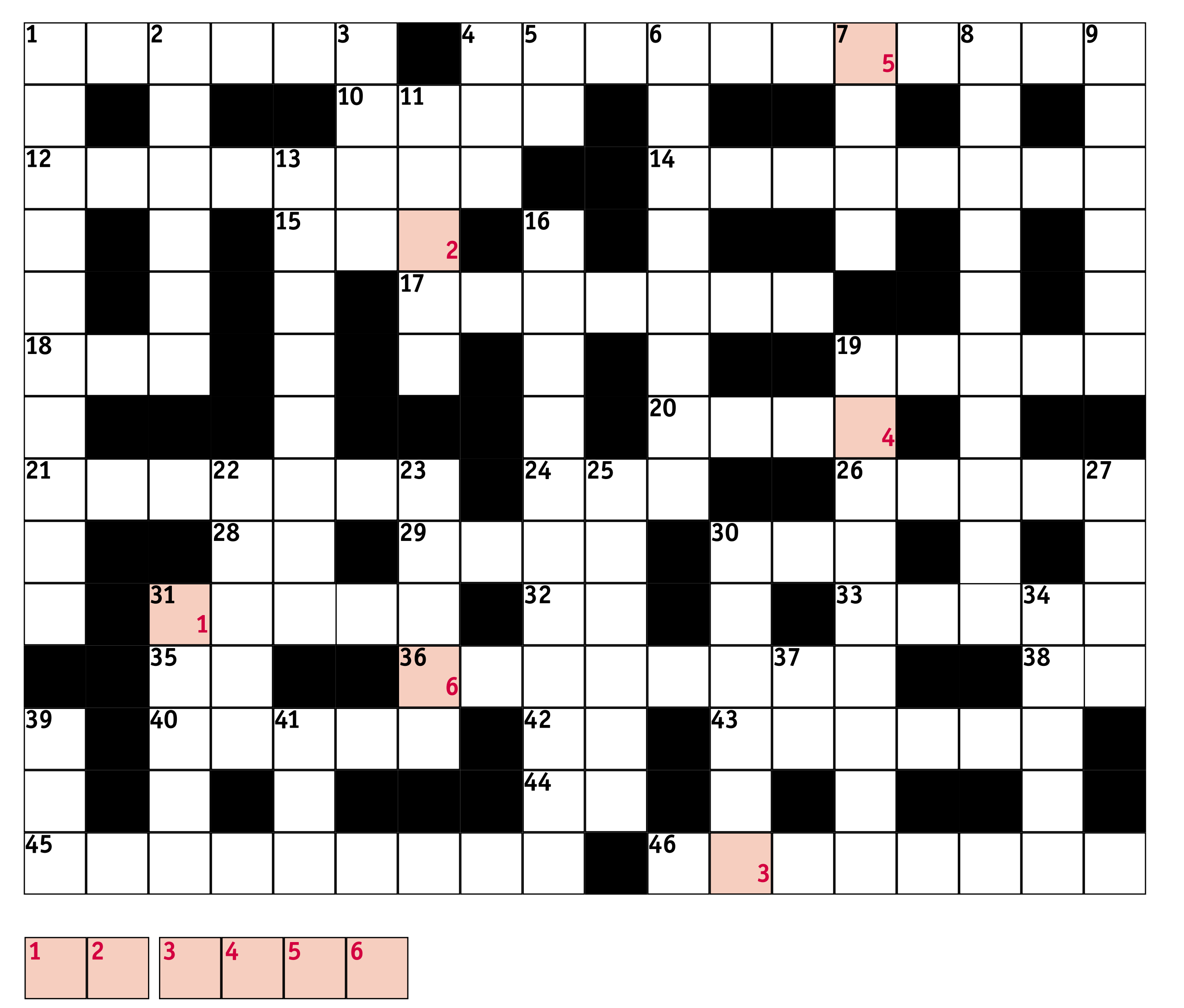
Zuerst brannten die Barrikaden in Paris, dann streikten die Arbeiter, bis schließlich der erste wilde Generalstreik in der französischen Geschichte Wirklichkeit geworden war.

An der Uni Nanterre existierte damals eine kleine anarchistische Studentengruppe mit dem Namen „rouge et noir" (rot und schwarz), die dem Anarchosyndikalismus das Wort redete. Als ihr prominentestes Gründungsmitglied, Daniel Cohn-Bendit, 30 Jahre später nach Nanterre zurückkehrte, um an einer Diskussionsveranstaltung zu ´68 teilzunehmen, holten ihn Vergangenheit und Gegenwart ein. Mitglieder der Hochschulgruppe der CNT Nanterre waren nicht eben gut auf ihn zu sprechen, und jemand warf ihm eine Sahnetorte ins Gesicht. Mochte es für ihn eine Phase jugendlichen Revoluzzertums gewesen sein, in Nanterre wehte die schwarz-rote Fahne heftiger denn je.

Matti



Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 39



Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss" geschrieben

Waagerecht

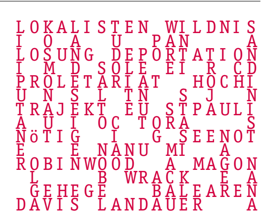
1. In dieser bayrischen Stadt errichteten die Nazis im März 1933 das erste KZ in Deutschland 4. größter Hochlandsee der Erde, über 3.800 m. ü.M., 190 km lang 10. mit Gewaltanwendung gegen eine Person od. Gewaltandrohung verbundener Diebstahl 12. deutscher Bergarbeiter und Revolutionär, geb. 1886, wanderte in die USA aus und lebte später in Argentinien; 1923 tötete er in Buenos Aires Oberst Varela, den „Schlächter von Patagonien", wurde aber im gleichen Jahr im Gefängnis ermordet; Vorname: Kurt 14. blaue zwergenhafte Comicfigur 15. RevanchistInnen wird manchmal vorgeworfen, das ~ der Geschichte zurückdrehen zu wollen 17. fugenloser Fußboden 18. Vorfahr 19. Baskenmütze 20. Häftling eines Konzentrationslagers, der ein Arbeitskommando leitete 21. englischer Sozialist und zeitweiliger Partner von Eleanor Marx, lebte 1849-98, Vorname: Edward 24. englisch für Hut 26. Vorrichtung zum Anfassen 28. Schreibweise für „Ä", wenn eine Tastatur über diesen Buchstaben nicht verfügt 29. alter deutscher Name für Buda, den Westteil des heutigen Budapests 30. trockenes Gras 31. Was hatten der Kommunist Thälmann (1886-1944), der Sozialdemokrat Reuter (1889-1953) und der Anarchist Friedrich (1894-1967) gemeinsam? 32. Abk. für Landwirtschaftskammer 33. bei der Käseherstellung übrig bleibende Milchflüssigkeit 35. Abk. für Tag(e) 36. ritueller Selbstmord durch Bauchaufschneiden <in Japan> 38. Abk. für Richtlinie 40. stalinistischer Staatschef Albaniens, starb 1985, Vorname: Enver 42. Kfz-Kennzeichen für Erlangen 43. trichterförmige Vertiefung im Karst 44. dort; hier 45. Lehre von den Geschwülsten 46. Angehörige(r) einer proletarischen Jugendkultur, manchmal rechts eingestellt, es gibt aber auch „rote" <engl.>

Senkrecht

1. Schrift, mit der einige Sprachen des indischen Subkontinents geschrieben werden, u.a. Hindi <eingedeutschte Schreibweise> 2. Genfer Reformator 3. Harnstoff 4. Turn- und Sportverein <Abk.> 5. international anerkannter Schulabschluss nach 12 Schuljahren Vollzeitunterricht <Abk.> 6. angeborene Verhaltensweise, sicheres Gefühl 7. Stadt in Baden-Württemberg an der Nagold 8. berühmte antiautoritäre Schule in England 9. 1891 gab sich die SPD auf ihrem Parteitag in dieser Stadt ein Programm, das zumindest in seinem ersten theoretischen Teil deutlich radikaler als das „Gothaer Programm" und eindeutig marxistisch fundiert war 11. Gebirge, das sich vom Karibischen Meer bis nach Feuerland erstreckt 13. europäisches Land mit hufeisenförmigem Staatsterritorium 16. scharfe Rede, Spott, Stichelei 19. asketische und „hierarchiearme" christliche Bewegung etwa ab Mitte des 10. Jh. bis zur Mitte des 15. Jh.; vom Vatikan vehement als Häresie bekämpft; die Lehre der ~ beeinflusste maßgeblich nicht nur die französischen AlbigenserInnen, sondern auch die WaldenserInnen und damit auch die Reformation 22. langsam und getragen zu spielender Teil eines Musikstücks 23. in dieser thüringischen Stadt fand 1875 ein geschichtsträchtiger Vereinigungskongress statt: Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei und der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein verschmolzen zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands 25. Hauptstadt der Türkei 27. „Mein ~ gehört mir!": ab Oktober 2003 eine bundesweite Kampagne von Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialwesen, die sich dem Druck widersetzten, an ihren laut Dienstplan freien Tagen einspringen zu müssen; die Kampagne wurde von ver.di und Kirchen getragen 30. Typ Räuber, der bis zum späten 19 Jh. Widerstand gegen die osmanische Herrschaft auf dem Balkan leistete <eine der zahlreichen Schreibweisen> 31. Spätwerk Kropotkins, in dem er sittliche Grundlagen bespricht 34. Zentrum der minoischen Kultur (ca. 2600-1100 v.u.Z.) 37. Kfz-Kennzeichen für Rosenheim 39. außerparlamentarische Opposition <Abk.> 41. eine Bekleidungsgröße

Wieder gibt es ein DA-Abo (6 Ausgaben) zu gewinnen. Das Lösungswort könnt ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per eMail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, c/o FAU-Leipzig, Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig). Gewonnen hat diesmal F. Beck aus Krefeld.

Auflösung № 38



DA DIREKTE AKTION anarchosyndikalistische Zeitung

anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
c/o FAU Dortmund
Braunschweiger Str. 22
44145 Dortmund

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:

Schlußredaktion: E-Mail: da-schlussredaktion@fau.org
BuG: FAU Frankfurt, E-Mail: fauffm@fau.org
Globales: E-Mail: faub23@fau.org
Hintergrund: E-Mail: faums4@fau.org
Kultur: FAU Bielefeld, E-Mail: fau-kultur@gmx.net
Zeitlupe: E-Mail: faub26@fau.org

Verleger: Direkte Aktion e.V., Kornstr. 28-30, 30167 Hannover

ViSdP: Stephan Hagemes

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluß da 174: 10. Februar